



92. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 4. Juni 2008

Mitteilungen der Präsidentin10877

1 Die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen bis 2020 zukunftsfest machen: Studienplätze schaffen, Fachhochschulen stärken, Gebäude modernisieren

Unterrichtung
durch die Landesregierung.....10877

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....10877

10895

10898

Karl Schultheis (SPD).....10880

Manfred Kuhmichel (CDU)10883

Christian Lindner (FDP).....10885

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE).....10889

10897

Dr. Michael Brinkmeier (CDU).....10892

Ralf Witzel (FDP).....10894

Rüdiger Sagel (fraktionslos)10894

2 Aktuelle Stunde

Warum schweigt Landwirtschaftsminister Uhlenberg zu den Forderungen und zum Lieferstopp der Milchbauern?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6899

In Verbindung mit:

Versorgungskrise durch Streik der Milchbauern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6901.....10899

Johannes Remmel (GRÜNE)10899

10910

Annette Watermann-Krass (SPD) ... 10901

Friedhelm Ortgies (CDU) 10902

Holger Ellerbrock (FDP) 10904

Minister Eckhard Uhlenberg 10905

10912

Svenja Schulze (SPD) 10906

Josef Wirtz (CDU) 10908

Dr. Stefan Romberg (FDP) 10909

Heinrich Kemper (CDU) 10910

3 Mitbestimmung ist mehr als ein Wort – Landespersonalrätekonferenzen im Hochschulbereich erhalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6863 10913

Karl Schultheis (SPD) 10913

10917

10923

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) 10914

10924

Christian Lindner (FDP) 10914

10919

10924

Ewald Groth (GRÜNE) 10915

10920

10922

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart 10916

10920

10925

Ergebnis..... 10925

4 Sofortige Beendigung des Probetriebs mit 45 Starts und Landungen auf der Haupt-Start- und -Landebahn des Flughafens Düsseldorf – Die Landesregierung muss den kommunalen Resolutionen folgen und darf die Kommunen beim Lärmschutz nicht im Stich lassen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6858.....10925

Horst Becker (GRÜNE)10925
10931
Hannelore Brüning (CDU)10927
Bodo Wißen (SPD).....10927
Christof Rasche (FDP)10929
Minister Oliver Wittke10930

Ergebnis.....10932

5 Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4582

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen und Verkehr
Drucksache 14/6455

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6912

zweite Lesung.....10932

Heinz Sahnen (CDU).....10932
Monika Ruff-Händelkes (SPD)10933
Christof Rasche (FDP)10934
Horst Becker (GRÜNE)10934
Minister Oliver Wittke10935

Ergebnis.....10936

6 Exzellenzinitiative II benötigt eine breite Debatte

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6006

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Drucksache 14/6639.....10937

Dr. Anna Boos (SPD)10937
Dr. Michael Brinkmeier (CDU).....10937

Christian Lindner (FDP)..... 10938
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)..... 10939
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart 10940

Ergebnis..... 10941

7 25 % können nicht schwimmen! Das Schulschwimmen darf nicht untergehen! Schwimmunterricht in Qualität und Quantität sichern!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6860..... 10942

Ewald Groth (GRÜNE) 10942
10948
Holger Müller (CDU) 10943
Hans-Theodor Peschkes (SPD) 10944
Christof Rasche (FDP) 10945
10948
Ministerin Barbara Sommer 10947

Ergebnis..... 10948

8 Vielfalt statt Einfalt – Bestandsgarantie für Kleine Fächer

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6862..... 10948

Ulrike Apel-Haefs (SPD) 10949
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) . 10950
Christian Lindner (FDP)..... 10951
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)..... 10952
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart 10953
(auch zu Protokoll) *Siehe Anlage* 10963

Ergebnis..... 10954

9 Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) muss endlich Wort halten: Einhaltung der Nachtflugregelung schärfer kontrollieren und verspätete Flüge am Flughafen Düsseldorf wirksam sanktionieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6161

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen und Verkehr
Drucksache 14/6876..... 10954

Horst Becker (GRÜNE)	10954
Hannelore Brüning (CDU)	10955
Bodo Wißen (SPD)	10957
Christof Rasche (FDP)	10958
Minister Oliver Wittke	10959

Ergebnis.....10960

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Forstdienst- ausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6795

erste Lesung.....10960

Minister Eckhard Uhlenberg.....10961

Ergebnis.....10961

11 Zugang zu Prüfungen während einer Beur- laubung aufgrund von Familienarbeit er- möglichten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6864.....10961

Ergebnis.....10961

12 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 37

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/2583	-	ABV
14/5580	-	ASchW

14/5709 (EA)	-	ASchW
14/5723 (EA)	-	ASchW
14/5778	-	AUNLV
14/6000	-	ABV
14/6293	-	HFA
14/6321	-	AUNLV
14/6697	-	AUNLV
14/6753 (EA)	-	AUNLV
14/6777 (EA)	-	AUNLV

Drucksache 14/6877.....10961

Ergebnis.....10961

13 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/42.....10962

Ergebnis.....10962

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers

(ab 14:00 Uhr)

Minister Dr. Helmut Linssen

(bis 14:00 Uhr)

Minister Dr. Ingo Wolf

(ab 13:00 Uhr)

Lothar Hegemann (CDU)

(bis 12:00 Uhr)

Thomas Jarzombek (CDU)

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)

Michael Groschek (SPD)

Wolfgang Große Brömer (SPD)

Wolfram Kuschke (SPD)

(bis 13:00 Uhr)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 92. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **neun Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben heute ein Geburtstagskind. Herr **Christof Rasche** feiert seinen 46. **Geburtstag**.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege, auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Hauses!

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen bis 2020 zukunftsfest machen: Studienplätze schaffen, Fachhochschulen stärken, Gebäude modernisieren

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Mit Schreiben vom 26. Mai 2008 hat der Chef der Staatskanzlei mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtige, den Landtag in der heutigen Plenarsitzung über das genannte Thema zu unterrichten.

Ich erteile dazu Herrn Minister Pinkwart das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Landesregierung ist vor drei Jahren mit dem Grundsatz angetreten: Bildung und Wissenschaft haben in Nordrhein-Westfalen wieder Priorität.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben klar gesagt, was wir damit meinen, auch für den Hochschulbereich: mehr Mittel für die Hochschulen, mehr Freiheit für die Hochschulen, mehr Exzellenz in Forschung und Lehre. Was wollen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, damit erreichen?

Nordrhein-Westfalen – das ist unser Ziel – soll künftig nicht nur die dichteste Hochschullandschaft in Europa haben, sondern in Zukunft auch die beste Hochschullandschaft in Europa werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen, dass unsere Hochschulen jedem jungen Menschen, der bei uns studieren möchte, eine sehr gute Ausbildung anbieten. Wir wollen uns im Wettbewerb der Standorte dadurch auszeichnen, dass wir sorgsam und weitblickend mit unserer wichtigsten Ressource, die wir in unserem Land überhaupt haben, umgehen. Das sind unsere jungen Menschen. Ihre Kreativität, ihre Talente, ihr Potential gilt es gezielt zu fördern, damit sie für Wohlstand und Arbeitsplätze von morgen zur Verfügung stehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Diesem Kompass sind wir bisher entschlossen und konsequent gefolgt. Wir haben – dafür bin ich dem Hohen Hause dankbar – den Zukunftspakt geschlossen, der die verlässliche und solide Finanzierung für die gesamte Legislaturperiode sichert. Wir haben die Exzellenzinitiative und den Hochschulpakt I kofinanziert und die Option Studienbeiträge eröffnet. Das bedeutet insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren, jährlich zusätzlich 450 Millionen € für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen – so viel Geld wie nie zuvor in der Geschichte des Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben das neue Hochschulrecht, das den Hochschulen endlich die Eigenverantwortung und den Gestaltungsspielraum gibt, den sie brauchen. Wir haben mit unserem Studienbeitragsmodell auch einen Kulturwandel eingeleitet. Die Studierenden haben heute in ihren Hochschulen ein größeres Gewicht. Sie sind stärker an der Entwicklung ihrer Hochschule beteiligt. Ihre Meinung zählt endlich wieder. Sie stehen wieder stärker im Zentrum der Aufmerksamkeit unserer Hochschulen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Dass es diese Rahmenbedingungen für die Hochschulen heute gibt, versetzt uns nämlich jetzt in die Lage, den nächsten großen Schritt zu tun. Dieser nächste Schritt ist notwendig, weil die Herausforderungen an die Hochschulen im kommenden Jahrzehnt nicht kleiner werden – im Gegenteil! Welche Herausforderungen sind das, meine Damen und Herren?

Erstens. Im kommenden Jahrzehnt werden rund 160.000 junge Menschen zusätzlich als Studienanfängerinnen und Studienanfänger an unsere Hochschulen kommen. Die Spitze erwarten wir in den Jahren 2013 bis 2015. Dann wird wegen der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium ein doppelter Abiturjahrgang die Schulen in Nordrhein-Westfalen verlassen. Jede künftige Abiturientin und jeder künftige Abiturient haben einen Anspruch darauf, meine Damen und Herren, dass wir ihnen beste Ausbildungsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen eröffnen.

([Vereinzelt Beifall von CDU und FDP – Karl Schultheis [SPD]: Nicht so heftig!])

Eine ebenso große Herausforderung ist zweitens der Fachkräftemangel in unseren Unternehmen. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft fehlen bereits heute allein in Nordrhein-Westfalen 20.000 Ingenieurinnen und Ingenieure. Wenn wir nicht jetzt entschieden Nachwuchsarbeit für die Ingenieurberufe betreiben, wie wir es bereits mit dem Hochschulpakt I begonnen haben, indem wir die Hälfte aller neuen Studienplätze, die wir bis 2010 für Nordrhein-Westfalen schaffen, genau in diesem Bereich der MINT-Berufe ansiedeln, wird sich dieser Mangel mit dann fatalen Folgen weiter verschärfen. Denn jede unbesetzte Ingenieursstelle schadet den Unternehmen und der Volkswirtschaft und schwächt die Innovationskraft unseres Landes.

Umgekehrt, meine Damen und Herren, ist jeder Arbeitsplatz in den Ingenieurberufen so etwas wie ein kleiner Jobmotor. Denn jede Ingenieurin bzw. jeder Ingenieur, die bzw. der zusätzlich in ein Unternehmen eintritt, schafft wiederum selbst andere Arbeitsplätze auch mit geringerer Qualifikation, die wir ebenso benötigen, damit wir dem Phänomen der Arbeitslosigkeit dauerhaft und wirksam begegnen können.

Wie wir wissen, erfreuen sich die Fachhochschulen dabei in der Wahl von ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen besonderer Attraktivität, und daher haben wir Ihnen bereits im Hochschulpakt I einen besonderen Schwerpunkt gegeben.

Die dritte große Herausforderung: In unserem System in Nordrhein-Westfalen stimmt die Gewichtung nicht – die Gewichtung zwischen dem Studienplatzangebot an Fachhochschulen und an Universitäten.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Schon lange nicht!)

Schon vor fast 20 Jahren hat der Wissenschaftsrat empfohlen, die Fachhochschulen rasch aus-

zubauen und dabei ihr Fächerspektrum zu erweitern. Derzeit tragen die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen lediglich 25 % zum Studienplatzangebot bei, die Universitäten hingegen 75 %. Das ist sicherlich nicht das Verhältnis, das der Wissenschaftsrat damals vor Augen hatte. Es ist nicht das Verhältnis, das wir in unseren Hauptwettbewerbsländern im Süden der Republik vor Augen haben, in denen wir eine Relation von 40:60 antreffen. Und das – und das möchte ich hinzufügen – ist vor allem nicht das Verhältnis, das wir vor Augen haben müssen, wenn wir es wirklich ernst damit meinen, den Talenten aus den bildungsfernen Familien endlich eine faire Chance zu geben, einen akademischen Beruf anstreben zu können.

(Beifall von CDU und FDP)

Die vierte Herausforderung lässt sich mit einem Satz benennen: Exzellenz braucht dichte Dächer. – Dieses kluge Wort eines Rektors, gemünzt auf die Hochschulforschung, gilt in gleicher Weise für die Hochschulausbildung. Wir müssen den immensen Modernisierungs- und Sanierungsstau an unseren Hochschulen auflösen. Er hat sich über Jahrzehnte aufgebaut, weil die früheren Regierungen über lange Zeit zu wenig investiert haben; wir hatten immer wieder Gelegenheit, das hier darzulegen. Die Ausfinanzierung des Hochschulbaus im Rahmen der Föderalismusreform hat ja gezeigt, dass Nordrhein-Westfalen Anfang dieses Jahrzehnts mit noch nicht einmal 15 % Hochschulbaumitteln angesichts der Tatsache, dass hier jeder vierte Student in Deutschland studiert, erheblich unterdurchschnittlich investiert hatte, was dann auch zur schlechten Ausfinanzierung durch den Bund geführt hat.

Trotzdem geht das Land Nordrhein-Westfalen hin und steht zu seiner Verantwortung, hier mehr zu tun. Im Jahre 2007 hat Nordrhein-Westfalen insgesamt 619 Millionen € für den Hochschulbau bereitgestellt. Davon kamen gerade einmal 107 Millionen € vom Bund. Die eigentliche Verpflichtung besteht 1:1. Nein, das Land Nordrhein-Westfalen hat im vergangenen Jahr das Fünffache der Bundesmittel für den Hochschulausbau bereitgestellt.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Ich danke dem Finanzminister und den regierungstragenden Fraktionen dafür, dass das möglich geworden ist. Das zeigt, dass wir es ernst meinen. Deswegen können wir für uns in Anspruch nehmen, in den nächsten Jahren von einem Modernisierungsprogramm zu sprechen, das

den Stau endlich auflöst. Wir werden es auch tatsächlich schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

In der Zusammenschau all dessen wird deutlich: Da wir einerseits zeitlich befristeten Herausforderungen begegnen müssen und andererseits dauerhafte Strukturveränderungen brauchen, können wir mit einfachen Lösungen nicht weiter.

Wir brauchen also zum einen flexible Maßnahmen, die es ermöglichen zigtausende zusätzlicher Studienanfänger im kommenden Jahrzehnt mit guten Studienplätzen zu versorgen. Keine Schülerin und kein Schüler, die oder der zur ersten Generation der Abiturienten nach dem achtjährigen Gymnasium gehört, darf dadurch Nachteile erleiden. Zugleich dürfen wir keine Überkapazitäten aufbauen, die später leer stehen, wenn der große Zustrom über sie hinweggegangen ist.

Wir müssen zum anderen das Hochschulsystem dauerhaft tragfähig ausbauen, damit es in der Lage ist, die Fachkräftelücke zu schließen, damit es in der Lage ist, mehr junge Menschen für ein erfolgreiches Berufsleben in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt zu qualifizieren, und damit es in der Lage ist, die Innovationskraft des Landes in allen Teilen nachhaltig zu stärken.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir ein Maßnahmenpaket sich ergänzender Ansätze für den Hochschulausbau in Nordrhein-Westfalen geschnürt. Wie sieht dieses Paket aus? – Wir werden den Anteil der Fachhochschulen an der Hochschulausbildung dauerhaft von heute 25 % auf 40 % erhöhen.

Wir werden zu diesem Zweck erstens drei Fachhochschulen mit Schwerpunkt auf den sogenannten MINT-Fächern gründen. Diese drei neuen Fachhochschulen werden je 2.500 Studienplätze anbieten.

Wir werden zweitens eine Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen gründen. Sie wird 1.000 Studienplätze anbieten.

Wir werden drittens an fünf bestehenden Fachhochschulen das Angebot durch Abteilungsneugründungen erheblich ausweiten. Dadurch werden ebenfalls 2.500 Dauerstudienplätze entstehen, wiederum vorzugsweise in den MINT-Fächern.

Mit diesem strukturellen Ausbau der Fachhochschulen werden wir auf Dauer 11.000 zusätzliche Studienplätze schaffen –

(Beifall von CDU und FDP)

bis zu 5.000 davon in den vom Rückgang des Steinkohlebergbaus betroffenen Gebieten des Landes, meine Damen und Herren.

Zwei Aspekte sind uns dabei besonders wichtig: zum einen, dass mehr duale Studiengänge entstehen, die Berufsausbildung in Unternehmen und akademische Ausbildung in einer Hochschule verbinden, zum anderen, dass die neuen Studienangebote auf Zukunftsfeldern in den Regionen entstehen. Wir wollen, dass sie dort entstehen, wo es regionale Schwerpunkte mit besonders großem Entwicklungspotenzial gibt.

Der Standortwettbewerb hat begonnen. Die Resonanz, meine Damen und Herren – das wissen Sie selbst am besten –, in den Regionen ist außerordentlich hoch. Es gibt wohl kaum ein Kommunalparlament im Land, das sich im letzten halben Jahr nicht mit der Frage beschäftigt hat: Können wir Fachhochschulstandort werden, oder können wir unseren Fachhochschulstandort ausbauen? Überall, wo die Mitglieder der Landesregierung hinkommen, merken sie, dass über die ausbaufähigen Stärken und Zukunftsfelder in den Regionen diskutiert wird, auch darüber, wie man die Wirtschaft gezielt in den Ausbau einbeziehen kann, damit es nachhaltig trägt.

Auf welchen Gebieten brauchen wir künftig Fachkräfte? Welches Know-how brauchen wir vor Ort, damit sich der Standort entwickeln kann? Mit welchem Konzept können wir am besten für uns werben? Dieser Denk- und Diskussionsprozess tut dem Land schon für sich genommen genauso gut, wie es die Exzellenzinitiative bezogen auf die Forschung geleistet hat.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Die Regionen sind im Aufbruch, meine Damen und Herren. Das ist unser Ziel für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Standortwettbewerb tut auch deshalb gut, weil er die Qualität der Konzepte befördert. Insofern rechne ich mit vielen hervorragenden Bewerbungen. Um ein Missverständnis von vornherein auszuschließen: Der dauerhafte Ausbau des Systems geht nicht zulasten der bestehenden Hochschulen. Wir erwarten, dass die neuen Hochschulen und Abteilungen im Vollbetrieb – hier bin ich dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister in besonderer Weise zu Dank verpflichtet – jährlich rund 160 Millionen € kosten werden und dass diese Mittel den Hochschulen dauerhaft zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein klares Signal an die bestehenden Hochschulen, vor allen

Dingen an die bestehenden Fachhochschulen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit den neuen Fachhochschulen und dem massiven Ausbau von fünf Fachhochschulstandorten werden wir 25.000 von den für das nächste Jahrzehnt erwarteten 160.000 Studienanfängern einen entsprechenden Studienplatz anbieten können. Für die verbleibenden 135.000 zusätzlichen Studienanfänger werden wir als vierten Teil unseres Maßnahmenpakets die vorhandenen Kapazitäten an den Hochschulen bedarfsbezogen ausbauen.

Die bestehenden Fachhochschulen und die Universitäten sollen die zusätzlichen Studienanfänger je zur Hälfte aufnehmen. Dies, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine riesige Chance für die jungen Menschen, die dann auf diese Angebote treffen werden, sondern auch für unsere Hochschulen, vor allem für die bestehenden Fachhochschulen, denn auch hierfür werden wir den Hochschulen die notwendigen Mittel zusätzlich bereitstellen. Insgesamt werden wir auf diese Weise im kommenden Jahrzehnt über 65.000 Studienplätze in Nordrhein-Westfalen vorhalten, auf deren Grundlage dann im kommenden Jahrzehnt 160.000 Studienanfänger ihr Studium qualitativ voll aufnehmen können.

Damit dafür ausreichend Geld zur Verfügung steht, drängen wir darauf, den Hochschulpaket II, wie in der Vereinbarung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten festgehalten, nunmehr auch für die Jahre 2011 bis 2020 noch vor der Bundestagswahl, also spätestens bis Sommer 2009, unter Dach und Fach zu bringen.

Wenn man den Hochschulpaket I hochrechnet, sieht man, dass allein Nordrhein-Westfalen 2,25 Milliarden € aus dem Hochschulpaket II benötigt. Wir setzen darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der Bund auch bei der Fortsetzung des Hochschulpakts, genauso wie es das Land Nordrhein-Westfalen für sich tun wird, zu seiner Verantwortung steht. Wir wollen für die jungen Menschen im nächsten Jahrzehnt beste Bedingungen in Nordrhein-Westfalen wie in Deutschland insgesamt. Nordrhein-Westfalen geht voran. Wir bauen darauf, dass der Bund mitmacht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Pinkwart, Sie haben eingangs Ihrer Unterrichtung auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass allen jungen Menschen, die studieren möchten, auch ein solches Angebot offenstehen muss. Ich kann nur sagen: Machen wir es den Hessen nach und schaffen die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen ab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, dass das gestern im Hessischen Landtag ein denkwürdiger Tag für die Zukunft der Kinder und der Jugend war.

Meine Damen und Herren! Die Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland steht vor zwei zentralen Hauptaufgaben. An deren Lösung muss sich die Leistung auch dieser Landesregierung messen lassen.

Erstens. Es rollt ein riesiger Studierendenberg auf uns zu, der mit dem doppelten Abiturjahrgang 2013 seinen Höhepunkt erreichen wird. Minister Pinkwart selbst hat den Bedarf mit 160.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen im kommenden Jahrzehnt beziffert. Er hat das in seiner Unterrichtung nochmals bestätigt.

Zweitens. Das andere Thema, das alle bewegt oder – im vorliegenden Fall – diese Landesregierung bewegen sollte, ist der zunehmende Fachkräftemangel. Die jüngste Studie des Instituts für angewandte Innovationsforschung aus Bochum hat gezeigt, allein in Nordrhein-Westfalen fehlen aktuell mindestens 12.000 Ingenieurinnen und Ingenieure, Tendenz steigend. Bei aller Notwendigkeit, gerade die Ingenieurwissenschaften zu fördern, wird auch der Bedarf an Fachkräften aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften kräftig ansteigen. Ich denke hier an den Nachwuchs für unsere Schulen, also an den Nachwuchs an Lehrerinnen und Lehrern; aber in vielen anderen Bereichen gilt das auch.

An der Bewältigung dieser Herausforderung, meine Damen und Herren, sind alle Maßnahmen dieser Landesregierung und des zuständigen Fachministers zu messen. 2013 – das ist das Datum, mit dem wir arbeiten – ist morgen. Das ist kein Zeitpunkt in einer fernen Zukunft. Lassen Sie uns deshalb prüfen, ob der von der Landesregierung eingeschlagene Weg, was seine zeitliche und seine sachliche Dimension angeht, valide und solide ist.

Kommen wir zur Fachhochschulinitiative, zu unserer Kritik: Es sollen laut Landesregierung, laut Fachminister 11.000 zusätzliche Studienplätze

geschaffen werden, davon 2.500 an den bestehenden Standorten und dreimal jeweils 2.500 Plätze für drei neue Fachhochschulen im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften und noch einmal 1.000 Studienplätze für eine Gesundheitsfachhochschule.

Hierbei muss man allerdings auf die genaue Formulierung achten, Herr Minister. Es handelt sich um Plätze pro Studierende und nicht um Plätze pro Semester. Rechnet man also in Studienanfängerzahlen um, kommen weitaus niedrigere Zahlen zustande. Selbst beim besten Willen sind das nicht mehr als 4.000 Plätze. Dafür wird ein ganzes Land – das haben Sie zum Abschluss Ihrer Rede noch einmal deutlich gemacht – sozusagen auf Jagd geschickt, wohl wissend, dass die Zahl der Verlierer in dem Wettbewerb, den Sie hier so hoch gelobt haben, um ein Vielfaches größer sein wird als die möglichen vier Gewinner bei diesem Wettbewerb.

Ich erinnere an die sehr dezidierte Kritik der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen. Herr Kuhmichel, Sie schütteln den Kopf, Sie wollten doch die Freiheit für diese Hochschulen, für alle. Dann muss das, was diese Hochschulen und ihre Vertreter sagen, von Ihnen auch ernst genommen werden. In diesem Fall wird es nicht ernst genommen. Sie schreiben einen Wettbewerb alle gegen alle aus. Das muss man hier bewerten.

Drittens. Der Hochschulpakt 2020: Die Landesregierung hat vom Bund Geld dafür erhalten, in Nordrhein-Westfalen 26.000 zusätzliche Studienplätze aufzubauen. Zur Umsetzung hat sie ein Kopfpauschalmodell aufgelegt. Für jeden zusätzlichen Studierenden gibt es Sonderprämien für die Hochschulen. Damit prämiiert die Landesregierung bereits bestehende und nicht genutzte Überkapazitäten beziehungsweise die berüchtigte Studiengebührenlücke wird bedient, die dadurch entstanden ist, dass Studienberechtigte zögern oder sogar ganz darauf verzichten, ein Studium aufzunehmen.

Außerdem, meine Damen und Herren, muss man feststellen: Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen bauen derzeit Kapazitäten ab und nicht auf. Wenn in Bonn laut „Kölner Stadt-Anzeiger“, aber auch laut anderer Quellen, 150 Stellen abgebaut werden, dann ist das ein Signal zum Abbau von Kapazitäten, gerade in den Geisteswissenschaften und in den sogenannten kleinen Fächern. Aber mit diesem Thema werden wir uns auf Antrag der SPD-Fraktion noch im Laufe der heutigen Plenarsitzung befassen.

Wenn an der Universität Duisburg-Essen laut „NRZ“ vom 1. Juni Studiengänge mit derzeit 8.600 Studierenden die Gefahr besteht, geschlossen zu werden, dann zeigt das ganz deutlich: Das Modell der Durchökonomisierung des Standortwettbewerbs der nordrhein-westfälischen Hochschul Landschaft durch diese Landesregierung ist an einem ganz zentralen Punkt gescheitert.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Vor Ort kommt vom Hochschulpakt nichts an. Wir sehen diese zusätzlichen Kapazitäten nicht. Und rein rechnerisch sind sie auch nicht zusammenzubringen, beim besten Willen nicht.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sengel [fraktionslos])

Was heißt das für 2013, also morgen? – 160.000 Plätze werden gebraucht. 4.000 dieser Plätze kommen mit der Fachhochschulinitiative hinzu. Es fehlen also noch 156.000. Nicht nur die Opposition verlangt hier Antworten, sondern 156.000 Schülerinnen und Schüler, ihre 312.000 Eltern und 624.000 Großeltern und unzählig viele Verwandte und Freunde werden das genauso sehen, dass ihnen 2013 Studienmöglichkeiten abgeschnitten werden, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Kommen wir zum Fachkräftemangel: Wir und die Grünen haben hierzu eine große Anhörung beantragt. Wir hoffen, dass sie bald stattfinden wird und dass die Koalitionsfraktionen dieses Thema mit einer entsprechenden Ernsthaftigkeit verfolgen wollen und auch sollten. Hieran hat es oft bei Anhörungen gemangelt, sodass im Endeffekt die Opposition die Debatte führt und nicht die für die Regierungsmehrheit zuständigen Fraktionen von CDU und FDP. Wir wünschen uns, dass das gemeinsame Anliegen, das wir im Landtag voranbringen, hinsichtlich der Zukunft der dualen Ausbildung hier die gleiche Aufmerksamkeit von Landesregierung und Opposition erfährt.

Kommen wir zum Hochschulbau, den physischen Voraussetzungen für ein gutes Studium: Was für die Fachhochschulinitiative gilt, trifft auch für den Hochschulbau zu. Es geht um das Geld anderer Leute. Minister Pinkwart hat den Sanierungsbedarf bei den Hochschulen und Universitätskliniken mit 5 Milliarden € taxiert. Der BLB schätzt diese Summe auf 6 Milliarden €.

Die hat er natürlich nicht im Haushalt; die hat er auch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung. Wir haben erst seit 2006 – also nach der Föderalismusreform I – jedes Jahr 107 Millionen € vom Bund als Pauschale erhalten. Nur ca. 38 Millio-

nen € sind als direkte Investitionen an die Hochschulen gegangen. Der Großteil, meine Damen und Herren, floss als Mietmittel an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb, um den Finanzminister bei der Bereitstellung von Mietmitteln zu entlasten. Hierdurch wird ein Verschiebeparkhof organisiert, was zulasten unserer Hochschulen geht.

(Beifall von der SPD)

Nach dem Hochschulinvestitionsprogramm von Minister Pinkwart soll der BLB mit allen Standorten einzeln verhandeln. Sie erhalten das Angebot, für eine selbstgewählte Summe Bauvorhaben vom BLB finanziert zu bekommen. Diese werden dann für 15 bzw. 25 Jahre auf die Mietmittel umgelegt. Da die Hochschulhaushalte seit 2005 mit dem Zukunftspakt praktisch eingefroren sind, muss dieses zusätzliche Geld von den Hochschulen selbst erwirtschaftet werden.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Es handelt sich hierbei also um ein großes Kreditprogramm zulasten der Substanz unserer Hochschulen. Die Stelleneinsparungen, die an den einzelnen Standorten vorgenommen werden, belegen das ganz deutlich. Es geht also nicht um ein ergänzend finanziertes Investitionsprogramm.

Die Folge wird sein, dass „unrentable“ Sparten an vielen Standorten geschlossen werden – das sehen wir ja schon – und dass dieses Programm aus der Substanz finanziert wird. Der Trend an den Hochschulen in NRW geht eindeutig in diese Richtung. Ob jeder Standort sich diesen Spielraum am Ende tatsächlich leisten und erwirtschaften kann, ist nicht absehbar. Die großen Ausnahmen bei diesem Programm werden voraussichtlich die Ruhr-Universität Bochum und die RWTH Aachen sein, die vom Land in besonderem Maße unterstützt werden sollen – insbesondere durch die Exzellenzinitiative, die wiederum ganz wesentlich aus Bundesmitteln mitfinanziert wird.

Wenn man an die Exzellenzinitiative zurückdenkt, dann wird schnell klar: Das war kein Zufall, sondern Programmatik. Die Landesregierung hat sich von unserer Politik verabschiedet, Exzellenz in Breite und Spitze zu fördern. Sie will nur noch einzelne Standorte gezielt fördern und dequalifiziert damit die gesamte Hochschulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Das Gegenteil muss vorangetrieben werden, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Der Trend zur Spaltung der Hochschullandschaft in sogenannte Elitestandorte und Massenhochschulen wird sich durch dieses Programm weiter beschleunigen.

Eine andere Möglichkeit nutzt gerade die Universität Bonn. Dort wird der Neubau des Seminargebäudes in Höhe von 4,6 Millionen € komplett aus Studiengebühren finanziert. Daran aber wird wiederum deutlich, dass die Studiengebühren zur Grundfinanzierung der Hochschulen beitragen sollen.

(Christian Lindner [FDP]: Nur ein Zehntel darf für die Gebäude verwendet werden, Herr Schultheis!)

– Dieser Bau in Bonn wird zu 100 % aus Studiengebühren finanziert!

(Christian Lindner [FDP]: Nur ein Zehntel!)

Sie haben auch beschlossen, dass Personal, das zur Grundausrüstung von Hochschulen gehört, aus Studiengebühren finanziert werden soll. Meinen Sie vielleicht, die jungen Menschen draußen wären zu dumm,

(Christian Lindner [FDP]: Sie sind ein Brandstifter!)

um zu erkennen, was Sie hier betreiben?

(Beifall von der SPD)

Die Hochschulfinanzierung wird durch Sie privatisiert! Das ist keine Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung für die Bildung in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Christian Lindner [FDP]: Sind Sie uninformatiert oder unehrlich, Herr Schultheis?)

– Sie sind unehrlich! Sie sind unehrlich in Ihren Vorgaben für Ihre Studiengebühren! Sie halten sich noch nicht einmal an das, was Sie hier beschlossen haben, Herr Lindner!

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Nachgerade eine Lüge, was Sie hier machen!)

Es ist aber auch absehbar, dass infolge der rasant steigenden Unterfinanzierung einiger Hochschulen bald auch offen der Wunsch nach höheren Gebühren geäußert werden könnte. Das ist die Tendenz: höhere Gebühren für neues Personal, das auch nicht mehr kapazitätsrelevant ist; das haben Sie mitbeschlossen. Dadurch kann man mit weniger Studierenden – nicht mit mehr Studierenden – an den Standorten operieren. Die Studierenden bezahlen das dann auch noch selbst. Und auch die Hochschulgebäude werden aus Gebühren finanziert.

Wir von SPD und Grünen haben das Instrument Bau- und Liegenschaftsbetrieb gegen Ihren Widerstand entwickelt, damit zeitnah Investitionen

getätigt werden können. Als es um die Regierungsbildung von CDU und FDP ging, haben Sie darüber nachgedacht, ob Sie diesen „Laden“ nicht loswerden sollten. Mittlerweile sieht man das anders; das ist auch gut so. Aber wie gesagt: SPD und Grüne haben dieses Instrument auf den Weg gebracht, damit schneller Investitionen getätigt werden können.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Sie haben gerade dagegen gesprochen!)

– Nein, ich habe überhaupt nicht dagegen gesprochen!

(Zuruf von der Regierungsbank: Doch, haben Sie!)

– Nein. Ich erkläre Ihnen, worin der Unterschied liegt. Herr Ministerpräsident, als Sie Zukunftsmister waren, haben Sie die südlichen Bundesländer beim Hochschulbau deutlich bevorzugt. Das lässt sich anhand aller Statistiken nachweisen. Wenn es um den Hochschulbau geht, würde ich mich in Nordrhein-Westfalen an Ihrer Stelle also etwas zurückhalten.

(Beifall von der SPD – Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Und Sie haben es nicht geregelt bekommen!)

Sie haben seit dem 1. Januar 2006 jährlich 107 Millionen € Pauschalmittel zur Verfügung. Das hat es in den Jahren der Regierung von SPD und Grünen bzw. in der Zeit der Vorgängerregierungen, die die SPD allein gestellt hat, nicht gegeben. Sie haben wesentlich bessere Rahmenbedingungen. Sie haben höhere Steuereinnahmen. Wir wollen, dass die in diese Infrastruktur gehen.

(Widerspruch von der CDU)

Ich sage noch einmal: Den Bau- und Liegenschaftsbetrieb haben wir gegründet, um schneller reagieren und um alleine handeln zu können. Wir wären in der Lage, ein Hochschulinvestitionsprogramm losgelöst von der Mietmittelfrage zeitnah – 2013 ist schon bald – auf den Weg zu bringen, das durch die genannten 107 Millionen € gespeist wird, die wir dann für die Zinsen bereitstellen könnten, und das die Hochschulen in ihrer Substanz nicht belastet. Das ist der Unterschied bei unserer Überlegung. Sie übertragen die hohen Lasten, die damit verbunden sind, schnell Gebäude zu errichten, auf die Hochschulen. Wir wollen ein anderes Investitionsprogramm!

Ich wiederhole: 2013 ist schon bald und nicht in ferner Zukunft! All das, was in der Unterrichtung vorgetragen worden ist, all das, was bisher durch

die Landesregierung beschlossen worden ist, ist nicht geeignet, 2013 ausreichende und qualitativ hochwertige Studienangebote für die Jugend unseres Landes bereitzustellen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Kuhmichel.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich schicke zunächst einmal einen herzlichen Glückwunsch nach Bochum. Dort startet nämlich eine Universität zur Eliteuniversität durch. Wir haben es alle mitbekommen: Diese Universität war 2007 reichlich enttäuscht, weil das damals nicht geklappt hat. Aber jetzt wird sie für ihre Forschungsstärke zu Recht belohnt. Das wird auch Auswirkungen auf die Qualität der Lehre haben. Herzlichen Glückwunsch an Rektor Elmar Weiler und sein tolles Team!

(Beifall von der CDU)

Noch einmal die Zahlen: 20 Millionen € vom Land Nordrhein-Westfalen in die Uni Bochum; 10 Millionen € von der Stiftung Mercator in die Uni Bochum; 10 Millionen € eigene Mittel, privates Kapital, wird sie erwirtschaften. 40 Millionen €! Das wäre zu Zeiten einer verstaubten Hochschulpolitik à la Rot-Grün in der Vergangenheit nicht möglich gewesen!

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist eine sehr gute Nachricht für die Hochschullandschaft Ruhrgebiet und auch für die Kooperation mit Duisburg-Essen und Dortmund. Dazu viel Erfolg! Ich habe mich ja seit Jahren dafür verwendet, dass sich die Hochschullandschaft Ruhrgebiet dahin entwickelt. Das klappt jetzt vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik.

(Widerspruch von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, gute Nachrichten aus dem Regierungslager sind meist weniger gute Nachrichten für die Opposition. Das ist so. Ich kann mitreden, weil ich das hier selbst eine Reihe von Jahren erlebt habe. Denn Opposition lebt ja davon, dass es nicht so rund läuft, und versucht, Wasser in den Wein zu kippen. Das war auch gerade wieder so, lieber Herr Schultheis. Die aktuellen Zeiten der NRW-Hochschulpolitik sind schlechte Zeiten für die Opposition. Es gibt nun einmal landauf, landab sehr viel Zustimmung für

diese Politik und kaum oder sehr wenig Kritik. Es gibt einen großen Spaß an der neugewonnenen Freiheit im Hochschulbereich. Es gibt diesen berühmten Wind of Change. Der hat so viele beflügelt. Es ist Zeit des Aufbruchs. Das können Sie einfach nicht schlechtreden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wann haben Sie schon einmal mit Studierenden gesprochen, Herr Kuhmichel?)

Es ist auch die Zeit derjenigen vorbei, die nur ministerielle Vorgaben verwaltet haben. Jetzt ist die Zeit derjenigen, die gestalten. Ein Beispiel ist – wie eben gesagt – die Uni Bochum.

Herr Schultheis, ein kleiner Tipp: Sie haben eine Hochschulpolitik ohne Konzept. Sie haben vielleicht ein Thema, one issue, bei dem Sie glauben, per Emotionen ein wenig punkten zu können.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Bilingual!)

Das sind die berühmt-berüchtigten Studienbeiträge. Das ist das einzige Thema, an dem Sie sich festklammern. Ansonsten gibt es nichts.

Sie verweisen auf Hessen. Wir sind aber in Nordrhein-Westfalen und nicht in Hessen. In Hessen haben die Linken das mitbeschlossen, dieselben Linken, die Sie hier heraushalten wollen.

(Beifall von der CDU)

Das wird überhaupt nicht klappen. Sie werden die Mehrheit dafür dann nicht bekommen.

Wenn es auf den Wahlkampf zugeht, werden Sie erleben, dass die Lehrenden und Lernenden im Lande die Sache ganz anders sehen und sagen werden: Wenn ihr das wieder abschafft, nehmt ihr uns den Gestaltungsspielraum im Hochschulbereich, den wir uns erworben haben.

Insofern: Machen Sie sich die Sache nicht so leicht!

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Karl Schultheis [SPD])

Sie wissen doch selbst, Herr Schultheis, dass Sie vieles von dem genauso machen würden, wie wir es jetzt machen, hätten Sie nur die Gelegenheit dazu. Aber als Opposition müssen Sie jetzt herumfilibustern. Das ist Ihre Rolle. Es tut mir Leid, das ist so gekommen.

Herr Minister Pinkwart, herzlichen Dank für Ihre Unterrichtung darüber, wie Sie die Hochschullandschaft in NRW bis zum Jahr 2020 zukunfts-fest machen wollen. Ich bin dankbar, dass Sie die Fachhochschulinitiative unseres Ministerpräsidenten aufgenommen haben und umsetzen wollen.

Ich bin sehr erfreut über Ihre Vorstellungen zur Schaffung neuer Studienplätze und zur Modernisierung der Hochschulgebäude. Wie Sie wissen, nehmen Sie damit die langjährigen Vorstellungen der CDU aus Oppositionszeiten dankenswerterweise auf. Das ist gut so.

Ich will nicht alles, was Sie hier vorgetragen haben, wiederholen, sondern es schwerpunktmäßig zusammenfassen, zumal mein Kollege Brinkmeier hier ergänzend vortragen wird.

Alle Maßnahmen, die Sie angesprochen haben, sind in drei langfristige hochschulpolitische Ziele eingebettet:

Erstens. Es gilt, die Qualität der Lehre weiter zu verbessern. Es geht darum, möglichst vielen jungen Menschen einen erfolgreichen Hochschulabschluss zu ermöglichen und die Akademikerquote zu erhöhen.

Zweitens – wie eben gesagt –: Es gilt, das Angebot an MINT-Fächern auszubauen – für die, die das vielleicht nicht verstehen: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik –; denn der Bedarf an hochqualifizierten Ingenieurinnen und Ingenieuren ist sehr groß und wird weiter anwachsen.

Last, not least – drittens – werden wir den an nordrhein-westfälischen Fachhochschulen zur Verfügung stehenden Anteil an Studienplätzen von derzeit 25 % auf 40 % erhöhen. Ich bin lange genug dabei, um bestätigen zu können, dass diese Forderung oft genug – auch von uns – erhoben wurde, als wir in der Opposition waren. Dieser Anteil müsste erheblich erhöht werden. Jetzt ist das Konzept da. Ich bin froh darüber, dass wir es endlich umsetzen können.

(Karl Schultheis [SPD]: Welches Konzept?)

Meine Damen und Herren, noch eines muss erwähnt werden: Die zur Finanzierung des Ganzen notwendigen Mittel stellt das Land zusätzlich bereit. Damit das nicht falsch verstanden wird: zusätzlich zu dem, was schon investiert wird. Der Ausbau der Fachhochschullandschaft geht also nicht zulasten der bestehenden Hochschulen.

(Widerspruch von Sören Link [SPD])

Meine Damen und Herren, abschließend noch einmal in Richtung Opposition, die jetzt damit leben muss und eigentlich Beifall dafür zollen sollte, dass es jetzt dazu kommt: Dieses Milliardenprogramm bedeutet für das Land eine immense Anstrengung, aber es zeigt, wie ernst es uns mit der Priorität für Bildung ist. Sie hatten die Kraft zu diesem Programm leider nicht.

Bildungspolitik ist immer auch Standortpolitik. Dafür senden wir die entscheidenden Signale: Wir senden Signale an die zukünftig Studierenden und ihre Familien, Signale an Mittelständler und Großunternehmen, die bestens ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen, und Signale an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die exzellenten Nachwuchs mit guten beruflichen Perspektiven brauchen. – Das sind unsere Signale. Bitte, liebe Opposition, hören Sie diese Signale. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kollege Kuhmichel. – Für die FDP spricht nun Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Schultheis hat eben mehrfach gesagt, 2013 sei gewissermaßen morgen.

(Karl Schultheis [SPD]: Nicht nur „gewissermaßen“!)

2013 und auch schon in der Zeit davor seien sehr viele Studienanfänger zu erwarten, für die Kapazitäten geschaffen werden müssten. Herr Schultheis, ich will Sie fragen, in welchem Jahr die Studienanfänger des Jahres 2013 geboren worden sind. Waren die nicht schon absehbar, als Sie die Regierungsverantwortung getragen haben? Welche Maßnahmen haben Sie eingeleitet, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen? Welche Maßnahmen haben Sie eingeleitet, um die Qualität der Lehre zu verbessern?

(Karl Schultheis [SPD]: Fragen Sie doch Frau Bulmahn!)

Welche Maßnahmen haben Sie eingeleitet, um die öffentliche Infrastruktur instand zu setzen? Sie haben in Wahrheit nichts gemacht. Sie haben die Hände in den Schoß gelegt.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben mit dem Qualitätspakt unser Hochschulwesen dauerhaft unterfinanziert und deshalb entscheidende Mitverantwortung dafür zu übernehmen, in welcher Lage wir das Hochschulwesen vorgefunden haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Am Hochschulpakt in Berlin sind CDU und SPD beteiligt, nicht Sie!)

Jetzt stellen Sie sich mit ganz kleinem Karo hier hin und machen die wichtigen und guten Initiativen dieser Regierung schlecht.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie leben vom Bund und von Europa!)

Damit können Sie hier nicht reüssieren, Herr Schultheis. Das ist noch nicht einmal das Niveau der Aachener Kommunalpolitik, in die Sie aufgrund der Perspektivlosigkeit der Landes-SPD ja streben.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Christian Lindner (FDP): Ich habe doch noch gar nicht angefangen. Aber bitte schön, Frau Schäfer.

Präsidentin Regina van Dinther: Möchten Sie oder möchten Sie nicht?

Christian Lindner (FDP): Ja. Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Frau Schäfer.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Was war das denn jetzt? Haben Sie noch nicht angefangen, Herr Lindner?)

Christian Lindner (FDP): Ich habe noch nicht angefangen, und doch hat Frau Schäfer schon Qualifizierungsbedarf.

Ute Schäfer (SPD): Herr Lindner, Sie haben uns gerade Untätigkeit in Bezug auf den Abiturjahrgang im Jahr 2013 vorgeworfen. Wissen Sie, wann das Abitur nach zwölf Jahren beschlossen wurde, und wissen Sie, wann Sie an die Regierung gekommen sind?

Christian Lindner (FDP): Liebenswürdige Frau Schäfer, der doppelte Abiturjahrgang ist doch nur die Spitze des Eisbergs!

(Ute Schäfer [SPD]: Danke schön für diese qualifizierte Antwort!)

Wir reden über geburtenstarke Jahrgänge. Dieser einmalige Sondereffekt mag dazukommen. Man hätte viel früher etwas tun können.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Wir haben erst einmal einen Trendwechsel in der Hochschulpolitik erreichen können und vieles, was sehr lange überfällig war, endlich ins Gesetzblatt gebracht – ich werde das gleich darstellen – und stellen uns jetzt der Herausforderung, allen Studierwilligen und -fähigen eine Option zu bieten.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Sie haben dazu nichts beizutragen – nicht in der Vergangenheit und auch jetzt nicht, wie wir eben erlebt haben.

Meine Damen und Herren, die heutige Unterrichtung ist im Grunde genommen der vierte Meilenstein der Neuordnung der Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen. Der erste Meilenstein war die Verabschiedung des Studienbeitragsgesetzes, durch das wir viele zusätzliche Mittel in unser Hochschulwesen bekommen haben, um die Qualität der Lehre zu verbessern.

Lieber Herr Schultheis, weil Sie das eben in, wie ich finde, unseriöser Weise zum Thema gemacht haben, will ich zwei Dinge klarstellen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das sind Mittel der Studierenden! Das ist doch nicht Ihre Leistung! -Dietmar Brockes [FDP]: Wer hat das denn eingeführt?)

– Selbstverständlich leisten Private über die Studienbeiträge einen Beitrag zur Finanzierung des Hochschulwesens, Herr Schultheis. Aber im Unterschied zu den Studiengebühren, die Sie eingeführt haben, profitieren die Studierenden jetzt auch von dem Beitrag, den sie zahlen.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von Karl Schultheis [SPD] – Ralf Jäger [SPD]: Das ist doch gelogen!)

Denn die Langzeitgebühren, die Sie eingeführt haben, sind an den klebrigen Fingern des früheren Finanzministers hängen geblieben. Davon ist nichts für die Verbesserung der Qualität der Lehre aufgewendet worden. Deshalb: Wer heute zu Studienbeiträgen herangezogen wird, der investiert in die eigene Zukunft und stopft nicht die Taschen des Finanzministers.

Weil Sie zwei Sachverhalte angesprochen haben, die ich als zutiefst unseriös empfinde, Herr Schultheis,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist Ihre Rede aber auch, Herr Kollege!)

will ich für die Damen und Herren, die die Debatte verfolgen, klarstellen: Aus den Studienbeiträgen werden keine Mitarbeiter finanziert, was zusätzliche Studienkapazitäten zur Folge hätte. Es ist al-

lerdings möglich – und das wollen wir –, dass zusätzliche Hochschullehrer beschäftigt werden, allerdings nicht für eine vergrößerte Zahl von Studierenden.

(Karl Schultheis [SPD]: Wie verbinden Sie das denn mit mehr Kapazität?)

Studienbeiträge sind deshalb in der Lage, das Verhältnis von Studierenden und Lehrenden zu verbessern. Das wollen wir; das ist ausdrückliches Ziel dieser Koalition.

(Beifall von FDP und CDU)

Herr Schultheis, ich füge ein Zweites hinzu: Sie haben so getan, als sei etwa in Bonn unbillig, unrechtmäßig und illegitim eine Gebäudeinvestition aus Studienbeiträgen finanziert worden. Dazu wollen wir zwei Dinge festhalten: Erstens. Nur 10 % des Aufkommens aus Studienbeiträgen dürfen für Gebäudeinvestitionen verwendet werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Das sind 10 % zu viel!)

Zweitens. In Bonn passiert das auf ausdrücklichen Wunsch der Studierenden,

(Beifall von FDP und CDU)

weil sie gerne zusätzliche Laborkapazitäten insbesondere im Fach Medizin haben wollen! Der BLB könnte das erst in ferner Zukunft finanzieren. Die Studierenden verständigen sich zusammen mit ihren Lehrern und der Hochschulleitung darauf, das aus Studiengebühren vorzufinanzieren.

Ich sage Ihnen: Sie haben den Menschen nur versprochen, etwas in ferner Zukunft oder überhaupt nichts zu tun. Wir leisten einen ganz pragmatischen und spürbaren Beitrag dazu, dass sich die Situation jetzt, für die heute Studierenden verbessert. Sie mit Ihren merkwürdigen und, wie ich finde, verantwortungslosen Appellen können durchaus anerkennen, dass sich in der Landschaft etwas verändert.

Der zweite Meilenstein war das Hochschulfreiheitsgesetz. Es hat zu einem Innovationsschub geführt.

(Karl Schultheis [SPD]: Abbau von Studienplätzen!)

An vielen Hochschulen verständigen sich jetzt die Hochschulleitungen gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft auf neue Ziele für ihren Hochschulstandort. Das ist eine Weiterentwicklung unseres Hochschulwesens. Die Hochschulen sind verselbstständigt. Die Hochschulen sind kein Unternehmen, dürfen aber

unternehmerischer handeln. Das heißt, sie dürfen eigene Ziele formulieren und effizient und selbstständig mit ihren Mitteln umgehen, um diese Ziele zu erreichen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das durften sie vorher auch schon!)

Sie haben die Hochschulen gefesselt. Aber da sind Akademiker tätig, die Verantwortung für sich und für ihren Hochschulstandort übernehmen können. Trotzdem haben Sie sie an der kurzen Leine der Ministerialbürokratie geführt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der entfesselte Prometheus Lindner!)

So kann man in der Wissensgesellschaft nicht Politik machen. Deshalb war das Hochschulfreiheitsgesetz ein Befreiungsschlag, der zu Recht von der Hochschulrektorenkonferenz im Vergleich der Ländergesetzgebungen als mustergültig bezeichnet worden ist.

Ich möchte kurz auf den dritten Meilenstein eingehen. Das ist das erstmals so klar formulierte Ziel, Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 zum Innovationsland Nummer eins zu machen. Jedes Jahr wird Ihnen ein Innovationsbericht vorgelegt, der den Status quo beschreibt und darlegt, welche Schritte noch zu gehen sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Durch das dadurch auch erreichte forschungsfreundliche Klima wird es erstmals auch möglich, zusätzliche private Investitionen in Forschung und Entwicklung zu stimulieren. Daran hatte es in Nordrhein-Westfalen gekrankelt. Die Grünen wollten Nordrhein-Westfalen zur gentechnikfreien Zone machen. Da darf man sich nicht wundern, dass hoch innovative Unternehmen in diesem Bereich unserem Land den Rücken gekehrt haben. Auch da eine Veränderung.

Und heute, meine Damen und Herren, beraten wir über den vierten Meilenstein, den zusätzlichen Aufbau von Kapazitäten. Mithin beraten wir darüber, dass und wie Studierwilligen und -fähigen im nächsten Jahrzehnt ein qualitativvolles Studium in Nordrhein-Westfalen ermöglicht werden kann.

Minister Pinkwart hat dargelegt, welch gewaltige Herausforderung allein bezogen auf die Zahlen vor uns steht: 26.000 Studierende bis zum Jahr 2010, im Zeitraum 2011 bis 2020 – die mittlere Höhe der unterschiedlichen Prognosen – 160.000 zusätzliche Studierende.

Jetzt könnte man es sich leicht machen, so wie die Sozialdemokratie das in der Vergangenheit gerne getan hat. Man könnte sagen: Wir schaffen

günstige Buchwissenschaften, wir schaffen möglichst viele Geistes- und Sozialwissenschaften – die ja jetzt schon einen hohen Anteil an unseren Hochschulen beanspruchen –, weil man Studierenden dann schnell eine Perspektive vermitteln, schnell Studienplätze einrichten kann.

Aber wir gehen einen anderen Weg. Diese Koalition hat sich dem Ziel verpflichtet gefühlt, insbesondere im Bereich der naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächer einen Schwerpunkt zu setzen, auch wenn das der schwierigere Weg ist. Es ist der Weg, der für unser Land insgesamt besser ist und der für viele junge Menschen auch eine interessantere, im Übrigen auch finanziell perspektivreichere Lebenschance eröffnet.

50 % der neuen Studienplätze sollen im MINT-Bereich – Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Technikwissenschaften – entstehen. 50 %, das ist ein echter Schwerpunkt in einem Bereich, der in der Vergangenheit vernachlässigt worden ist und in dem wir auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen dauerhaften Fachkräftemangel zu befürchten hätten, wenn jetzt nicht gegengesteuert würde.

Ich würdige, dass insgesamt 40 % der Studienplätze in der Perspektive an Fachhochschulen eingerichtet werden sollen. Denn gerade hier gibt es für viele junge Menschen eine Möglichkeit, sich anwendungs- und berufsorientiert im tertiären Bereich zu qualifizieren. Ein Fachhochschulstudium, das ist nicht ein Studium light, sondern das ist ein gleichberechtigter, vielfach auch erfolgversprechender, weil vom Studiengang überschaubarer Weg in eine qualifizierte und erfolgreiche Berufstätigkeit außerhalb des Wissenschaftsbereichs.

(Beifall von der FDP)

Wir als Freie Demokraten heben zudem hervor, dass 5.000 zusätzliche Studienplätze in den besonders vom Strukturwandel betroffenen Regionen dieses Landes geschaffen werden sollen. Wir haben als Freie Demokraten und auch als Koalition haben immer gesagt: Wir wollen aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aussteigen, weil er in unserem Land keine Perspektive hat,

(Zuruf von der SPD: Das sehen wir gerade am Geldmarkt!)

weil er angesichts der geologischen Situation auf Dauer nicht wettbewerbsfähig ist. Aber wir wollen den betroffenen Regionen eine Perspektive in der Wissensgesellschaft bieten. Deshalb werden diese Bereiche unseres Landes von diesem Programm in besonderer Weise profitieren und kön-

nen neue Fachhochschulen mit immerhin 5.000 zusätzlichen Studienplätzen einrichten. So macht man Strukturwandel! Strukturwandel macht man nicht, indem man eine nichtlebensfähige Industrie, eine nicht lebensfähige Branche künstlich beatmet. So macht man nicht Strukturwandel, da wird nur Geld verschwendet.

(Beifall von der FDP)

Strukturwandel wird geleistet, indem man in Köpfe investiert; denn Köpfen folgen Innovationen, Innovationen folgen Produkte und Produkten folgt Wohlstand, meine Damen und Herren.

(Karl Schultheis [SPD]: Wenn das so einfach wäre!)

– Weil das so einfach ist, hätten Sie es viel früher machen können. Sie haben Beträge in dreistelliger Milliardenhöhe verbuddelt, statt sie in Menschen zu investieren.

Ich greife ein Wort des Innenministers auf: Wir wollen eben in helle Köpfe investieren und nicht länger in dunkle Schächte, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Link. Möchten Sie die beantworten?

Christian Lindner (FDP): Ja, auch der Kollege Link darf sich weiterbilden.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Link.

Sören Link (SPD): Oh, vielen Dank, Herr Kollege Lindner. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Kohlepreise, vor allen Dingen der Koks- kohlepreise, am Weltmarkt in den letzten Jahren exorbitant gestiegen sind und dass die deutsche Steinkohlenförderung nahezu wettbewerbsfähig ist,

(Lachen von der FDP)

und dass dies vor dem Hintergrund, dass die Revisionsklausel erst 2012 ansteht, heute ein durchaus beeindruckendes und aus meiner Sicht auch nachdenkenswertes Ergebnis ist?

Christian Lindner (FDP): Lieber Kollege Link, dass Sie angesichts historischer Höchststände beim Weltmarktpreis für Kohle immer noch von „nahezu wettbewerbsfähig“ sprechen und nicht von „wettbewerbsfähig“, entlarvt Sie selbst. Wir

meinen, dass man keinem Sand in die Augen streuen sollte. Die deutsche Steinkohle ist aufgrund der geologischen Situation dauerhaft nicht wettbewerbsfähig abzubauen, anders als etwa die Braunkohle. Deshalb haben wir als Koalition zu Recht forciert, auszusteigen, damit Mittel für Zukunftsbereiche frei werden.

(Beifall von FDP und CDU – Ralf Jäger [SPD]: Sie sind dauerhaft nicht wettbewerbsfähig!)

Und Sie werden sehen: Bei der Revisionsklausel im nächsten Jahrzehnt wird dieser Beschluss auch bestätigt werden.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Papke. Möchten Sie die beantworten?

Christian Lindner (FDP): Ja, gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Kollege Lindner, im Anschluss an die Frage des Herrn Kollegen Link: Meinen Sie, der Herr Kollege Link hätte möglicherweise schon einmal die Information erhalten, dass das Bergwerk Ost, für dessen verlängerte Laufzeit seine Fraktion jetzt so massiv plädiert, die Steinkohle zum Preis von 349 € je Tonne fördert und es damit bei einem Weltmarktpreis von 90 € je Tonne von einer wettbewerbsfähigen Förderung doch noch ein kleines Stück entfernt ist? Meinen Sie, der Herr Kollege Link hätte eine solche Information bisher erhalten oder eher nicht?

(Heiterkeit von der FDP)

Christian Lindner (FDP): Ich glaube, der Herr Kollege Link hat eine solche Information auch nicht eingefordert, weil eine flotte These allemal besser ist als nüchterne Fakten. Das ist ja die Politik der SPD.

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU)

Nach dieser kohlepolitischen Erörterung will ich aber zur Zukunft des Landes zurückkommen und unterstreichen, dass wir mit einer ersten Hochschule für nichtärztliche Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen Neuland betreten werden. Wir wissen, wie wichtig etwa der Bereich der Altenpflege ist, dass Pflegewissenschaften, gerade angesichts einer alternden Gesellschaft, eine zentrale Bedeutung erhalten werden, um die Lebensqualität von Menschen zu steigern, auch im

Alter, um die gesundheitliche Entwicklung insgesamt zu fördern. Mit dem Max-Planck-Institut haben wir im Bereich der Grundlagenforschung einen ersten Schwerpunkt setzen können. Die Ansiedlung ist ja dank der Initiative des Innovationsministers in Nordrhein-Westfalen gelungen. Das wird jetzt noch begleitet von der ersten staatlichen Hochschule für nichtärztliche Gesundheitsberufe.

Der letzte Punkt, den ich aus unserer Sicht hervorheben will, ist der Hochschulbau. – Sie haben uns nicht nur einen immensen Schuldenberg, der sich im Haushalt ablesen lässt, sondern auch einen unglaublichen Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur hinterlassen. Dadurch ist ein Vermögensschaden entstanden. Den kann man nicht sofort im Haushalt ablesen, aber den kann jeder sehen, wenn er eine staatliche Hochschule in Nordrhein-Westfalen besucht.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Auf 5 Milliarden € ist dieser Investitions- und Sanierungsstau beziffert worden. Die Universitätsklinik kommen noch hinzu. Wir müssen uns jetzt der Mühe unterziehen, diesen Berg in den nächsten Jahren langsam, aber mit großer Entschlossenheit abzubauen. Ich bin dankbar dafür, dass dieser Schwerpunkt mit Eingang in die Unterrichtung und Planungen der Landesregierung gefunden hat.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meines Beitrags. – Man kann sehr klar sehen, was uns von Ihnen unterscheidet.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Sie haben zusätzliche Kapazitäten immer in günstigen Fächern eingerichtet, selbst wenn die Berufsperspektiven danach nicht optimal waren.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Schultheis, Zwischenrufe sind ja gut, aber es gibt auch Zwischenfragen. Eine dritte Zwischenfrage – es wäre die letzte Zwischenfrage, die ich zulassen würde – hat jetzt Frau Schäfer. Wollen Sie diese gestatten?

Christian Lindner (FDP): Nein. Ich meine, es ist genug miteinander gestritten worden. Sie hatten Ihre Gelegenheit. Sie müssen Ihr Pulver für weitere Gelegenheiten noch ein bisschen trocken halten.

Was uns unterscheidet, ist Folgendes: Sie haben in der Vergangenheit vor allen Dingen auch bei

der Neugründung von Hochschulen Kapazitäten in günstigen Fächern geschaffen, selbst wenn das nicht in jedem Fall die besten Entscheidungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die individuellen Lebensperspektiven gewesen sind.

(Karl Schultheis [SPD]: Absoluter Quatsch!)

Sie haben uns in Nordrhein-Westfalen einen Vermögensschaden hinterlassen, weil Sie – übrigens auch im Straßenbau und in anderen Feldern – öffentliche Infrastrukturen nicht gepflegt haben. Darüber hinaus haben Sie dafür gesorgt, dass die Kapazitäten, die wir haben, nicht in vernünftiger Weise genutzt worden sind, weil in Nordrhein-Westfalen das Studium aufgrund der schlechten Lehrbedingungen unkalkulierbar war und es – im Durchschnitt ein Semester – länger gedauert hat als zum Beispiel in Baden-Württemberg. Auch dadurch sind Kapazitäten belegt worden.

Wir haben das verändert. Das Studium in Nordrhein-Westfalen ist schneller und besser geworden. Die Hochschulen sind freier, eigene Schwerpunkte zu setzen. Wir finanzieren zusätzliche Studienkapazitäten und räumen die Trümmer weg, die Sie uns im Bereich des Hochschulbaus hinterlassen haben. Das ist die neue Wissenschafts-, die neue Innovationspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Für die FDP-Fraktion sichere ich der Landesregierung, auch was die haushaltspolitischen Fragen angeht, die volle Unterstützung zu. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbau von Studienplätzen bis zum Jahr 2020 ist in der Tat die zentrale Aufgabe, die diese Landesregierung im Hochschulbereich zu bewältigen hat. Ich bin froh, dass diese Erkenntnis nun auch die FDP erreicht hat, auch wenn Herr Lindner offensichtlich den Zusammenhang mit der Schulzeitverkürzung und dem umstrittenen Schulgesetz noch immer nicht verstanden hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Aber nicht in dieser Form, Herr Lindner. – Für Herrn Minister Pinkwart ist das ohne Zweifel eine große Herausforderung, wenn man sich die De-

mografie vor Augen führt. Wenn uns die Hochschulrektorenkonferenz sagt, dass der jetzige Hochschulpakt nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, dann frage ich mich, wie Sie mit einer solchen Planung auf den Ansturm von Studierenden reagieren wollen, den uns der doppelte Abiturjahrgang im Jahr 2013 bescheren wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn nach Schätzungen der Hochschulrektorenkonferenz sind bis zum Jahr 2020 etwa 6 Milliarden € nötig, um die notwendigen Studienplätze in ausreichender Qualität zu schaffen. In Ihrem Topf – das haben Sie eben selber gesagt – sind aber bislang nur 450 Millionen €, die bis 2013 reichen sollen.

Da nützt es eben auch nicht, dass Sie jetzt Nebelkerzen zünden und mit der Verteilung von 10.000 oder 11.000 Studienplätzen im Fachhochschulbereich so tun, als ob das Problem damit gelöst sei. Der Aufstand der Fachhochschulen und deren Kritik an Ihrem Konzept waren ja im Übrigen deutlich.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Aufstand?)

– Ja, die Briefe sind ja überallhin verschickt worden. Auch Sie haben einen bekommen, Herr Kuhmichel. – Ich kann den Rektoren nur zustimmen: Die Gründung neuer Fachhochschulen ist nichts anderes als pure Leuchtturmpolitik. Ich kann ja verstehen, dass der Ministerpräsident ein hohes Interesse daran hat, kurz vor den Kommunalwahlen im Ruhrgebiet noch einige Wahlkampfgeschenke zu verteilen. Aber ich halte es für unverantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, das auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn Neugründungen sind die mit Abstand teuerste Form der Erweiterung des Hochschulbereichs. Das sagt auch die LRK der Fachhochschulen. Das ist nun wahrlich keine Glaubensfrage. Mit dem Geld, das Sie hier symbolträchtig in neue Vorzeigeprojekte schießen, könnte man an bestehenden Standorten ein Vielfaches der jetzt versprochenen 10.000 oder 11.000 Studienplätze schaffen.

Sie loben hier einen Wettbewerb aus, Herr Minister Pinkwart, und wecken damit in ganz Nordrhein-Westfalen Begehrlichkeiten und Hoffnungen. Dass Sie die alle erfüllen können, glauben Sie doch selber nicht. So eine Politik ist nichts anderes als unredlich und populistisch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Natürlich unterstützen auch wir Grüne den Ausbau des Hochschulsystems, gerade in den strukturschwachen Regionen in NRW, aber statt neue Einrichtungen auf die grüne Wiese zu setzen, wäre eine Flexibilisierung der vorhandenen Strukturen angesagt. Die Etablierung von Allianzen und Netzwerken zwischen den zahlreich vorhandenen Hochschulen – wir haben nun einmal das dichteste Hochschulnetz in Europa – und Hochschulabteilungen steckt immer noch in den Kinderschuhen. Eine solche Kooperation würde die vorhandenen Ressourcen viel besser ausschöpfen. Ich zitiere:

„Neue Studienplätze an vorhandenen Standorten, die konzeptionell auf das Entstehen und die Stärkung von solchen Netzwerken ausgerichtet sind, entsprächen aktuellen Erfordernissen.“

Dies sagt die LKR der Fachhochschulen.

„Im Hinblick auf die Strukturförderung mache es viel mehr Sinn, statt neuer Hochschulen Transfereinrichtungen und Einrichtungen für angewandte Forschung und Entwicklung gezielt in strukturschwachen Gebieten zu etablieren, die an gut funktionierende Fachhochschulen angebunden sind.“

Genau so ist das!

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Studienplatzfrage wird das entscheidende hochschulpolitische Thema der nächsten zehn Jahre werden. Einerseits werden wir genug davon schaffen müssen, damit es für viele Schülerinnen und Schüler nach dem Abitur und nach der Fachhochschulreife kein böses Erwachen gibt.

Andererseits werden wir diese Studienplätze qualitativ gut ausstatten müssen. Denn die in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Reformen – insbesondere die Umstellung auf das konsekutive Bachelor-/Mastersystem – ziehen einen zusätzlichen Kapazitätsbedarf nach sich. Dieser wird im Gegensatz zum mittelfristig vorübergehenden Mehrbedarf, den wir jetzt durch die steigenden Studienanfängerzahlen aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge haben, langfristig bestehen. Es geht um die Verbesserung der Betreuung und um die Qualität der Lehre.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister Pinkwart, die Summe von 4.262 €, die Sie im Hochschulpakt für einen neugeschaffenen Studienplatz ansetzen, liegt weit unter den tatsächlichen Kosten. Zum Vergleich: Ein Stu-

dienplatz in Aachen kostet 10.533 €, an der Uni Bochum 7.942 €. Im Mittel aller Hochschulen kostet ein Studienplatz in Nordrhein-Westfalen 9.108 €. Das ist quasi das Doppelte der von Ihnen angesetzten Summe. Das, womit Sie jetzt Reklame machen, sind Billigstudienplätze. Diese Summe wollen Sie insbesondere für die MINT-Fächer ausgeben, die bekanntlich – siehe Hochschule Aachen – viel teurer sind.

Wahrscheinlich gehen Sie folgendermaßen vor: Ich habe soundso viel Geld, brauche soundso viele Studienplätze, und das passt dann schon. Was nicht passt, wird passend gemacht. Herr Pinkwart, Sie sind hier nicht auf einem Basar!

Wenn ich mich recht erinnere, war es erklärtes Ziel, die Abbrecherquote in den neuen Studiengängen zu senken und die Qualität der Lehre zu verbessern. Im Augenblick sieht die Welt an den Hochschulen allerdings anders aus – auch nach drei Jahren schwarz-gelber Regierungszeit. Seminarplätze werden aufgelöst, Sprechstunden finden nicht statt, und die Studierenden sitzen in überfüllten Hörsälen auf der Fensterbank. Um das Raumproblem zu lösen, entstehen neuerdings aus Studiengebühren finanzierte Seminargebäude, zum Beispiel auf dem Bonner Venusberg.

Zu Recht wird immer wieder die Frage gestellt, Herr Minister Pinkwart: Müssen ausgerechnet die Studierenden die Unterfinanzierung der Hochschulen ausbügeln? – Dass dies der Fall ist, kritisiert sogar das wirtschaftsliberale Centrum für Hochschulentwicklung. Ich zitiere eine Aussage von Herrn Müller-Böling aus einem Artikel der „TAZ“ vom 6. Mai 2008:

„Wer Gebühren bezahlt, sollte sofort eine Verbesserung spüren.“

Ein nicht unerheblicher Teil der Gebührengelder fließt in den Ausfallfonds zur Absicherung der Studienkredite und in die Bürokratie. Das eigentliche Ziel – die Verbesserung der Lehre – bleibt aber auf der Strecke.

All dem schaut diese Landesregierung tatenlos zu. Statt hier zu handeln, sieht sich der Wissenschaftsminister als eine Art Ombudsmann der Studierenden. Ich zitiere noch einmal aus dem Artikel der „TAZ“ vom 6. Mai 2008, in dem Herr Minister Pinkwart sagt:

„Wo jemand einen Missbrauch sieht, da soll er ihn melden.“

In den Ohren der Studierenden wird das äußerst zynisch klingen.

Von der Politik wird verständlicherweise erwartet, dass sie Verantwortung übernimmt. Dazu gehört, dass endlich klare Kriterien, wofür die Gebühren verwendet werden sollen, aufgestellt werden. Wenn das Geld der Studierenden nicht ausschließlich für definierte Zwecke der Lehre verwendet werden muss, dann wird es immer wieder im System versickern.

Ihre Privat-vor-Staat-Ideologie ist eine Politik der Verantwortungslosigkeit, Herr Minister Pinkwart. Wenn es darauf ankommt, können Sie sich natürlich immer wunderbar auf die Hochschulfreiheit zurückziehen. Aber die Studierenden und die Menschen im Land werden Sie an den Ergebnissen messen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist auch Ihr ganz persönliches Versagen, dass weniger junge Menschen aus bildungsfernen Schichten ein Studium aufnehmen, dass wir jetzt einen deutlichen Rückgang ausländischer Studierender verzeichnen und dass sich die Bedingungen an den Hochschulen trotz Studiengebühren nicht spürbar verbessern.

Im Rahmen der Exzellenzinitiative fließt öffentliches Geld ausschließlich in die Forschung. Vollständig unberücksichtigt bleibt bei der Exzellenzinitiative – so, wie sie bisher angelegt ist – die zweite Säule der Wissenschaft: die wissenschaftliche Lehre. Wir haben schon mehrfach gesagt: Wir wollen, dass frühzeitig sichergestellt wird, dass die Exzellenzförderung in der Lehre ab 2011 als weitere Förderlinie integriert wird. Denn Ihr Politikansatz, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, dass sich die Studierenden die Qualität in der Lehre an den Hochschulen durch Studiengebühren erkaufen sollen, während in die Forschung zusätzliche öffentliche Mittel fließen, ist schlichtweg ein Skandal.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb sollten Sie bei der heutigen Regierungserklärung lieber etwas gedämpfter auftreten, Herr Lindner. Erstens sind die von Ihnen angekündigten Milliarden für die notwendige bauliche Sanierung der Hochschulen noch reines Wunschdenken. Zweites gibt es bei den Lehrenden und Studierenden derzeit so viel Unruhe und Missstimmung über Ihre vermeintliche Hochschulfreiheitspolitik, dass Euphorie nicht angesagt ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der bisherigen Debatte fiel an einigen Stellen ein erhöhter Lautstärkepegel auf. Lautstärke ist in parlamentarischen Debatten – wie wir alle wissen – durchaus nichts Ungewöhnliches. Sie ist entweder darauf zurückzuführen, dass man emotional sehr berührt oder aber schlicht im Unrecht ist. Letzteres scheint im Rahmen dieser Debatte insbesondere für die SPD zu gelten.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte auf einige Behauptungen vonseiten der Opposition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingehen.

Frau Dr. Seidl, Sie haben eben von einem Aufstand der Fachhochschulen gesprochen. – Ich habe keinen Aufstand erlebt. Wir haben von den Fachhochschulen Stellungnahmen bekommen, und wir haben mit den Fachhochschulen gesprochen. Einen Aufstand hat es aber nicht gegeben.

Ich bitte um Verständnis für die Position der Fachhochschulen. Es ist doch nachvollziehbar, dass die schon existierenden Fachhochschulen zusätzliche Studienplätze am liebsten bei sich selbst sehen würden. Das ist eine aus Sicht der schon existierenden Fachhochschulen nachvollziehbare Position. Unsere Position ist es jedoch, dass es zusätzlicher Studienplätze durch Neugründungen bedarf. Diese von Herrn Minister Pinkwart hier vorgestellte Position unterstützen wir ausdrücklich.

Die von Ihnen angemahnten Allianzen und Kooperationen im Hochschulbereich existieren bereits. Sie werden gerade durch die infolge unserer Hochschulgesetzgebung geschaffenen neuen Rahmenbedingungen ermöglicht. Es ist doch offensichtlich, dass zum Beispiel die Allianz der Universitäten im Ruhrgebiet gerade erst durch das Hochschulfreiheitsgesetz zustande gekommen ist, nicht trotz des Hochschulfreiheitsgesetzes.

(Beifall von der CDU)

Das widerlegt ganz klar Ihre Behauptung, Frau Dr. Seidl, dass es zu wenige Kooperationen gibt.

Dann haben Sie, Frau Dr. Seidl, gefordert, es müsse mehr Kriterien für die Studienbeiträge geben, die von der Politik festgelegt werden. – Das ist doch wieder nur ein Beispiel für das Streben nach mehr Bürokratie, die von der Politik, von der

Exekutive und meinetwegen von der Legislative gefordert wird. Das ist Ihre Einstellung. Die Grünen scheinen da den Hochschulen deutlich zu misstrauen.

Ich halte es für richtig, dass man den Hochschulen, die die Studienbeiträge erheben, die Verantwortung zuspricht, darüber zu befinden und für Transparenz zu sorgen. Wir als Politik werden das sicherlich genau beobachten und Gesetzesverstöße entsprechend sanktionieren. Das ist unsere Rolle, und so ist auch unser Rollenverständnis.

Zu Ihnen, lieber Herr Kollege Schultheis! – Mir fiel – nicht nur bei der kleinen Kohledebatte, bei der Sie gezeigt haben, dass Sie von der Wahrheit weit entfernt sind, sondern auch bezüglich Ihrer Milchmädchenrechnung betreffend die Studienplätze – auf, dass Sie wirklich nicht rechnen können. SPD non calculat! Das ist immer Ihr Problem gewesen, und das wird auch dauerhaft Ihr Problem bleiben.

(Karl Schultheis [SPD]: Sind das nun Anfänger- oder Studienplätze?)

– Ja, das sind echte Studienplätze. Entsprechend so viele Studierende werden dann auch an den Hochschulen sein. Sie wollen das Ganze nur kleinreden; das ist Ihr einziges Ziel, lieber Herr Kollege Schultheis. So viele Studierende werden dann an den Hochschulen und dort auch glücklich sein. Wenn Sie dann noch die Großeltern einrechnen, dann frage ich mich, warum Sie als der Weisheit letzten Schluss nicht auch noch die Urgroßeltern einbezogen haben!

(Karl Schultheis [SPD]: Das können Sie errechnen!)

Es ist also unglaublich, mit welchen Milchmädchenrechnungen Sie ins Parlament gehen. Sie sollten ein bisschen ernster und dezidierter sprechen. Wir können das gerne noch bei vielen Gelegenheiten hier im Plenum und auch im Ausschuss erörtern.

(Karl Schultheis [SPD]: Sind das nun Anfänger- oder Studienplätze?)

Zum Thema Wettbewerb! – Grüne und SPD haben gleichermaßen sinngemäß gesagt: Solch ein Wettbewerb ist ja ganz schlimm.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Nein, nein!)

Bei einem Wettbewerb gewinnen nur wenige und viele verlieren. – Was ist das denn für eine Aussage? Beschwerden Sie sich demnächst auch noch bei anderen Wettbewerben, dass es Verlierer gibt? Wenn man in einen Wettbewerb eintritt,

dann weiß man von vornherein, dass man nicht unbedingt gewinnen wird; sonst wäre es kein Wettbewerb.

(Beifall von der CDU)

Sie haben wohl etwas gegen einen Wettbewerb. Vielleicht haben Sie ja noch nie bei einem Preisausschreiben gewonnen.

(Karl Schultheis [SPD]: Nein, überhaupt nicht!)

Es ist also unglaublich, was Sie hier vortragen! Bei einem Wettbewerb müssen Sie davon ausgehen, dass man eben nicht gewinnt.

Die Gespräche, die ich landauf, landab geführt habe, zeigen mir, dass alle bereit sind, in den Wettbewerb einzusteigen. Ein Wettbewerb hat nämlich einen zusätzlichen positiven Nebenaspekt.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, das vor zehn Jahren aktuell war; das war der Bio-Regio-Wettbewerb. Auch dieser Wettbewerb – bei dem auch nur drei gewinnen konnten; am Ende waren es aufgrund eines Sondervotums sogar vier – ist vom damaligen Bundesminister Herrn Rüttgers ausgelobt worden. Bei diesem Bio-Regio-Wettbewerb haben sich aber weitaus mehr Regionen als die vier Gewinner beworben. Am Ende haben aber alle etwas gemacht. Wettbewerb bewegt doch etwas im Land, und das ist doch viel besser, als wenn Sie durch Ihre alte Politik von oben dekretieren, dass es nur dieses oder jenes sein kann.

Wir wollen diesen Wettbewerb ausdrücklich. Die Kommunen, die Wirtschaft und die Beteiligten wollen diesen Wettbewerb auch. Ich darf Ihnen prophezeien: Selbst diejenigen, die am Ende nicht den Zuschlag für das eine oder andere erhalten, werden sich trotzdem bemühen und schauen, was erreichbar ist. Es besteht ein sehr positives Verhältnis zu allen Beteiligten, und das fördert nicht zuletzt die Kooperationen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Weil Sie gerade dazwischenrufen, nenne ich Ihnen noch ein Beispiel: Einige Kommunen haben gesagt: Wir stellen in jedem Fall etwas auf die Beine. Wenn wir den Wettbewerb gewinnen, können wir was richtig Großes machen. Aber wir wollen auf jeden Fall etwas machen. – Das regt die Mitarbeit und das Nachdenken an. Das ist nur zu unterstützen; denn Nachdenken, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat noch niemandem geschadet. Deshalb wird man auch in den Wettbewerb gehen.

Dann noch einmal zu dem netten Thema „Studienbeiträge“ oder „Studiengebühren“, wie es in anderen Bundesländern heißt und wie Sie es auch nennen; denn Gebühren sind – so Ihre Mentalität – ja etwas, was in den Orkus gekippt wird. Man kann schon fast dankbar sein – ich formuliere es einmal zynisch –, dass die Beschlusslage in Hessen so ist, wie sie nun ist. Wir werden demnächst sicherlich eine riesige Völkerwanderung von Nordrhein-Westfalen nach Hessen erleben, weil die Studierenden dort jetzt umsonst studieren können und die Studienbedingungen so toll sind! – Warten wir mal diese Völkerwanderung ab. Ich bin sehr gespannt auf die Zahlen.

Ich glaube, dass sich der große Unterschied zwischen der Qualität eines Studiums an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und der Qualität von Studiengängen etwa in Hessen oder Rheinland-Pfalz, wo Studienbeiträge nicht erhoben werden, sehr bald herausstellen wird. Das können wir gerne erörtern.

Wir sind damals in den Landtagswahlkampf 2005 sehr offensiv hineingegangen mit der Ankündigung: Wir wollen Studienbeiträge. – Sie haben dies abgelehnt mit den Worten: Wir wollen sie nicht. – Wir hatten keine Angst, Beiträge zu fordern, und haben dann so entschieden. Von daher haben wir an der Stelle kein Problem.

Im Übrigen, Herr Schultheis: Vor einigen Monaten fand eine Anhörung zu diesem Thema im Ausschuss statt. Mir ist Ihre rhetorische Zappelei noch sehr gut vor Augen, als die Hochschulen sehr klar zum Ausdruck gebracht haben, wie gut Studienbeiträge sind. Und dann mussten Sie einräumen: Ja, natürlich, wenn wir sie abschaffen, werden wir das gegenfinanzieren. – Darüber kann ich nur lachen. Haben Sie uns denn einmal erklärt, woher Sie das Geld nehmen wollen, außer über höhere Verschuldung? – Das ist wieder Verrat an der jüngeren Generation. Da befinden Sie sich immer wieder im selben Schema: SPD non calculat!

(Beifall von CDU und FDP)

Zu den Grünen und dem Thema Studienbeiträge! Willkommen im Club, Frau Dr. Seidl! Wenn Sie in Hamburg mit uns zusammengehen, machen Sie das mit. Wenn Sie in Hessen dabei sind, dann gehen Sie mit der SPD und den Linken. Übrigens: Das, was vor allem Sie, liebe SPDler, betreiben, ist ein gefährliches Spiel; Herr Kuhmichel hat das eben schon angesprochen. Es ist ja nicht so, dass Sie jetzt nur mal so mit den Linken zusammen gestimmt haben; das entspricht offensichtlich, wie gesagt, Ihrer inneren Einstellung. Vielmehr sind Sie den Linken in Hessen ganz konkret nachge-

laufen. Und das, was Sie da treiben, ist wirklich ein sehr gefährliches Spiel.

Ich zitiere einmal aus der „Süddeutschen Zeitung“ von heute eine wichtige Feinheit, anhand derer man sieht, auf was sich die SPD mit den Linken einlässt:

„Selbst auf den Gesetzes-Passus der Zwangsexmatrikulation, wenn Studierende keine Scheine machen, musste die Hessen-SPD wegen der Linken verzichten. So vertritt sie im Vergleich zu anderen Landesverbänden ein extrem radikales Gratis-Studienmodell.“

Sie sind also den Linken gefolgt, nicht etwa, dass die Linken der SPD gefolgt wären. Das ist wohl Ihre politische Tendenz.

(Carina Gödecke [SPD]: Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir im nordrhein-westfälischen und nicht im Hessischen Landtag debattieren?)

Wir werden das an diesem und anderen Beispielen in der politischen Argumentation sehr dezidiert weiter darstellen.

Zusammengefasst: Wir sind dankbar, dass die Landesregierung diese Initiative auf den Weg gebracht hat. Wir werden sie aktiv unterstützen. Das ist gut für Nordrhein-Westfalen und gut für die Studierenden und auch für die Hochschulen. NRW wird sicher das führende Land in Sachen Studium und Lehre in Deutschland sein. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brinkmeier. – Herr Witzel, Sie hätten noch 49 Sekunden. Müssen Sie die in Anspruch nehmen?

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

– Aber da Sie das Präsidium aufgefordert haben, bei der Einhaltung der Redezeiten besonders auf Genauigkeit zu achten, werde ich das jetzt bei Ihnen zum ersten Mal tun.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Eins, zwei, drei, vier ...)

Das ist sehr freundlich. Mir ist eine Bemerkung sehr wichtig, und zwar die regionalpolitische Bedeutung für die Innovationsfähigkeit und für den Strukturwandel. Natürlich ist das auch ein ausdrückliches Ziel dieses Programms. Das zeigt

auch der Wettbewerb, eine nachhaltige Regionalentwicklung in Gang zu setzen. Sie werden verstehen, dass gerade ich als Abgeordneter des Ruhrgebiets ein hohes Interesse daran habe, dass wir mehr Projekte dieser Art bekommen, weil wir hier für den Strukturwandel zukunftsfähig tätig werden, statt veraltete Strukturen zu beleben.

Wenn Sie zum Beispiel an die Bemühungen im Ruhrgebiet zur Etablierung eines neuen Standortes für Gesundheitswirtschaft denken, wäre dort eine Fachhochschule für Gesundheitsberufe eine große Bereicherung.

(Beifall von der FDP)

Deshalb fordere ich insbesondere alle Kommunen des Ruhrgebietes auf, sich zu bewerben. Der Qualitätswettbewerb wird insgesamt landesweit positive Ergebnisse mit sich bringen. Auch das stellen wir uns unter Innovationsfähigkeit in der Wissenschaftspolitik vor. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! In Hessen haben wir von der Linken dafür gesorgt, dass die Studiengebühren wieder abgeschafft werden.

(Lachen von der CDU)

Auch in NRW werden wir in zwei Jahren dafür sorgen, dass das hier der Fall ist.

(Lachen von Ursula Doppmeier [CDU])

Wir von den Linken – ganz im Gegensatz zu Ihnen von der neoliberalen Koalition – verstehen Hochschule weiter als öffentliche Aufgabe. Entsprechend muss auch die Finanzierung aussehen. Denn das ist der zentrale Punkt. Die Finanzierung der Hochschulen und der Bildungssysteme insgesamt muss durch höhere Spitzensteuern, höhere Erbschaft- und Vermögensteuern und höhere Unternehmensteuern erfolgen und nicht durch Studiengebühren.

Unser Ziel ist es, Studienplätze zu schaffen, Chancengleichheit zu fördern und die Hochschulen gut auszustatten. Die Realität sieht aber so aus, dass die Hochschulen immer maroder werden, Personal abgebaut wird. Es fehlen mindestens 5 Milliarden €.

Die Zielvorstellung von FDP-Minister Pinkwart entspricht dem amerikanischen Hochschulsystem

mit einer Hochschullandschaft mit einigen wenigen Spitzenuniversitäten mit Ausbildungsangeboten für den Nachwuchs der Reichen und Besserverdienenden und mit der – in ganz unterschiedlicher Qualität vorhandenen – großen Masse von Hochschulen für die große Masse der Studierenden; letztlich alles privat finanziert, versteht sich. Das ist ihr neoliberales Modell von Hochschulpolitik.

Noch verschärft wird dies, indem die Masse der Studierenden in verschulte Bachelor-Studiengänge gedrängt wird und nur noch eine quotenmäßig festgelegte kleine Gruppe zu einem Masterstudium mit wissenschaftlichem Anspruch zugelassen wird.

Dies ist das Modell der Landesregierung, das vom Bertelsmannschen Centrum für Hochschulentwicklung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft aufgenötigt wird. Die Wissenschaft und nicht die Politik! Die Krake Bertelsmann gibt die Hochschulleitlinie vor. Das ist die Realität, die wir in Nordrhein-Westfalen erleben. Das lässt sich mit dem nordrhein-westfälischen Hochschulfreiheitsgesetz sogar schwarz auf weiß belegen.

Ende 2005 veröffentlichte der Gütersloher Think-Tank von Bertelsmann „Zehn CHE Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen.“ In diesen Anforderungen finden sich teilweise sogar bis in den Wortlaut hinein die Formulierungen wieder, die der nordrhein-westfälische FDP-Minister Pinkwart ohne jede politische Debatte in seiner Partei, geschweige denn im Landtag, kurze Zeit später auf einer Pressekonferenz als seine eigenen Eckpunkte des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes vorstellte. – Das ist die Realität, die wir hier vorfinden.

Wir erleben, dass – nach einer Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes – von 100 Kindern hoher sozialer Herkunft 84 der Übergang in die gymnasiale Oberstufe und 74 ein Studium gelingt. Doch von 100 Kindern unterer sozialer Herkunft gelingt nur 33 der Übergang in eine weiterführende Schule, und nur noch acht überwinden tatsächlich die Hürde, um ein Studium aufzunehmen. Das ist die Realität, die wir hier haben. Es ist das Gegenteil von Chancengleichheit, es ist das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit. Was Sie hier machen, ist ein sozial unerträglicher, bildungspolitischer Skandal.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Jetzt hat für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auf einige Aspekte der Debatte eingehen.

Zunächst, liebe Frau Seidl: Ich habe nicht verstanden, wie Sie in dem Kontext der Schaffung neuer Fachhochschulstudienplätze in Nordrhein-Westfalen den Begriff des Populismus einführen konnten. Das ist mir völlig unbegreiflich.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich halte diesen Vorwurf, das sei populistische Politik, für zynisch.

(Beifall von der FDP)

Ich halte ihn für zynisch jenen gegenüber, die sich jetzt schon nach der Ankündigung des Ministerpräsidenten, dass wir auf diesem Gebiet etwas tun wollen, vielfach beworben haben. Wir sehen doch die Nachfragen. Reden Sie doch mit den Menschen in den Regionen des Landes! Seit Monaten gibt es große Anstrengungen in den Regionen, wo die Menschen zusammenarbeiten: Schulrektoren, Vertreter der Wirtschaft, Eltern, Kommunalvertreter, Landtagsabgeordnete – im Übrigen von allen Fraktionen –, die sehr intensiv darum bemüht sind, für ihre Regionen eine bessere Ausgangslage zu erreichen.

All diese Anstrengungen werden von Ihnen als Populismus bezeichnet. Da kann ich nur sagen: Das ist zynisch denen gegenüber, die etwas für die Zukunft des Landes erreichen wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch zynisch – und das sage ich mit Blick auf Herrn Schultheis – ist die Debatte, wie sie von der SPD-Fraktion geführt worden ist. – Von Herrn Sagel will ich gar nicht sprechen. Zu der Frage, was denn von dem sozial sein soll, was Sie hier ankündigen, fällt einem ja sowieso nichts mehr ein.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Ich halte es für zynisch, wie Sie hier die Pläne des Landes zum Ausbau der Fachhochschulmöglichkeiten im Parlament begleiten. Denn wenn Sie es damit ernst meinen, dass wir mehr jungen Menschen aus bildungsfernen Familien endlich eine faire Chance auf eine akademische Berufsausbildung geben, ...

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie machen das Gegenteil!)

– Herr Sagel, Sie waren doch schon im letzten Landtag dabei und haben die Versäumnisse mit

zu verantworten. Das alles haben Sie doch nicht hingekriegt. Das zeigt die Statistik.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt begeben wir uns daran und schaffen neue Perspektiven, damit auch die endlich im Land einsteigen können, die Sie ausgegrenzt haben. Das ist nämlich die Lebenswirklichkeit. Und das setzen Sie in Hessen noch fort!

Lieber Herr Brinkmeier, Sie haben aus der „Süd-deutschen“ eine ganz wichtige Passage zitiert. Ich möchte eine weitere aus der „Süddeutschen Zeitung“ von heute mit Blick auf die Entscheidung von Hessen von gestern

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

– bevor Sie klatschen, Herr Sagel – hinzufügen:

„Es ist jedenfalls unverständlich, was sozial daran sein soll, wenn man die Steuerzahler, in ihrer Mehrheit lauter kleine Leute, dazu verpflichtet, anderen ein Dauerstudium oder noch eine zusätzliche zweite akademische Ausbildung zu bezahlen. Wenn es denn richtig ist, dass ein Studium Schutz bietet gegen Arbeitslosigkeit, sollte es als sozial gelten, allen Studenten ein Studium in gebührender Zeit zu ermöglichen. Schließlich verursachen lange Studienzeiten nicht nur hohe Kosten für den Staat, sondern sie verschlechtern auch die Aussichten der Studenten auf eine gute Anstellung.“

(Beifall von CDU und FDP)

Genau das ist der Punkt. Wir machen das Studium wieder berechenbar. Wir verkürzen die Studiendauer. Die Absolventenquote ist im vergangenen Studienjahr um eine zweistellige Größenordnung gestiegen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, für uns ist die Hochschule kein Wartesaal. Es ist eine Einrichtung, in der sich Leistungsorientierung am Ende auch auszahlt, und zwar für alle, die sich in der Hochschule anstrengen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann möchte ich Ihnen, Frau Seidl, zurufen: Ich hätte gerne einmal Ihre Haltung gehört, die Haltung der Fraktion der Grünen zu dem, was Ihre Kolleginnen und Kollegen in Hessen beschlossen haben. Ich möchte gerne wissen, liebe Frau Löhrmann, ob Sie in Nordrhein-Westfalen auch beabsichtigen, dass den Studierenden, die innerhalb einer gewissen Zahl von Semestern keinerlei Scheine absolvieren, trotzdem alle Vergünstigun-

gen, die die Hochschulen für Studierende auf Kosten der Gemeinschaft bereitstellen, auch dauerhaft zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich hätte hierzu gerne einmal von Ihnen gehört, wie Sie sich Studium vorstellen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Denn das ist doch eine Frage: Wie gehen wir mit dem kostbaren Gut Bildung um? Wir wollen, dass mehr junge Menschen dieses kostbare Gut bekommen, und zwar in einer Weise, dass sie ihre Talente auch wirklich zur Entfaltung bringen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dazu gehört Zweierlei: einmal, dass Schulen und Hochschulen sich so darauf einstellen, dass Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ihr Bestes geben, aber auch, dass wir Rahmenbedingungen setzen, damit Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten ihrerseits ihr Bestes einbringen – im eigenen Interesse, aber auch im Interesse der anderen Menschen dieses Landes, nicht zuletzt der Schwächsten.

Denn eines möchte ich hier einmal festhalten – und das zeigt die „Welt“ auf der Titelseite: Es gab noch nie so gute Karrierechancen für Studierende in Deutschland.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das hat aber nichts mit Ihnen zu tun, Herr Pinkwart!)

Wer hier ein Studium für sich in Anspruch nimmt und erfolgreich ausfüllt, bekommt vom Gemeinwesen einen hohen, zusätzlichen Startvorsprung vor anderen. Wir erwarten, dass er das wiederum in den Dienst der Gemeinschaft stellt, indem er das dann auch so intensiv für sich in Anspruch nimmt und gestaltet, dass er etwas zurückgeben kann von dem, was das Gemeinwesen bereitstellt, damit wir für diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind, als Sozialstaat das leisten können, was dauerhaft notwendig ist. Deswegen habe ich kein Verständnis dafür, dass Sie sich offensichtlich nicht nur für ein kostenloses, ein Null-Preis-Studium, sondern für ein Studium ohne Anstrengung entscheiden wollen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist ja lächerlich! Absolut lächerlich!)

Das ist ein Weg, der zu einem Hochschulsozialismus mit Mangelwirtschaft führt

(Beifall von CDU und FDP)

statt zu einer sozialen Marktwirtschaft, die am Ende die Schwächsten im Blick ihrer Politik hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist Populismus, Herr Minister!)

– Nein, das ist genau die Alternative. In Hessen haben Sie sie aufgemacht. Das ist offensichtlich Ihre Welt.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wir stellen dem die andere Alternative der besseren sozialen Ergebnisse entgegen. Daran wollen wir uns auch messen lassen.

Es ist jemand angetreten, der meint, Freiheit und Sozialismus in diesem Land in irgendeiner Weise zusammenbringen zu können. Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn damit – wie hier deutlich wird – gemeint ist, es könne eine Freiheit von Verantwortung durch Sozialismus möglich werden, dann stellen wir dem den Freiheitsbegriff zur Verantwortung entgegen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Diejenigen, die die Freiheit hier in Anspruch nehmen und einen Studienplatz in höchster Qualität erhalten, haben auch die Verantwortung,

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ihre Freiheit ist die Freiheit der Besserverdienenden!)

für sich und das Land daraus das Beste zu machen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Ich glaube, ich habe es richtig gesehen, dass Frau Dr. Seidl von der Redezeit, die sie hat, noch etwas nutzen möchte. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pinkwart, um auf Sie zu reagieren: Ich glaube, ich muss es noch deutlicher auf den Punkt bringen, damit wir uns hier im politischen Raum verstehen. Neue Hochschulen machen sich zwar gut als Wahlkampfgeschenke an die Kommunen; sie taugen aber nicht zur Lösung der Probleme unserer Bildungslandschaft.

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist unterirdisch platt!)

Deshalb sagen wir: Wir brauchen nicht 10.000, sondern 50.000 neue Studienplätze bis 2020. Wenn wir den prognostizierten Fachkräftemangel wirklich ernst nehmen, dann müssen wir in Köpfe und nicht in Strukturen investieren. Natürlich unterstützen auch wir den Ausbau der MINT-Fächer

und auch den Aufbau von akademischen Ausbildungsplätzen für Pflegekräfte und Ergotherapeuten.

(Rudolf Henke [CDU]: Alles Wahlkampf!)

Das haben wir immer schon gesagt. Doch hierfür eigens neue Hochschulen zu gründen, die erst in zehn Jahren wirklich effektiv arbeiten werden, ist unseriöse Symbolpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann ist der Berg der Studierenden, der jetzt ansteht, schon längst wieder zurückgegangen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie haben gar nichts gemacht!)

Bauen Sie stattdessen die bestehenden Hochschulen aus und vernetzen Sie die Standorte! Verbinden Sie damit – auch das sagen wir sehr deutlich – ein Konzept zur ökologischen Sanierung im Rahmen der notwendigen Baumaßnahmen! Das wäre energiepolitisch sinnvoll und vor dem Hintergrund des Klimawandels auch eine Investition in die Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, trotz mehrfacher Aufforderung haben Sie und Ihre Landesregierung auch heute die Chance verpasst, ein schlüssiges Konzept vorzulegen, um die Herausforderungen des doppelten Abiturjahrganges zu bewältigen. Das genau ist Ihr Defizit: Ihnen fehlt nämlich die vorausschauende und verantwortungsvolle Planung.

Das fängt bei der Schulzeitverkürzung, dem sogenannten Turbo-Abitur, an. Hier regiert bereits jetzt das Chaos an den Gymnasien: keine Entschlackung der Lehrpläne, kein sinnvoller Ganztagsunterricht, keine vernünftige Pausenregelung, kein warmes Mittagessen in der Schule, dafür aber reichlich Druck und Stress bei den Hausaufgaben.

Dann, nach dem Abitur im Jahre 2013, kommt die nächste vorhersehbare Katastrophe:

(Beifall von den GRÜNEN)

ein zusätzlicher Ansturm von Bewerberinnen und Bewerbern nicht nur auf die Hochschulen, sondern auch auf den Arbeits- und vor allem den Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen.

Ich sage das jetzt noch einmal, obwohl wir, wie Sie wissen, schon lange dabei sind, diese Forderung zu stellen. Seit 2006 haben wir Grüne Sie aufgefordert, zu handeln. Bis heute liegt aber nach wie vor kein stimmiges Gesamtkonzept dieser Landesregierung vor.

Es fehlen zusätzliche Mittel für eine bessere Ausstattung des aktuellen Hochschulpaktes. Es fehlen strukturelle und organisatorische Maßnahmen für zusätzliche Studienplätze und zum Beispiel für eine andere Struktur des Lehrpersonals; auch das haben wir Ihnen vorgeschlagen. Es fehlen konkrete Vereinbarungen mit dem Bund zu einem Hochschulpakt II, und es fehlt vor allem ein Maßnahmenplan, um dem Ansturm auf Ausbildungsplätze im Jahre 2013 zu begegnen. Es fehlt dieses gesamte Konzept.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung muss endlich aktiv werden. Zünden Sie keine Nebelkerzen, und setzen Sie keine neuen Fachhochschulgründungen in die Welt. Es bleibt allerdings nicht mehr viel Zeit, Herr Minister Pinkwart, dies zu tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Jetzt hat wieder Herr Minister Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Liebe Frau Seidl, ich möchte aufgrund Ihrer Einwendungen doch noch einmal Folgendes deutlich machen, obwohl ich es bereits dargelegt habe: Sie haben 50.000 zusätzliche Studienplätze für das nächste Jahrzehnt gefordert. Ich habe Ihnen im Rahmen meiner Unterrichtung vorgetragen, dass wir mit dem Kabinettsbeschluss „Hochschulpakt 2020“ rund 65.000 zusätzliche Studienplätze für das nächste Jahrzehnt bereitstellen.

Einen Teil werden wir durch die Erweiterung vorhandener Fachhochschulen um neue Abteilungen sowie durch den Bau neuer Fachhochschulen realisieren. Den anderen Teil, nämlich 135.000 Studienanfängerplätze, werden wir schaffen, indem wir den Hochschulpakt II fortschreiben. Die Vereinbarung mit dem Bund und den anderen Ländern – die Rahmenbedingungen sind schon gestellt – liegt vor.

Ich habe darüber hinaus deutlich gemacht, dass wir bis zur Bundestagswahl mit dem Bund und den anderen Ländern – wie im Übrigen im Staatsvertrag verabredet – auch diesen Teil ausfüllen wollen. Insofern verstehe ich Ihnen Vorwurf überhaupt nicht, wir hätten das nicht vorbereitet. Nein, im Gegenteil: Wir als Land Nordrhein-Westfalen sind darauf vorbereitet, erwarten jetzt allerdings, dass der Bund seinerseits die seinerzeit eingegangene Verpflichtung erfüllt, und dann können wir auch diesen Teil hervorragend bewältigen.

Sie haben gesagt, mit dem neuen Fachhochschulbau seien wir erst in zehn Jahren so weit. Frau Seidl, vielleicht erinnern Sie damit an die Arbeit Ihrer Vorgängerregierung, die Sie mit gestellt haben, wenn Sie so lange Zeiträume im Kopf haben. Wir wollen da etwas ehrgeiziger herangehen. Dass das gelingt, haben wir in Nordrhein-Westfalen gesehen, als seinerzeit die von CDU und FDP getragene Bundesregierung im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleichs zusammen mit dem Land Nordrhein-Westfalen die aus heutiger Sicht letzte Neugründung einer Fachhochschule hier in Nordrhein-Westfalen realisiert hat, nämlich die der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schultheis?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ja, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Herr Minister, Sie und auch Ihr Kollege Witzel haben eben die Bedeutung der Fachhochschulen gerade für die regionale und strukturelle Entwicklung herausgestellt. Wir teilen diese Auffassung, die sich auch daran ablesen lässt, dass Nordrhein-Westfalen die meisten Fachhochschulen mit den meisten Studierendenplätzen in der Republik hat. Ich frage Sie, ob Sie vor dem Hintergrund, dass Sie jetzt neue Standorte ausweisen wollen, endlich bereit sind, eine Standortgarantie für die bestehenden Standorte in Nordrhein-Westfalen auszusprechen.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Erst einmal freue ich mich, Herr Schultheis, dass Sie zumindest in Ihrer Frage, die Sie jetzt formuliert haben, anerkennen, dass es richtig ist, dass wir die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen ausbauen. Das ist ein sehr gutes Signal. Und Sie erkennen an, dass das sowohl für die künftigen Studierenden als auch für die Regionen, in denen die Fachhochschulen errichtet werden, von Vorteil sein wird. Das ist sehr zu begrüßen.

Da wir eine wachsende Zahl von Studierenden vor unseren Augen haben – Frau Seidl hat es eben eindrucksvoll angemahnt –, haben wir es längst in unsere Planung aufgenommen. Die

135.000 Studienanfängerplätze im nächsten Jahrzehnt,

(Karl Schultheis [SPD]: Danach habe ich gar nicht gefragt! Beantworten Sie meine Frage!)

die wir nicht durch Neubau bereitstellen können, wollen wir aus dem vorhandenen Hochschulsystem schöpfen, indem wir zusätzliches Geld hineingeben.

Im Übrigen habe ich auch das gesagt, Frau Seidl: Wir geben allein dafür 2,5 Milliarden € aus. Von diesen 135.000 Studienanfängerplätzen werden 50 %, also rund 70.000, auf die vorhandenen Fachhochschulen entfallen. Lieber Herr Schultheis, das heißt doch, dass sich deren Existenzfrage gar nicht stellt. Im Gegenteil: Auch die vorhandenen Fachhochschulen werden im nächsten Jahrzehnt

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist nicht meine Frage! Das ist generell!)

einen richtigen Schub erfahren müssen, damit sie diese zusätzlichen Studienanfänger aufnehmen können. Insofern besteht überhaupt keine Notwendigkeit, von Garantien zu reden.

(Lachen von Karl Schultheis [SPD])

Vielmehr sehen wir zu, dass sich die vorhandenen Fachhochschulen kräftig weiterentwickeln und dass neue hinzukommen werden.

Jetzt möchte ich auf die Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg eingehen, weil mir dies sehr wichtig ist, Frau Seidl. Wenn Sie die damalige Planung und Umsetzung verfolgt haben, so wissen Sie, dass es nicht zehn Jahre gedauert hat. Die Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg hat vielmehr sehr schnell ihren Studienbetrieb aufgenommen. Parallel zur Klärung der bau- und planungsrechtlichen Fragen bis hin zur Neuerrichtung des Campus fand Lehrbetrieb statt, für den damals die Stadt Sankt Augustin eine Übergangsliegenschaft bereitstellte.

Deshalb wird Teil des Wettbewerbs sein: Die Regionen, die sich jetzt bewerben, müssen nicht nur deutlich machen, dass sie nicht erst in fünf oder zehn Jahren mit dem Studienbetrieb beginnen wollen, sondern durch entsprechende Liegenschaften belegen, dass dort sofort begonnen werden kann.

(Karl Schultheis [SPD]: Das sind vier Jahre!)

Dann haben wir mit einem Fünf-Jahres-Vorlauf so viel Vorlauf, wie es ihn für eine kraftvolle Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen selten gab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Aussprache über die **Unterrichtung der Landesregierung**, die heute erteilt worden ist, **schließe**.

Ich rufe auf:

2 Aktuelle Stunde

Warum schweigt Landwirtschaftsminister Uhlenberg zu den Forderungen und zum Lieferstopp der Milchbauern?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6899

In Verbindung mit:

Versorgungskrise durch Streik der Milchbauern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6901

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Remmel für die erste antragstellende Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Kolleginnen und Kollegen, die eben vor der Tür des Landtags waren, haben etwas von der Stimmung auffangen können: Es brennt im Land Nordrhein-Westfalen. Es brennt in Deutschland. Die Milchbauern sind im Aufstand. Es geht darum, dass sie faire Preise für gute Arbeit fordern. Dieses Thema finden wir zurzeit auf allen Titelseiten der Zeitungen. Daher ist es gut und richtig, dass wir uns heute hier im Landtag damit beschäftigen und unsere Solidarität mit dem Kampf der Bauern für faire Preise ausdrücken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber man fragt sich: Wo ist da unser Landwirtschaftsminister? Die Ginsterbüsche können gar nicht so schnell wachsen, wie der Minister neue Büsche sucht, um sich dahinter zu verstecken.

Dass wir keinen Umweltminister haben, haben wir schon länger festgestellt. Wir haben aber immer geglaubt, für die Interessen der Bauern gäbe es einen Minister in diesem Land, und dafür würde er sich auch intensiv einsetzen. Nach meinem Ein-

druck steht der Minister in dieser Frage aber eher auf der Seite der Einzelhandelskonzerne und nicht auf der Seite der Bauern. Wenn die Bauern im Lande Milch wegschütten – das machen sie nun wirklich nicht gerne –, wenn Zufahrten von Molkereien blockiert werden, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, dann fragt man sich: Welche Meinung hat eigentlich die Landesregierung in dieser Frage? Die letzte Pressemitteilung des Umweltministeriums stammt vom 29. April.

Wenigstens der Bundeslandwirtschaftsminister hat seine Solidarität erklärt. Wenn man das Interview des Ministers in WDR 5 von vor zwei Tagen nachvollzieht, ist das beileibe keine Solidaritätserklärung. Darin wird von einzelbetrieblicher Förderung gesprochen. Dann wird an die Beteiligten appelliert, sich zu einigen. Es ist doch eine Bankrotterklärung, wenn es keine politische Forderung der Landesregierung, dieses Ministers gibt, wie die Milchpreise in Zukunft zu gestalten sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist doch eine Lachnummer, wenn als Lösungsvorschlag an erster Stelle die Förderung der Schulmilch genannt wird.

Es geht darum, dass wir uns die Gesamtsituation auf dem Markt anschauen. Weltweit können wir feststellen, dass die Nahrungsmittelpreise steigen, insbesondere auch die für Milch und Milchprodukte. Auch in Deutschland sind die Preise in den letzten Jahren gestiegen. Begründet werden die Preissteigerungen mit einer erhöhten Nachfrage. Kurzfristig stieg auch der Preis, den die Bauern für ihre Milch erhielten. Allerdings war diese Steigerung weit geringer als die Zunahme der Preise für Nahrungsmittel im Einzelhandel.

Im März hat dann die EU-Kommission die europäische Milchquote um 2 % angehoben. Schon zuvor hat sie die Superabgabe um die Hälfte gesenkt. Beides hat offensichtlich dazu geführt, dass ein Überangebot am Markt herrscht. So ist jedenfalls an der Anzahl der Kühe in 2007 zu erkennen, die in Nordrhein-Westfalen das erste Mal seit 20 Jahren gestiegen ist, dass es hier eine falsche Anreizförderung durch die EU gegeben hat. Diese neue Marktsituation nutzen die Molkereien, nutzt der Einzelhandel kategorisch aus. Die Preise sind auf einem historischen Tiefstand angelangt. Ausgelöst wurde die Preiskrise durch die Molkerei Müller, die Dumpingpreise gegen die Bauern durchgesetzt hat.

Man kann also feststellen, dass der Milchmarkt in einem höchsten Maße gestört ist. Wie ist das bei gleichzeitig hoher Nachfrage möglich? Auch in Deutschland zahlt der Endverbraucher mehr für

die Milch, aber das kommt bei den Bauern nicht an. Offensichtlich liegt die Macht hier eindeutig bei den Einzelhandelskonzernen, und zwar bei wenigen, die den Bauern dauerhaft die Preise diktieren können. Es geht eben nicht darum, zwei Vertragspartnern zu sagen: Einigt euch! Es geht darum, Marktbedingungen, politische Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Bauern tatsächlich ein faires und gutes Auskommen haben.

Warum ist der Minister eigentlich – dann kommt man vielleicht zum Kern der Sache – so schweigsam, während seine früheren Berufskollegen auf der Straße kämpfen? Es gibt nur eine plausible Antwort: Die Landesregierung will über niedrige Milchpreise eine Marktbereinigung. Die kleinen, oft im Mittelgebirge ansässigen Milchbauern sollen verschwinden, damit für Großbetriebe Platz gemacht wird. Weltmarktfähigkeit ist das Stichwort.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Motto „Wachse oder weiche!“ ist offensichtlich die Handlungslinie der Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)

Dazu passt dann auch, dass Herr Minister Uhlenberg die Abschaffung der Milchquote fordert. Man muss sich das einmal vorstellen. Ein solcher Aufstand bei einer Steigerung der Milchquote um 2 % in Europa, in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen. Was wird denn passieren, wenn die Milchquote abgeschafft wird? Die Preise werden dann bei 20, vielleicht bei 15 Cent liegen. Das sind Preise, die nur noch Großbetriebe halten können. Das wird dann tatsächlich zu einem massenhaften Sterben gerade der bäuerlichen Landwirtschaft führen.

Es geht nicht darum, bestimmte Förderungen von Produktionen in den Mittelpunkt zu stellen, sondern darum, dass die Bauern am Markt auf gleicher Augenhöhe mit den Abnehmern handeln können. Der Minister muss endlich darlegen, wie das für Nordrhein-Westfalen geregelt werden soll, gerade für die benachteiligten Mittelgebirgsregionen. Da ist in der Vergangenheit eher das Gegenteil passiert. Das Festmistprogramm wurde abgeschafft, die Grünlandförderung deutlich reduziert. Wie soll die Zukunft für die mittelständische bäuerliche Landwirtschaft gerade in Nordrhein-Westfalen aussehen? Ist die Perspektive tatsächlich die Aufforstung dieser gewachsenen Kulturlandschaft, wenn die Betriebe dann letztlich verschwinden? Darauf gibt der Minister keine Antwort.

Die Aktionen der Milchbauern zeigen, dass wir eine Diskussion über die Neuordnung am Agrarmarkt brauchen. Die Kappung der Beihilfen gerade für Großbetriebe ist ein erster richtiger Schritt. Angesichts der gestiegenen Agrarpreise können die Großbetriebe ohne staatliche Unterstützung, ohne Subventionen leben. Wir brauchen aber auch endlich eine ehrliche Debatte darüber, was wir und welche Leistungen die öffentliche Hand von der Landwirtschaft fordern, welche Unterstützung wir den Bauern geben, um am Markt bestehen zu können. Genau das will der Umweltminister offensichtlich nicht.

Wir fordern Sie heute auf: Herr Uhlenberg, seien Sie kein Minister für bestimmte Teile der Bauern, sondern ein Landwirtschaftsminister für alle Bauern!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rammel. – Für die zweite antragstellende Fraktion, die SPD, hat Frau Watermann-Krass das Wort. Bitte schön.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorgestern konnte ich mir auf der Kundgebung des BDM, des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter, selbst ein Bild davon machen, wie die Stimmung bei den Milchbauern und der Molkerei Humana im Kreis Warendorf ist. Dieser bislang einmalige Milchstreik hat es geschafft, in allen Medien auf das Problem unserer Bauern aufmerksam zu machen. Selbst Herr Möllers, Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsverbands, hat dies den Bauern auf der Kundgebung anerkennend zugestehen müssen.

Nur zögerlich hat sich der Bauernverband dieser Forderung des BDM angeschlossen. Deshalb war der Applaus für den Verbandsvertreter auf der Veranstaltung auch sehr verhalten.

Unser Landwirtschaftsminister Uhlenberg, der sich sonst immer für seine Landwirte einsetzt,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Danke!)

hat zu dieser Aktion noch gar nichts gesagt, sondern am 29. April eine gemeinsame Presseerklärung mit den beiden Landwirtschaftsverbänden zur linearen Verteilung der Milchquote herausgebracht. Als eines der ersten Bundesländer war NRW für die Abschaffung der Milchquote. Als der Preis dann im letzten Jahr stieg, wurde die Milchquote erhöht. Diese Erhöhung durch die EU ließ die Preise fallen. Dieser Mechanismus treibt die

Bauern in den jetzt herrschenden Streik. Die deutschen Milchbauern, vor allem die zu 48 % beim BDM organisierten Bauern schätzen ihre Lage richtig ein. Helfen können sie sich nur selbst.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bevor ihre Existenz in Gefahr ist, sehen die Milchbauern nur noch eine Möglichkeit, den Milchstreik. Sie wollen mit ihrer Milch die Molkeereien und den Handel unter Druck setzen. Sie wollen, dass die Milch nun knapp wird und dass dadurch die ersten Gespräche mit Molkereien und Lebensmittelhandel stattfinden. Diese haben inzwischen stattgefunden.

Herr Uhlenberg, hier sind Sie nun gefordert. Wo stehen Sie? Wollen Sie dem Konflikt weiter zuschauen? Sie betonen immer wieder, dass Sie im ständigen Dialog mit den Landwirten stehen. Aber was haben Sie dabei schon erreicht? Sie können nicht in die Märkte eingreifen, aber Sie können sich als Vermittler und Moderator anbieten. Was haben Sie unternommen? Hier ist endlich eine klare Position des Landwirtschaftsministers gefordert.

Milch ist keine Cola. Milch ist ein Naturprodukt mit Reinheitsgarantie. Es ist das Produkt einer Kuh.

(Minister Oliver Wittke: Donnerwetter! – Weitere Zurufe)

Je schonender der Landwirt bei der Herstellung dieses Produktes verfährt, desto teurer ist seine Produktion, desto teurer ist am Ende der Liter Milch. Dagegen ist das Erfrischungsgetränk eine Mischung aus Zuckerwasser und Geheimrezeptur, nur ein Gegenstand, mit dem eine Menge Geld verdient wird.

In der Einkaufspraxis der großen Lebensmittelketten und Discounter und auch mancher großer Molkereien wird dieser Unterschied zwischen diesen Produkten auch nicht gesehen. Es geht um Mengen, Margen und Märkte. Deshalb sind die Preise, die die Milchbauern zurzeit für das Produkt ihrer Milchkühe bekommen, nicht kostendeckend.

Wir müssen klar machen: Was ist uns der Liter Milch wirklich wert? Sind die jetzt geforderten Milchpreise für alle Standorte, auch für die Mittelgebirgslagen, ausreichend? Oder braucht eine flächendeckende Landwirtschaft dafür gezielte Landesförderprogramme? Welche Perspektiven haben Sie für die Milchwirtschaft in Nordrhein-Westfalen?

Bei gestiegenen Futter- und Energiekosten und vor allem bei extrem verteuerten Preisen für Dün-

ger ist die Forderung der Bauern, 43 Cent pro Liter Milch, verständlich. Für eine vierköpfige Familie wäre dies eine Belastung von 1 € pro Woche. Eine Flasche Cola weniger, und der höhere Preis für die Milch wäre bezahlt. Dies wäre für die Familie gesünder und für die Bauern existenzsichernd.

(Beifall von der SPD)

Die Forderungen der Milchbauern nach fairen Preisen sind berechtigt. Die Verbraucher und Verbraucherinnen haben ein großes Interesse daran, dass ihre Milch von mittelständischen Bauern produziert und regional verarbeitet wird. Und sie sind bereit, die Landwirte dafür zu entlohnen, dass sie zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen. Modellprojekte wie die Ihnen sehr wohl bekannte Molkerei Upländer zeigen eindeutig, dass Verbraucher bereit sind, einen Preisaufschlag zu zahlen, wenn dieser direkt bei den Milchbauern ankommt.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Minister, dass Sie sich in diesen Fragen als wirklicher Landwirtschaftsminister positionieren und auch agieren. Wir fordern ein Rezept für eine nachhaltige Milchproduktion in Nordrhein-Westfalen. Dies gilt vor allem auch wegen der neuen Reformvorschläge der EU-Kommission. Die Milchbauern in Nordrhein-Westfalen brauchen eine Perspektive, wie die Milchproduktion nach einem Wegfall der Milchquote im Jahr 2015 gesichert werden kann. Denn eins ist klar: Der Übergang in den freien Milchmarkt braucht unsere ganze Aufmerksamkeit und auch kritische Begleitung. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion erhält das Wort der Herr Abgeordnete Ortgies.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als gelernter Landwirt – vor vielen Jahren hatte ich auch einmal einen Milchvieh haltenden Betrieb – verstehe ich sicherlich den Zorn und die Aufregung meiner Berufskollegen, der Milchviehhalter. Einen derartigen Proteststurm hat es lange nicht gegeben, einen Proteststurm, der im wahrsten Sinne des Wortes an die Substanz, an die Existenz der Betriebe geht. Und die spontane Reaktion der hier anwesenden Landwirte – wir haben gerade vor der Tür des Landtages mit einigen Betroffenen diskutiert – zeigt auch die Entschlossenheit der Milchviehhalter.

Wir hatten im letzten Jahr ein kurzfristiges Hoch bei den Milchpreisen. Ich erinnere an Äußerungen aus den Reihen der Opposition, als Sie sich damals große Sorgen um die Versorgung der Bevölkerung machten, damit auch lange noch billige Nahrungsmittel zu kaufen seien. Wir haben damals gehofft, dass die Zeit der billigen Nahrungsmittel nun endlich vorbei ist und dass die Landwirte dauerhaft einen kostendeckenden Preis erhalten. Das hat sich leider nach nur wenigen Monaten als Fehlschluss erwiesen.

Der Handel hat die erstbeste Gelegenheit genutzt, aufgrund höherer Anlieferung die Preise rigoros zu drücken. Kann sich jemand hier im Raum vorstellen, was es heißt, dass quasi über Nacht die Milchpreise um ca. 30 % gedrückt wurden? Molkereien senkten den Abgabepreis um 16 Cent. Der Handel hat 12 Cent weitergegeben an die Verbraucher, 13 Cent hat er sich schon einmal in die Tasche gesteckt. Das bedeutet nicht eine Einkommensminderung um 30 %, das bedeutet schlichtweg für die meisten Betriebe einen Rückgang auf null oder sogar ins Minus. Die Betriebe verdienen nichts mehr. Die Landwirte können ihre Familien kaum noch ernähren, und sie können auch nicht mehr investieren. – Und das bei einer täglichen Arbeit im Stall und im Melkstand an 365 Tagen im Jahr – auch an Heiligabend, Weihnachten und Neujahr!

Wer von uns, welcher Beschäftigte würde sich so etwas gefallen lassen? Eine 40-Stunden-Woche und sechs Wochen Urlaub sind für Landwirte traumhafte Vorstellungen. Deswegen wundere ich mich über die Tendenz der Anträge von Rot-Grün, die heute beraten werden. Das wichtigste Anliegen der Grünen scheint zu sein, dem Umwelt- und Landwirtschaftsminister wieder einmal etwas ans Zeug zu flicken. Das stand oben an. Ich werde das gleich noch vertiefen.

(Beifall von der CDU – Svenja Schulze [SPD]: Das ist die Rolle der Opposition!)

Die größte Sorge der SPD ist anscheinend, dass die Verbraucher zu viel für Milch bezahlen sollen und dass die Versorgung nicht gesichert sei. Sie argumentieren völlig an den eigentlichen Interessen vorbei.

Meine Damen und Herren, die Politik kann nicht – erst recht nicht die Landespolitik – landwirtschaftliche Erzeugerpreise bestimmen. Das wissen alle Beteiligten; das wissen auch die Menschen, die heute demonstrieren. Wir können die Rahmenbedingungen verbessern und wir wollen uns dafür stark machen, dass diese Verbesserung der

Rahmenbedingungen auch in Berlin und vor allen Dingen in Brüssel ankommt.

Dieser Landwirtschaftsminister hat in den ersten drei Jahren seiner Regierungszeit mit der Unterstützung der Fraktionen von CDU und FDP die Rahmenbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe verbessert. Wir haben erst einmal dafür gesorgt, dass die ideologische Verblendung der Vorgängerregierung – besonders der ehemaligen Ministerin – seit drei Jahren der Vergangenheit angehört.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Dann wird jetzt demonstriert, weil sich alles verbessert hat?)

– Frau Schulze, es hat keine Zukunft, an Idealvorstellungen der guten alten Zeit festzuhalten, wie sich das manche wünschen und wie das in Kinderbüchern der 60er-Jahre steht. Das passt nicht zusammen.

(Svenja Schulze [SPD]: Es ist schön, dass Sie Milch als konservativ bezeichnen!)

Gleichzeitig Lebensmittel für Billigmacher der Nation zu halten, passt auch nicht dazu.

Wir haben uns immer zu einer unternehmerisch arbeitenden Landwirtschaft bekannt. Wir haben dafür – ich komme zu unseren Unterstützungsmaßnahmen für die natürlichen Grünlandgebiete, für die Mittelgebirgsbereiche und für die benachteiligten Gebiete – besondere Fördermaßnahmen ohne Scheuklappen beschlossen.

Wir sind massiv – ich betone das ausdrücklich unter dem Eindruck der Diskussion, die wir eben vor der Tür geführt haben – gemeinsam gegen die Quotenerhöhung der EU angegangen, die letztlich der Auslöser der jüngsten Preissenkungen war. Leider hat sich eine andere Mehrheit durchgesetzt. Die Befürchtung eines Preisrückganges, die viele hatten, ist wahr geworden.

Ich begrüße ausdrücklich, dass sich der Landtag heute mit dem Milchbauernstreik befasst. Allerdings sind die Vorwürfe an den Minister absurd. Den Vorwurf von Herrn Rimmel, wir wünschten eine Marktbereinigung, halte ich schlichtweg für eine Unverschämtheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Kein Minister hat sich so für den landwirtschaftlichen Berufsstand eingesetzt wie Eckhard Uhlenberg. Herr Rimmel, ich erinnere mich noch an Ihre hässlichen Kommentare vor ein bis zwei Jahren, in denen der Minister vor allen Dingen als

Lobbyist der Landwirtschaft von Ihnen regelrecht verhöhnt worden ist.

(Ministerin Christa Thoben: Verhöhnt! – Heiterkeit von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen von CDU und FDP haben volles Verständnis für den Lieferboykott, der den Betroffenen nicht helfen wird. Das wissen sie; vielleicht können das auch manche Kolleginnen und Kollegen schon nicht mehr hören.

Ich glaube: Erzeuger, Verbände und Politik müssen zusammen versuchen – das unterstreiche ich ausdrücklich –, das Mengenproblem in den Griff zu bekommen: zu viel Milch, in anderen Bereichen zu viel Fleisch, ein zu hohes Angebot ist ein Hindernis für angemessene Preise. Hieran muss solidarisch gearbeitet werden. Es gibt interessante Vorschläge aus den Reihen der Milchviehhalter. Es wird schwer; das weiß ich.

Noch einige Worte zur viel diskutierten Milchquote, die ab 2014/2015 abgeschafft werden soll: Ich glaube nicht, dass diese Diskussion hilft, wenn sich einige große und sehr große Milchproduzenten nicht dafür interessieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich erinnere daran, dass sich die Milchpreise auch mit der Quote in fast allen Jahren auf einem niedrigen, teilweise ruinösen Niveau befanden. Ich glaube und hoffe, dass die jetzige Aktion der Landwirte endlich einmal der Abnehmerseite die Augen öffnet. Wenn Molkereien und Handelsunternehmen Nahrungsmittel immer wieder als Lockmittel zu Dumpingpreisen anbieten, ist das der eigentliche Skandal.

Dieses Signal ist schon jetzt durch den Lieferboykott in der Öffentlichkeit angekommen. Dieser Erfolg darf nicht unterschätzt werden. Die Medien und die Verbraucher sind mehrheitlich aufseiten der Bauern. Ich hoffe, sie werden das auch bei ihren Kaufentscheidungen sein. Ein Skandal ist, dass es in Deutschland europaweit die niedrigsten Lebensmittelpreise bei gleichzeitigen Milliardengewinnen von ALDI, LIDL usw. gibt. Das ist unmoralisch gegenüber Erzeugern und Verbrauchern.

Die Balance scheint aus dem Ruder geraten zu sein. Es kann und darf nicht sein, dass ein ganzer Berufsstand vor die Hunde geht, weil der Handel den Milchüberhang für die Ausweitung seiner Gewinnspanne rigoros ausnutzt. Milcherzeuger, Molkerei und Handel sollten diesen Protest nutzen

und sich gemeinsam an den Verhandlungstisch setzen – im Sinne aller! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle kämpfen mit hohen Energiepreisen. Wir haben über EEG, Kraft-Wärme-Kopplung und Ökosteuer diskutiert. Die Landwirte sind doppelt betroffen: nicht nur direkt in ihren Betrieben, sondern auch bei den Düngemitteln, auf die sich diese hohen Energiepreise auswirken. Ich kann den Frust der Landwirte verstehen, dass keine leistungsgerechten Preise gezahlt werden. Das ist unbefriedigend und kann so nicht weitergehen. Ich habe Verständnis für die Forderung der Landwirte nach leistungsgerechten Preisen.

Meine Damen und Herren, es gibt drei Partner: die Landwirte, die Molkereien und der Handel. Für die FDP kann ich sagen: Wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Gespräche jetzt erst zögerlich anfangen, bislang aber ohne Ergebnis geblieben sind.

Mich erstaunt, dass der Handel erst jetzt gesprächsbereit ist. Mich erstaunt mehr noch, dass die Molkereien Termine verschieben. Mich erstaunt noch mehr, dass die Geschäftsführer der Molkereien, die auf der Gehaltsliste der Milchbauern stehen, die Gespräche verschieben.

An dieser Stelle sind die Milchbauern aufgefordert, mit ihren eigenen Angestellten eine deutliche Sprache zu sprechen und dem Geschäftsführer der Molkerei zu sagen, wo die Milchanne steht, von der er abhängig ist. Das müssen die Milchbauern tun und machen sie, glaube ich, auch.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit ist durch die Demonstrationen problembewusst geworden. Das ist gut so. Die Bevölkerung hat auch Sympathie für die Landwirte. Das ist noch besser. Aber – das sage ich auch ganz bewusst gegenüber den Landwirten, die draußen demonstrieren –: Vorsicht, nicht den Bogen überspannen! Das könnte nämlich die Solidarität zwischen den Verbrauchern und den Landwirten existenziell gefährden.

In diesen Tagen beginnt die UN-Welternährungskonferenz. Dort wird darüber diskutiert, wie 850 Millionen Menschen, die hungern, in Brot ge-

bracht werden können. Meine Damen und Herren, es ist einfach nicht zu vermitteln, dass Landwirte Lebensmittel vernichten, während anderswo Hunger herrscht. Das ist einfach eine Tatsache.

(Beifall von der FDP)

Die Landwirte sind schlecht beraten, wenn sie auf PR-Manager hören und von einer tollen Aktion sprechen. Ich halte es für unverantwortlich und letztendlich für unmoralisch, wenn Lebensmittel vernichtet werden. Das muss aufhören!

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe Verständnis für die Blockade von Molkereien, um Zorn zu zeigen. Das darf aber nicht in Nötigung ausarten. Es gibt nämlich viele Leute, die anliefern wollen, vielleicht auch aus ethischen Gründen, weil sie nicht hinnehmen wollen, Lebensmittel zu vernichten. Man muss zugestehen, dass solche Blockaden einen schweren Eingriff in die Berufs- und Bewegungsfreiheit bedeuten. Solche Art von Gewalt ist nicht Art der Landwirtschaft. Ich bin froh, dass die Landwirte selbst das erkannt haben.

Als Verbraucher müssen wir uns fragen, ob es richtig sein kann, Menschen um ihr Lebensmittel Milch in Unruhe zu versetzen, dass Familien Angst haben, Milch zu bekommen. Kann es – das empfinde ich als noch gravierender – richtig sein, dass Versorgungsengpässe für Schulumilch konstruiert werden? Schulkinder sind doch die Kunden von morgen.

Ich habe auch wenig Verständnis dafür, dass Landwirte selbst Regale leer kaufen und dann zeigen, dass die Regale leer sind, während man natürlich auch sagen muss, dass viele Landwirte die so in den Supermärkten gekaufte Milch an Tafeln spenden und Kindergärten weitergeben. Das ist zwar eine gute Sache; wir müssen aber vorsichtig sein und dürfen den Bogen an dieser Stelle nicht überspannen.

Meine Damen und Herren, für die FDP sage ich: Unser Leitbild ist der unternehmerische Landwirt. Wir sagen Nein zu einem dirigistischen Eingriff, wie ihn Frau Höhn jetzt etwa mit dem EU-Milchausgleichsfonds fordert. Wir wissen alle noch um die Milchseen und Butterberge. So etwas soll doch keine fröhlichen Urständ feiern.

Wir sagen: Landwirte solidarisiert euch, ihr seid eigenverantwortlich handelnde Unternehmer! Schließt euch zusammen! Ihr habt das Recht, mit dem Handel und vor allen Dingen mit den Molkereien auf Augenhöhe zu verhandeln. Klärt aber zuerst das eigene Gebiet ab! Klärt die Angelegenheit mit den Molkereien! Es kann nicht richtig

sein, dass man euch so in den Rücken fällt. –
Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe den Unmut unserer Milcherzeuger und unterstütze ausdrücklich die Forderung nach einem fairen Preis, um die Existenz unserer Milchviehbetriebe in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus zu sichern.

Im Laufe der letzten Jahre war es Praxis der Discounter, Milch verbilligt abzugeben, sozusagen als Lockmittel unter Einstandspreis einzusetzen, um über diesen Weg andere Produkte zu verkaufen. Der Milchpreis wurde künstlich nach unten gedrückt, um die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Geschäfte zu holen. Dieser Weg ist nicht akzeptabel.

(Beifall von der CDU)

Ich sehe, was die Preisdiskussion angeht, ein breites Verständnis bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die heimische Landwirtschaft wollen. Die Menschen wissen, dass dies nur dann gewährleistet ist, wenn unsere Bauern ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Debatte, die zurzeit geführt wird, ist nicht nur für unsere Bauern in Nordrhein-Westfalen wichtig, sondern genauso wichtig für 18 Millionen Verbraucher in Nordrhein-Westfalen. Wenn die 8.000 Milchviehbetriebe in Nordrhein-Westfalen zusammenbrechen und es bei uns keine Milchproduktion mehr gibt, sind auch die Verbraucherinnen und Verbraucher auf der Verliererseite.

(Beifall von der CDU)

Deshalb gibt es – das geht aus allen Umfragen hervor – für einen sinnvollen Protest die entsprechende Unterstützung von Verbraucherseite.

Wir müssen aber auch sagen, meine Damen und Herren: Politik kann und will keine Preise vorgeben. Das ist Sache der Marktpartner. Meine Aufgabe ist es, vernünftige Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln zu schaffen und mich für den fairen Umgang miteinander einzusetzen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Noch einmal: Lebensmittel dürfen nicht zu Ramschware degradiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es dürfte auch jetzt im Interesse aller Beteiligten liegen, schnell zu einem guten Verhandlungsergebnis zu kommen. Ich sehe nämlich auch die Gefahr, dass durch den Streik für unsere Milcherzeuger und Molkereien erheblicher Schaden angerichtet wird, auch für unsere Bauern selber in den Betrieben, die auf die Milcheinnahmen dringend angewiesen sind.

Ich begrüße es daher sehr, dass am Montagabend die Gespräche zwischen dem Bauernverband, dem BDM, dem Milchindustrieverband und dem Handel aufgenommen worden sind. Selbst wenn bisher noch keine konkreten Ergebnisse bekannt geworden sind, so zeichnet sich doch eine gewisse Bereitschaft des Handels zu neuen Preisverhandlungen ab. In der jüngsten Stellungnahme des BDM, der ein Spitzengespräch mit dem WLV geführt hat, ist dort nachzulesen, dass der LEH, also der Lebensmitteleinzelhandel, in der Pflicht ist und es in der Hand hat, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher keine Engpässe bei der Versorgung mit Milchprodukten befürchten müssen und die Situation nicht weiter eskaliert. Deshalb fordern sie ein Konzept, damit das wirklich auf den Punkt gebracht wird, dass man aufeinander zugeht und möglichst schnell zu einem Ergebnis kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Position – das sind nur die wesentlichen Punkte – habe ich in den letzten Tagen auch bei vielen Gesprächen im Land vertreten. Bereits am Sonntag habe ich die Veranstaltung unserer NRW-Milchwirtschaft zum Internationalen Tag der Milch genutzt und Gespräche mit den Landwirtschaftsverbänden, den Molkereien und natürlich auch mit den Vertretern der Landwirte – dem WLV, des RLV und des BDM – geführt. Am Montag habe ich mich mit meinen Länderkollegen und mit Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer auf einer Sonderagrarministerkonferenz zur Lage in Berlin beraten und in einer Pressekonferenz die Strategie der B-Länder dargelegt.

Im Übrigen kümmert sich der Landwirtschaftsminister – für die Worte des Abgeordneten Ortgies darf ich mich recht herzlich bedanken – seit seinem Amtsantritt um die Belange der Milcherzeuger in Nordrhein-Westfalen. So habe ich mich zum Beispiel schon vor einigen Wochen mit einem Schreiben an die großen Discounter gewandt und den Handel gemahnt, seine Strategie noch einmal zu überdenken und mit der Rolle als Bindeglied zwischen Verbrauchern, Molkereien und

Erzeugern bei den Verhandlungen sehr verantwortlich und kooperativ umzugehen. Dass ich solche Briefe nicht gleich an die Öffentlichkeit gebe, unterscheidet sicherlich unseren Politikstil, Herr Abgeordneter Rimmel.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber ich will gerne bei meinem Politikstil bleiben, wenn es der Sache dient.

Schon im letzten Jahr habe ich in Nordrhein-Westfalen einen Milchgipfel mit dem Berufsstand veranstaltet, um die Probleme der Milchviehhalter zu analysieren und Lösungsansätze zu entwickeln. Am Ende haben wir mit den Verbänden ein gemeinsames Positionspapier verabschiedet. Es geht uns darum, dass es in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft eine flächendeckende Landwirtschaft gibt und sie insbesondere an den Grünlandstandorten, an den schwierigen Standorten in Nordrhein-Westfalen, in den Mittelgebirgslagen, erhalten bleibt.

Das können Sie herunterreden, weil es Ihnen politisch nicht in den Kram passt. Aber es ist schon eine besondere Leistung, dass wir gemeinsam mit Bundesminister Seehofer ein Schulmilchprojekt in Höhe von 9 Millionen € in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben,

(Beifall von CDU und FDP)

um den Schulmilchabsatz zu fördern. Wenn Milch verkauft wird, wirkt sich das auch positiv auf die Preise aus. Dass Sie dagegen sind, Herr Rimmel, dass wir in die Schulen gehen, haben Sie gerade deutlich gemacht. Dafür tragen Sie die Verantwortung; das ist nicht meine Position.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Im Bergischen Land arbeite ich mit der Kreisbauernschaft, der Biologischen Station und dem Naturpark an einem Projekt mit dem Arbeitstitel: Milch macht Landschaft. Hier soll den Verbraucherinnen und Verbrauchern vermittelt werden, dass die Milchviehhaltung gerade in den Mittelgebirgsregionen zum Landschaftserhalt beiträgt und die Milch ihren Preis wert ist.

Noch einmal: Wir haben den Vorrang für die Milchbauern bei der einzelbetrieblichen Förderung in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Ich bleibe dabei, dass dies wichtig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

(Svenja Schulze [SPD]: Noch mehr Masse!)

Unsere Betriebe müssen auch in Zukunft auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig sein, sonst

leidet der Agrarstandort Nordrhein-Westfalen. Deswegen sind diese notwendigen Entscheidungen umgesetzt worden.

Meine Damen und Herren, die Botschaft ist klar und eindeutig: Die Landesregierung lässt die Milcherzeuger auch in dieser Situation nicht im Stich. Ich befinde mich in einem permanenten Gespräch mit allen Beteiligten. Auch morgen findet wieder ein gemeinsames Gespräch mit allen Beteiligten statt.

Insbesondere die Rede des Herrn Abgeordneten Rimmel ist schon etwas abenteuerlich. Herr Abgeordneter Rimmel, Ihnen geht es doch nun wirklich nicht um die Landwirte.

(Beifall von der CDU)

Das haben Sie durch viele Reden in den vergangenen drei Jahren im Landtag deutlich gemacht. Sie waren gegen jeden Antrag, bei dem es um die Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft ging. Ihnen geht es um blanke Polemik und um nichts anderes. Sie bekämpfen die Politik der Landesregierung. Deswegen sind Sie für mich auch in dieser Frage kein verantwortlicher Gesprächspartner. Ihnen geht es um die Polemik und nicht um die Milchbauern in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Schulze.

Svenja Schulze (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal die Chance nutzen, dem Bund Deutscher Milchviehhalter zu danken: Sie haben etwas geschafft, was für die Diskussion unglaublich wichtig ist, denn Sie haben eine Diskussion darüber in Gang gebracht, welchen Preis qualitativ hochwertige Lebensmittel haben müssen. Sie haben deutlich gemacht, dass Milch eben nicht im Supermarkt wächst, sondern dass dahinter Strukturen stehen, die es zu erhalten gilt und die man fördern muss. Dafür an dieser Stelle erst einmal herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In dieser Diskussion sind mir zwei Sichtweisen wichtig: Auf der einen Seite müssen wir uns um die Verbraucherinnen und Verbraucher kümmern, die die Sicherheit brauchen, dass das hochwertige Lebensmittel Milch verfügbar ist und dass es nicht zu leeren Regalen kommt. Der BDM hat sehr verantwortungsbewusst gehandelt; bis jetzt musste noch niemand auf Milch verzichten.

Trotzdem ist der Druck angekommen – das ist die zweite Sichtweise. Er ist nötig, weil es einen massiven Preisdruck auf dem Lebensmittelmarkt gibt, der nicht durch die lebensmittelproduzierenden Landwirte erzeugt wird, sondern von ganz wenigen großen Akteuren des Lebensmittel- und Einzelhandels. Sie bestimmen die Preise und nicht diejenigen, die die Lebensmittel produzieren.

Das führt zu keinem guten Ergebnis für die Verbraucherinnen und Verbraucher und auch nicht für die Landwirte. Das permanente Bestreben nach „billig, billig und nochmals billig“ führt zwangsläufig zu weniger Qualität. Denn Qualität macht auch aus, wie ein Produkt hergestellt wird, wie es mit dem Erhalt regionaler Arbeitsplätze und dem Erhalt der Kulturlandschaft aussieht. Das kann nur gewährleistet werden, wenn für dieses Produkt ein angemessener Preis gezahlt wird.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind bereit, angemessene Preise zu zahlen. Es gibt ein schönes Beispiel, nämlich die Upländer Bauernmolkerei. Herr Jacobi ist nicht verdächtig, Sozialdemokrat zu sein.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Er ist Christdemokrat! – Minister Karl-Josef Laumann: Ein kluger Mann!)

– Ich weiß, dass er in der CDU ist.

Er hat einmal untersuchen lassen, ob die Verbraucherinnen und Verbraucher bereit wären, fünf Cent mehr für seine Milch zu zahlen. Alle haben ihm gesagt, dass bei dieser Erhöhung ungefähr 20 % der Leute abspringen würden. Er hat den Preis für seine Milch trotzdem um fünf Cent für den Einklang mit der Natur, damit wirklich ordentlich gearbeitet werden kann, und für die Stärkung der heimischen Wirtschaft erhöht. Im Ergebnis hatte er nicht verloren, sondern 30 % mehr Kundinnen und Kunden gewonnen. So etwas muss unterstützt werden. Wir brauchen noch mehr Vielfalt. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus ist mir wichtig, dass wir auf faire Preise für die Landwirte achten. Milchbauern arbeiten hart, das ist eben schon dargestellt worden. Sie verdienen eine gerechte Entlohnung für ihre Arbeit. Sie leisten eine auch für die Gesellschaft wertvolle Arbeit, weil sie Naturlandschaften erhalten.

Für die SPD gilt: Für gute Arbeit und für gute Qualität muss es auch einen fairen Preis geben. Das fordern wir nicht nur in Bezug auf den Mindestlohn, sondern auch für die Landwirte. Wer gute Arbeit leistet, der muss davon leben können.

Deswegen wollen wir faire Preise für die Landwirte und faire Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Da, Herr Minister Uhlenberg, ist der entscheidende Unterschied. Sie sagen immer wieder „Wachse, wachse, wachse oder weiche!“. Alle müssen weltmarktfähig werden, und wer das nicht schafft, der verschwindet halt vom Markt. Das fördern Sie. Das ist eben hier vor der Tür deutlich geworden. Diese Philosophie wird vom Bund Deutscher Milchviehhalter eben nicht mehr geteilt. Sie wollen nicht um jeden Preis wachsen. Sie wollen vernünftige Qualität zu fairen Preisen herstellen und sich nicht nur auf den internationalen Weltmärkten tummeln. Dafür haben Sie kein Verständnis, das unterstützen Sie nicht. Das ist das zentrale Problem in Ihrer Politik, Herr Uhlenberg.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was mich dabei generell wundert, ist Folgendes: Sie sind hier als Bauernbefreier angetreten. Ausgerechnet von diesem Bauernbefreier hört man in dieser Auseinandersetzung gar nichts. Man hört von Ihnen nur Symbolpolitik. Sie diskutieren wieder über dieses Schulmilchprojekt. Man hört von Ihnen Unterstützung für die Großagrarier und für diejenigen, die auf dem Weltmarkt schon alleine klar kommen. Aber für die Milchbauern, die hier reale Probleme haben, die vor der Tür stehen und Ihre Solidarität einfordern, hört man von Ihnen überhaupt nichts. Da eiern Sie herum, anstatt einmal eine klare Position zu beziehen. So kann man mit Landwirten nicht umgehen. Sie sind nicht für diese Landwirte da. Das ist noch einmal sehr deutlich geworden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen von dieser Stelle noch einmal meine Aufforderung an Sie: Kümmern Sie sich auch um die Milchbauern, kümmern Sie sich auch um diejenigen, die der Bauernverband vielleicht nicht so im Blick hat! Auch diese Landwirte brauchen Ihre Unterstützung, sie brauchen jetzt vor allen Dingen politische Unterstützung. Sie haben hier eine Diskussion angefangen, die sinnvoll ist, nämlich über die Qualität von Lebensmitteln und die Preise, die man dafür braucht. Für diese Diskussion brauchen sie Unterstützung. Die Politik muss dafür Unterstützung geben.

Herr Uhlenberg, wir haben uns schon daran gewöhnt, dass Sie als Minister für Umwelt und Naturschutz abgetaucht sind und dass man Sie da leider nirgendwo sehen kann. Ich meine, Sie dürfen jetzt nicht auch noch als Bauernminister ausfallen. Deswegen möchte ich Ihnen zum Schluss ein Zitat mitgeben von dem Limburger Bischof,

den ich sehr gut kenne, weil er nämlich aus Münster kommt. Franz-Peter Tebartz-van Elst hat laut „FR“ vom 2. Juni 2008 gesagt:

„Wenn die Preise zu niedrig sind, Discounter und Konzerne fette Gewinne einstreichen und für die Bauern praktisch kein Verdienst mehr zu machen ist, dann muss etwas getan werden.“

Dem kann ich mich nur anschließen. Herr Uhlenberg, tun Sie endlich etwas! – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Wirtz.

Josef Wirtz (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Dass die Bauern so zusammenhalten und konsequent streiken, das hat es noch nie gegeben. – Das sagte mir gestern ein junger Milchbauer aus meinem Wahlkreis. Der junge Mann ist 25 Jahre alt. Auch ich habe in meinem eigenen, mittlerweile 40-jährigen Berufsleben als Landwirt so etwas noch nie erlebt. Daran können wir aber auch erkennen, dass die Milchproduzenten tatsächlich und nicht nur scheinbar mit dem Rücken zur Wand stehen.

Die Produktionskosten für die Milchbauern sind in den vergangenen Monaten um 7 Cent je Liter Milch gestiegen; denn das Futter für die Kühe, der Strom für den Stall und der Diesel für die Maschinen haben dessen Produktion verteuert. Etwas überspitzt formuliert könnte man sogar sagen: Seit geraumer Zeit zahlen die Landwirte Eintrittsgeld, wenn sie ihre Ställe betreten. Denn bei einem Stall mit 50 Kühen schüttet der Landwirt momentan täglich Milch in einem Wert von etwa 300 € in den Güllebehälter. Dies macht er deshalb, um seiner Forderung nach gerechten Erzeugerpreisen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Vor diesem Hintergrund ist es absolut nicht einzusehen, dass ein so wertvolles Produkt, insbesondere von den Discountern, zu Schleuderpreisen verramscht wird. Wie steht es so schön in den Werbeprospekten der Lebensmittelketten? „Dauerhaft billig“ oder „Preise gesenkt“. Die Milch jedoch soll weiterhin aus dem Kuheuter fließen. Ein Überangebot an Produkten gibt es nämlich nicht, auch wenn der Handel etwas anderes behauptet. Denn die Zeiten der Butterberge und der Milchseen gehören der Vergangenheit an. Das möchte ich deutlich machen. Deshalb ist die Forderung der Milchbauern nach einem Auszahlungspreis in Höhe von 43 Cent aus meiner Sicht absolut ge-

rechtfertigt. Wir dürfen nicht zulassen, dass Lebensmittelspekulanten mit einem qualitativ hochwertigen Nahrungsmittel derart leichtfertig umgehen. Es passt doch nicht zusammen, wenn ein großes schwedisches Möbelhaus Butter zu Dumpingpreisen anbietet, um damit Käufer zu locken.

Natürlich berührt es nicht nur mich, sondern auch die betroffenen Landwirte, dass ein so hochwertiges Lebensmittel nicht dem Kreislauf der Nahrungsmittelversorgung zugeleitet wird. Trotzdem haben die Landwirte Recht, wenn sie mit großer Geschlossenheit sagen: Wenn nicht jetzt, wann dann? Wir haben die Nase voll.

Mit Befriedigung stelle ich fest, dass der Lieferboykott große Resonanz in Politik, Medien und bei den Verbrauchern findet. Der gesamte landwirtschaftliche Berufsstand erklärt sich mit den Milchbauern solidarisch. Auch Minister Uhlenberg hat heute Morgen seine Unterstützung für die Position der Milchbauern verdeutlicht. Ich finde es löblich, dass der Minister mehr an einer problemorientierten Lösung interessiert ist als an rein öffentlichkeitswirksamen Statements.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Zeiten, meine Damen und Herren, gehören der Vergangenheit an seit dieser Umweltminister im Amt ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Man muss jedoch die Frage stellen, wie es weitergeht, wenn keine Milch mehr zur Verfügung steht. Werden sich die Molkereien und Handelsketten nach anderen Milchlieferanten innerhalb und außerhalb der EU umsehen? – Ich meine, das ist keine Alternative. Denn bei einem so schnell verderblichen Produkt ginge dies auf Kosten der Qualität. Daher müssen lange Wegstrecken vom Produzenten zu den Molkereien unbedingt vermieden werden.

Darüber hinaus besitzen wir in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Bundesrepublik Deutschland die besten Umwelt- und Hygienestandards in der gesamten EU. Diese dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht muss das Problem im Interesse der Landwirte, Molkereien und insbesondere der Verbraucher gemeinsam gelöst werden. Deshalb ist es dringend geboten, möglichst schnell faire Verhandlungen mit dem Ziel eines gerechteren Erzeugerpreises für Milch aufzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere gemeinsame Botschaft an Aldi, Lidl, Plus und Co., aber

auch an die Molkereien kann deshalb nur lauten: Gehen Sie auf die Milchbauern zu! Übernehmen auch Sie einen Teil Ihrer volkswirtschaftlichen Verantwortung! Die Milchbauern, aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher werden es Ihnen danken.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wirtz. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Einigkeit besteht unter den Parlamentariern in diesem Hohen Hause im Verständnis für die Proteste der Milchbauern. Das ist auch gut und richtig so. Dennoch gibt es in den heutigen Tagen Bilder, die Menschen erschrecken. Auch mich hat heute ein Bild in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschreckt, das zeigt, wie Milch mit einem Güllefass auf einem Feld verteilt wird.

(Der Abgeordnete hält eine Zeitung hoch.)

Dieses Bild hat mich erschreckt und nachdenklich gemacht. Ich hoffe, dass solche Bilder nicht von hier aus um die ganze Welt ziehen, in Länder, wo ein Liter Milch Luxus ist, den sich kaum ein Mensch leisten kann. Milch aus dem Güllefass darf kein Bild werden, das Menschen aus anderen Ländern mit Deutschland verbinden.

(Beifall von der FDP)

Bei allem Verständnis für diese Proteste muss die Versorgung der Bevölkerung und insbesondere der Kinder hinreichend sichergestellt werden. Das ist wichtig.

Wir haben viel zu staatlicher Intervention gehört. Staatlich regulierte Preise sind sicher keine Lösung. Frau Schulze von der SPD hat dieses Thema gerade schon wieder mit dem Mindestlohn in Verbindung gebracht. Wir brauchen auch keinen Mindestlohn für Milchbauern. Auch Milchbauern brauchen weniger Staat, weniger Regulierung.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir gesehen!)

Ich bin sicher, dass die Milchquotierung, wie sie jetzt stattfindet, den Milchbauern und auch den Verbrauchern schadet. Diese Dinge passen nicht in die aktuelle Zeit.

Die Grünen schreien nach einem neuen EU-Fonds. Das wären noch mehr staatliche Eingriffe, die dieses System eher schwächen und für noch viel größere Probleme sorgen würden.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Was ist denn dann die Antwort?)

Ich glaube auch nicht, dass man sagen kann, die Verbraucherpreise müssten immens steigen. Verbraucher – diese Erfahrungen aus den vergangenen Monaten sollten wir im Hinterkopf haben – reagieren sensibel auf Preissteigerungen, auch bei Milchprodukten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als der Butterpreis von heute auf morgen um 80 % gestiegen ist. Da haben viele Geringverdienerfamilien gesagt: Dieser Preis ist für uns nicht tragbar. – Man hat gesehen, dass mit den immensen Preissteigerungen viele Verbraucher umgestiegen sind und weniger gekauft haben, was den Milchbauern auch nicht hilft. Es geht darum, Preise angemessen zu gestalten. Dafür ist sicher nicht der Staat da. Hilfreich wäre sicherlich, wenn weniger Milch produziert würde, um eine Verknappung zu erreichen, denn Verknappung sorgt für Preissteigerung. Dies ist besser, als Milch zu vernichten.

Die Grünen monieren, dass Landwirtschaftsminister Uhlenberg schweigt. Das kommt gerade von den Grünen! Ich hatte immer gedacht, dass dieser Landwirtschaftsminister auch ein Verbraucherschutzminister ist und die Interessen von Milchbauern und Verbrauchern bündeln muss.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Er ist nämlich für beide zuständig. Er betreibt keine Lobbypolitik für einen Berufsstand, sondern er ist dafür zuständig, dass es vernünftige Rahmenbedingungen für unternehmerische Landwirtschaft gibt, und hat gleichzeitig dafür zu sorgen, dass für die Verbraucher qualitätsvolle Produkte in ausreichender Menge vorhanden sind.

(André Stinka [SPD]: Was wollen Sie eigentlich, Herr Romberg?)

Zu den Blockaden von Molkereien, die auch Milchbauern betroffen haben, die Milch liefern wollten, habe ich von der Opposition gar nichts gehört. Dazu hätte ich mir klare Worte gewünscht. Frau Watermann-Krass, wenn Sie in Everswinkel waren: Unterstützen Sie solche Blockaden, die nach meiner Auffassung rechtswidrig sind, die eine Nötigung darstellen?

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Ich war auf der Kundgebung!)

Das sind, glaube ich, keine Mittel. Wir als Parlamentarier sollten sagen, dass wir diese Proteste nicht unterstützen. Dazu hätte ich mir schon deutliche Worte gewünscht. Stattdessen schreit die Opposition wieder nach neuem Steuergeld, nach Programmen. Das alles kann keine Lösung sein.

Wir brauchen gerade in diesem Bereich weniger Staat. Dann kommt es zu einer Regulierung und zu angemessenen Preisen, die für Milchbauern und Verbraucher sinnvoll sind. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Ich will mich bei Ihnen entschuldigen. Aufgrund eines technischen Versehens wurde Ihnen Ihre Redezeit nicht angezeigt. Sie sind aber genau im Rahmen geblieben. Danke dafür.

Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Remmel von Bündnis 90/Die Grünen gemeldet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Romberg, meinen Sie denn, die Bauern machen das gerne? Meinen Sie, die Bauern hätten in ihrem Leben nichts anderes zu tun, als Molkereien zu blockieren? Meinen Sie, jemand, der von Kindesbeinen an auf seinem Hof, mit den Tieren und dem Produkt großgeworden ist, verteilt gerne Milch auf dem Acker? Das muss doch der Ausdruck einer absoluten Notsituation sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und so muss das von uns auch interpretiert werden. Alles andere geht an der Sache vorbei. Wenn man das ernst nimmt, dann kann man beileibe nicht so auftreten und so reden, wie Sie das hier heute getan haben.

Ich habe sowieso den Eindruck, dass sich die Regierungsfaktionen mit allem und jedem beschäftigen haben, aber nicht mit der Sache, um die es geht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ellerbrock, wie ein Taumelkäfer: erst in die eine Richtung ein bisschen Verständnis, ein bisschen Beruhigung nach dem Motto „Ja, da gibt es ein Problem“ und dann in die andere Richtung: Aber übertreiben dürfen Sie auch nicht. – Jedoch kein einziges Wort zur Sache!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Uhlenberg, das ist ja schon ein Muster in der Auseinandersetzung. Sie müssen sich daran gewöhnen, dass es hier im Landtag eine Opposition gibt und Ihre Politik – auch wenn Sie selbst sie als königlich landwirtschaftlich verstehen – kritisiert wird. Es ist keine Majestätsbeleidigung, sondern unsere Aufgabe, ja sogar unsere Pflicht, Ihre Politik zu kritisieren.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Herr Uhlenberg, dann sagen Sie doch einmal etwas zur Sache. Sie haben kein einziges Wort zur Milchquote verloren. Noch am 29. April 2008 haben Sie gemeinsam mit Decker und Möllers die Abschaffung der Superabgabe gefordert. Sagen Sie doch heute einmal etwas dazu! Sagen Sie doch einmal etwas zu der Forderung in Bezug auf die Saldierungsbestimmungen. Sie treten sogar für eine europaweite Handelbarkeit der Milchquoten ein.

Das sind die Punkte, um die es geht. Es geht darum, gleiche Augenhöhe herzustellen. Sie betreiben aber eine andere Politik. Es ist eine feine Sache, hier im Parlament Beruhigungsspielen für die Bauern auszugeben. Aber im Hinterzimmer werden die Vorbereitungen für eine andere, eine agrarindustriell geprägte Politik getroffen. Das ist heute das Thema, und das muss hier in aller Deutlichkeit angesprochen werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es muss angesprochen werden, was in Zukunft das Leitbild unserer Landwirtschaft sein soll. Sind die Agrarindustrie und die großen Betriebe unser Leitbild, oder wollen wir eine Politik, die an den Stellen auf Marktregulierung setzt, wo es darum geht, Strukturen dauerhaft zu erhalten? Es geht gar nicht um einzelbetriebliche Förderung. Das wollen die Bauern gar nicht, wie sie uns erklärt haben. Sie wollen lediglich gerechte Preise für ihre Arbeit. Dieses Ziel muss im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen. Dem kann man nicht gerecht werden, indem man sich dem Thema nicht stellt, sondern abtaucht und in der Sache letztlich nichts dazu sagt.

Die Debatte heute hat gezeigt: Moralin reicht nicht aus, weder gegenüber den Bauern noch gegenüber den großen Einzelhandelsunternehmen. Es geht darum, Marktbedingungen zu beschreiben und Rahmenbedingungen zu setzen – die werden von der Politik mitbestimmt –, die garantieren, dass es zu fairen und gerechten Preisen kommt. Da haben wir einen Auftrag. Dem sind Sie jedenfalls heute nicht gerecht geworden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Als Nächster hat Herr Kollege Kemper für die CDU-Fraktion das Wort.

Heinrich Kemper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, dass

ich hier vorne am Rednerpult ein Glas Milch bekomme. Aber Sie alle wissen, dass das nicht sein darf. Also trinken wir weiter Wasser.

Eine Bemerkung reizt mich, ich kann sie nicht zurückhalten: Herr Remmel, die von Ihnen eben zur Schau gestellte Betroffenheit und Anbiederung in Richtung der Bauern empfinde ich als unerträglich bzw. widerlich. Es tut mir Leid, aber das, was Sie gesagt haben, empfinde ich als unehrlich.

(Beifall von CDU und Dr. Stefan Romberg [FDP] – Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie haben keinen Alleinvertretungsanspruch!)

Die Bauern brauchen einen auskömmlichen Milchpreis. Hinter diesem Ziel stehen im Moment 80 % der Bauern, die für einen Rückgang der Milchlieferungen an die Molkereien um bis zu 60 % verantwortlich sind. Sollte das Ergebnis dieses Milchstreiks lediglich verschüttete Milch sein – sollte also nichts dabei herumgekommen sein –, wäre das fatal für uns. Denn erst geht die Kuh, dann geht der Bauer und anschließend die Landschaft. Insofern haben wir hier Verantwortung. Ich komme gleich dazu, was wir im Rahmen unserer Verantwortlichkeiten machen können und was wir nicht machen können.

Man muss sich einmal genau anschauen, was wirklich passiert ist. Im April gab es eine Preissenkung, weil Aldi gehört hatte, dass die Milchmenge im europäischen Milchmarkt um 2 % erhöht wird. Das war im Übrigen eine Brüsseler Vorgabe, die weder Deutschland noch Nordrhein-Westfalen wollte. Unser Minister hat sich dagegen ausgesprochen. Wir mussten uns aber der Mehrheit in Brüssel beugen. Infolgedessen wurde die Milchmenge – theoretisch – um 2 % erhöht.

Vier Tage später hat Aldi mit der Firma Müllermilch einen Vertrag über ein halbes Jahr geschlossen und den Milchpreis für die Bauern um 13 Cent gesenkt. Irgendwann später haben sie – nicht öffentlich, aber halb öffentlich – eingeräumt, dass sie wohl überzogen haben.

Die augenblicklichen Reaktionen im Markt zeigen Folgendes: Rewe hat vorgestern gesagt, dass man miteinander reden müsse. Der Halbjahresvertrag steht also infrage. Die letzte Pressemeldung zu dem Thema ist vor zehn Minuten gekommen: Bei Aldi gibt es heute Mittag eine Telefonkonferenz. Das alles ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Molkereien, Milchindustrieverband sowie Einzelhandel gesagt haben: Einen solchen Streik halten wir bedenkenlos vier bis fünf Wochen lang aus. – Wir sind jetzt am siebten Tag des Streiks. Die Bauern verlieren am Tag teilweise 500 € pro Betrieb. Ich habe hohen Respekt vor

Personen, die so handeln, weil sie nicht mehr anders können. Sie verdienen unser aller Solidarität.

(Beifall von CDU und Dr. Stefan Romberg [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erst dieser Milchstreik macht die Existenzangst der Bauern deutlich. Es geht nicht um die Frage „groß oder klein“. Sie sehen den kleinen neben dem großen Milchbauern streiken. Keiner kann mit diesen Preisen auskommen. Die Frage ist aber, welche Aufgabe die Politik, insbesondere die Politik in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf dieses Problem hat. Denn Milchpolitik wird im Wesentlichen nicht bei uns, sondern in Brüssel gemacht. Teilweise ist sie abhängig von WTO-Verhandlungen.

Übrigens ist Milch kein sensibles Produkt im Sinne der WTO-Bestimmungen, was uns einiges ermöglichen würde. Es würde eine schärfere Kontrolle durch die Kartellbehörden erlauben. Denn die Frage ist, ob es sein kann, dass fünf große Einkäufer – nämlich die großen Einzelhandelsunternehmen – zwei Drittel der gesamten Milchkontrakte jeweils auf ein Jahr abschließen. Es fällt mir schwer, zu glauben, dass diese Einkäufer sich nicht irgendwann einmal telefonisch zusammenschalten.

(Beifall von der CDU)

Die Frage ist, ob unsere soziale Marktwirtschaft, nach der die Politik Grenzen setzt, wie ich von Ludwig Erhard und Müller-Armack weiß, effektiv wirkt. Politik setzt Grenzen, und wir besitzen entsprechende Instrumente. Das erste Instrument ist die Überprüfung durch die Kartellbehörde, ob Marktmacht missbraucht wird. Wenn sie missbraucht wird, kann und muss die Kartellbehörde eingreifen.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir uns dafür einsetzen, dass Produkte nicht unter Einstandspreis verkauft werden dürfen, dann dürfen wir auch nicht zulassen, dass Produkte zu einem Preis verkauft werden, der unter den Produktionskosten liegt.

(Beifall von der CDU)

Denn das schützt in der Kette denjenigen, der produziert – also den Bauern –, sowie unsere Wähler und unsere Landschaft.

Das sind die Aufgaben, die wir wahrnehmen können.

Eine Aufgabe, die wir nicht wahrnehmen können, ist die Veränderung der Milchquote. Wir können

uns zu diesem Thema einbringen, aber wir werden keine Änderung herbeiführen.

Ganz zum Schluss noch folgende Bemerkung: Ich persönlich habe große Sympathie mit Landwirten, die eine Molkerei blockieren, die ihnen gehört, wenn sie erfahren, dass ein Tochterunternehmen ihren Milchstreik unterläuft und ausländische Milch kommen lässt, teilweise in getarnten Transportern. Ich glaube, diese eigene Struktur wird diesen Überlebenskampf nicht überleben; denn es hat sich gezeigt, dass hier auch von Molkereien Marktmächte missbraucht werden zum Nachteil derjenigen, die am Ende der Kette sind. Die Solidarität liegt bei unseren Milchbauern. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kemper. – Es liegt eine letzte Wortmeldung vor. Herr Minister Uhlenberg hat sich noch einmal gemeldet und spricht für die Landesregierung. Bitte schön, Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, diese Debatte hat wirklich gezeigt, wem die Sorgen und die Nöte unserer Bauern am Herzen liegen und wer nur hohle Reden gehalten hat. Diese Debatte kann man auch nicht trennen, Herr Abgeordneter Rimmel, von Ihrem Verhalten in den vergangenen drei Jahren, wenn es um die Anliegen der Landwirte ging und Sie den Minister als Bauernminister versucht haben zu beschimpfen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das wissen die Bauern schon selbst!)

Das war ja aus Ihrer Sicht nicht etwas Positives, sondern etwas Negatives.

Es geht jetzt in der Tat darum, im Interesse der Menschen, im Interesse der Familien auf den Höfen möglichst bald eine Lösung zu finden, die den Bauern hilft, die ihnen eine Zukunftsperspektive gibt und die die Einkommenseinbußen, die auch vor dem Hintergrund dieses Streiks zu verzeichnen sind, möglichst bald beendet.

Meine Damen und Herren, ich bleibe bei meiner Linie – das ist gerade vom Abgeordneten Kemper unterstrichen worden –: Das Aufhetzen der Landwirte untereinander in groß und klein, wie Grüne und auch Teile der SPD es in den vergangenen drei Jahren hier immer wieder versucht haben,

bringt uns nicht weiter. Es geht um den gesamten Agrarstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es geht um unsere bäuerlichen Familienbetriebe, und es geht um die Bauern, die in den vergangenen Jahren ihre Betriebe vergrößert und ihren Milchviehbestand aufgestockt haben. Auch die sind Teil des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie gehören dazu, und wir werden keinen ausschließen.

Ich wiederhole meinen Appell an die Discounter. Ich hatte die Discounter schon vor Wochen, bevor wir hier die Debatte geführt haben, angeschrieben, weil ich, als die Preise nach oben gingen, befürchtet hatte, dass es bei der nächstbesten Gelegenheit eine Abwärtsentwicklung der Preise geben würde. Ich habe mich sehr frühzeitig insbesondere an die Discounter, die ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben, gewandt mit der Bitte, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Ich weiß nicht, ob das nicht herübergekommen ist, Frau Abgeordnete Schulze. Ich war etwas enttäuscht, dass Sie auf meine Argumente eben nicht eingegangen sind. Deshalb noch einmal: Die zweiprozentige Erhöhung der Milchquote ist sowohl von der nordrhein-westfälischen Landesregierung als auch von der Bundesregierung abgelehnt worden.

Was das Thema Quotenregelung insgesamt betrifft, kann ich Ihnen sagen: Es waren die Bundesrepublik Deutschland und Österreich, die sich auf europäischer Ebene dagegen ausgesprochen haben. Zwei nationale Regierungen waren dagegen, alle anderen sind dafür gewesen. Das ist die Realität. Leider konnten wir uns mit diesem Ansinnen nicht durchsetzen.

Ich bin aufgefordert worden, etwas zu der Frage der Saldierung zu sagen. Es konnte erreicht werden, dass die Saldierung auf 10 % festgesetzt worden ist – das war der erste Kompromissvorschlag, der umgesetzt worden ist –, und dass die Saldierung im Hinblick auf das Jahr 2009 auf den Prüfstand kommt mit dem Ziel der Abschaffung. Die Saldierung muss abgeschafft werden, weil das zur Preisstabilisierung beitragen wird. Die Superabgabe muss ebenfalls abgeschafft werden, denn auch das wird zur Preisstabilisierung beitragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen beides tun: Erstens müssen wir die Bauern unterstützen, dass sie faire Preise bekommen, weil das im Interesse der Bauern und gleichzeitig im Interesse der Verbraucherinnen und Verbrau-

cher liegt. Zweitens wird sich die Landesregierung von ihrem Kurs, auch im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung, nicht abbringen lassen, damit wir auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähige Betriebe haben, Betriebe, die sich im europäischen Markt behaupten können. Das sind nicht die 300 Kuhbetriebe in den neuen Bundesländern; dort gibt es nämlich eine andere Agrarstruktur als bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ich unterstütze im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung auch die jungen Bauern, die sich vorgenommen haben, den Beruf des Landwirts auszuüben, ihre Betriebe auszudehnen.

Wir sehen den Landwirt als Unternehmer. Er ist nicht mehr Befehlsempfänger einer Landesregierung, der von morgens bis abends mit immer neuen Gesetzen und Verordnungen in eine bestimmte Ecke gedrängt wird mit dem Ergebnis, dass unsere Betriebe nicht wettbewerbsfähig sind. Wir setzen die Vorgaben der Europäischen Union – das ist für unsere nordrhein-westfälischen Betriebe wichtig – 1:1 um, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe zu stärken. Das ist notwendig, damit die 18 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen möglichst viele Produkte aus unserem Lande bekommen. An dieser agrarpolitischen Linie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird sich in Nordrhein-Westfalen auch in den nächsten Jahren nichts ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind damit am Ende der Beratung. Ich **schließe die Aktuelle Stunde.**

Wir kommen zu:

3 Mitbestimmung ist mehr als ein Wort – Landespersonalrätekonferenzen im Hochschulbereich erhalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6863

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Schultheis das Wort.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag damit, dass für den öffentlichen Dienst Nordrhein-

Westfalen erstmals im Jahr 1958 Mitbestimmungsrechte durch Gesetz festgelegt wurden.

Es ist doch gerade die Mitbestimmung, die Nordrhein-Westfalen und Deutschland geprägt hat. Man kann wohl mit Fug und Recht sagen, dass diese Mitbestimmungsrechte, um die es auch in diesem konkreten Fall geht, ein wesentliches Element des Erfolgsmodells unserer Republik sind. Doch offensichtlich ist die Bedeutung der Mitbestimmung in der Politik dieser Landesregierung verloren gegangen.

Mitbestimmung ist mehr als ein Wort. Sie ist Ausdruck der freien Bürgergesellschaft, zu der wir auch heute im Rahmen der Unterrichtung gerade seitens des Ministers, der der FDP angehört, interessante Anmerkungen gehört haben.

Meine Damen und Herren, die von CDU und FDP betriebene Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes bedeutet eine drastische Einschränkung der Arbeitnehmerrechte in Nordrhein-Westfalen. Die am 17. Oktober 2007 in Kraft getretenen Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes sollen sich nach den Begründungen der Landesregierung als Teil des Bürokratieabbaus verstehen. Das ist pure Ideologie. Tatsächlich wurden viele Beteiligungsrechte, die die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger in unseren Landeseinrichtungen hatten, abgeschafft.

Mit Inkrafttreten des sogenannten Hochschulfreiheitsgesetzes haben sich über das Landespersonalvertretungsgesetz und dessen Novellierung hinaus auch im Hochschulbereich Änderungen ergeben. So wurde zum Beispiel der Hauptpersonalrat abgeschafft, da die Hochschulbediensteten als Angehörige einer Anstalt öffentlichen Rechtes keine Landesbediensteten mehr sind.

Mit der neu eingeführten Organschaft des Hochschulrates als oberster Dienstbehörde, die das Ministerium auch fachaufsichtlich ersetzt und die damit auch als Entscheidungsstelle bei allen Streitfragen fungiert, bestehen kaum noch Informationspflichten, sodass Personalräte nicht mehr agieren, sondern höchstens reagieren können. Wir sind aber der Meinung, dass die Weiterentwicklung einer Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen von gleichwertigen Rahmenbedingungen ausgehen soll. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, dass die Landespersonalrätekonferenz ihre Arbeit auf Landesebene koordinieren kann.

(Beifall von der SPD)

Gleichermaßen verfahren – das kann man in Analogie sehen – auch die Landesrektoren und die

Kanzler unserer Hochschulen, sodass nichts dagegen spricht und nur bestätigt wird, dass das eine sinnvolle Angelegenheit ist. Das bisherige Verfahren, nach dem es die Landespersonalrätekonferenz gibt, wird dem gerecht.

Sowohl die Landesrektorenkonferenz als auch die Landespersonalrätekonferenz werden zurzeit noch vom Land finanziert. Allerdings gilt hier für die Landespersonalrätekonferenz eine zeitliche Befristung bis zum 31. Dezember 2008. Damit ist absehbar, dass die Arbeitsmöglichkeiten der Landespersonalrätekonferenz, wenn es bei diesem Termin bliebe, geschwächt, wenn nicht sogar abgeschafft würde.

Wir sind der Meinung, dass das ein weiterer gravierender Einschnitt in die Mitbestimmungskompetenzen derjenigen wäre, die in zum Land gehörenden Einrichtungen arbeiten und Leistung bringen. Dies wäre ein nicht hinnehmbarer Tatbestand, wenn es denn so käme. Ich hoffe, die Landesregierung sieht dies wie wir:

(Beifall von der SPD)

dass es auch in Zukunft eine Koordination der Personalräte auf Landesebene geben soll.

Wir fordern Sie daher auf, die Landespersonalrätekonferenz über den 31. Dezember 2008 hinaus zu finanzieren. Sie muss dauerhaft strukturell, finanziell und personell durch einen gesetzlichen Rahmen abgesichert werden. Ich hoffe, dass wir hier zu einer Gemeinsamkeit finden können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben wir seinerzeit ganz bewusst auf die Entstaatlichung unserer Hochschulen gesetzt. Ein zentral gesteuertes Hochschulwesen ist für die Hochschulen – und dann übrigens auch für alle Hochschulangehörigen – nach unserer Ansicht deutlich schlechter als eigenverantwortliche Hochschulen, die eben auch ihre Personalangelegenheiten vor Ort regeln.

Insofern ist es konsequent, dass auch die Zuständigkeiten der Personalräte auf der Ebene der einzelnen Hochschulen verankert sind. Es war ebenso folgerichtig, den Landespersonalrat in dieser Form nicht mehr fortzuführen. Eine Landesperso-

nalrätekonferenz als ein selbstorganisiertes Gremium hingegen ist sicherlich sinnvoll.

Es war seinerzeit ein Entgegenkommen der Landesregierung, die Landespersonalrätekonferenz noch bis zum Ende dieses Jahres finanziell zu unterstützen. Die Begründung ist – ich denke, das ist allen klar –, dass durch die vielen Strukturänderungen nicht nur auf gesetzlicher, sondern auch auf übergesetzlicher Ebene erheblicher Mehraufwand vorhanden war.

Daraus nun eine Dauerförderung zu fordern, ist aus Sicht der Landespersonalrätekonferenz zwar sicherlich nachvollziehbar, geht aber fehl. Denn man könnte ja in solch einem Fall den Faden weiterspinnen: Wer würde sich dann noch hier beim Parlament melden und fragen, ob nicht eine dauerhafte finanzielle Förderung zu erhalten sei? Was wäre mit dem Landes-ASTen-Treffen, wie mögen die darauf reagieren? Was wäre dann mit den Senaten oder gar den Hochschulräten? Kommt dann immer noch eine dauerhafte Förderung dazu?

(Karl Schultheis [SPD]: Klingt sehr staatlich!)

Nein, sagen wir. Das ist eine Kette, die man nicht fortführen sollte. Deswegen haben wir aus unserer Sicht Bedenken gegen eine dauerhafte Fortführung der Finanzierung der Landespersonalrätekonferenz. Gleichwohl: Wenn es gute Argumente gibt, die in der weiteren Diskussion heute im Plenum oder im Ausschuss kommen sollten, werden wir uns sicherlich nicht gegen Gespräche wehren, wie eine wie auch immer geartete finanzielle Unterstützung aussehen sollte. Wir sehen aber – das möchte ich betonen – diese Argumente zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Deswegen halten wir nach dem Stand der Dinge und nach der Information, die seitens der Regierung gegeben worden ist, die vorgeschlagene Einstellung der finanziellen Förderung zum Jahresende für sinnvoll. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal wird ja ein politisches Anliegen in seiner Zielrichtung deutlicher, wenn man Analogien bemüht. Eine solche Analogie zwischen dem Hochschulbereich und der kommunalen Ebene bietet sich an, weil die Hochschulen aufgrund der Entscheidungen dieses Landtags inzwischen verselbstständig-

te Körperschaften sind. Es sind keine nachgeordneten Behörden mehr, sondern selbstbewusste, eigene Organisationseinheiten, die in eigener Verantwortung ihre Geschäfte versehen. Die Beschäftigten, die vormals Beamte und Angestellte des Landes waren, sind nun Bedienstete ihrer Hochschule.

Genauso sind Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte und Angestellte im kommunalen öffentlichen Dienst jeweils ihrer Kommune zugeordnet. Das Personalvertretungsrecht hat deshalb auch nur eine Mitwirkung auf der Ebene der Kommunen als Ziel, aber nicht auf einer übergeordneten Ebene.

(Karl Schultheis [SPD]: Das gilt dann auch für Rektoren und Kanzler! Wollen Sie das abschaffen?)

– Herr Schultheis, Sie wollen Kommunalpolitiker werden. Sie möchten in Aachen Oberbürgermeister werden. Wenn man diese Analogie zu Ende denkt, bedeutete das, dass sich die Beschäftigten Ihrer – das wünschen Sie sich ja – Verwaltung in Aachen in einer Hauptpersonalrätekonferenz beim Innenminister organisieren würden, wenn das rechtlich zu konstruieren wäre. Ich habe von der SPD aus den Jahren ihrer Regierungsverantwortung keine Initiative in Erinnerung, mit der sie für die Kommunalbeamten einen Hauptpersonalrat beim Innenminister hätten einrichten wollen.

(Kopfschütteln und Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Das gab es nicht, weil es auch keinen Sinn gemacht hätte.

Sinnvoll ist es, Mitwirkungstatbestände in der einzelnen Hochschule, in der eigenen Organisation zu realisieren. Das ist möglich und das machen wir.

Das, was Sie jetzt zusätzlich beantragen, ist, die bestehenden Landespersonalrätekonferenzen, die an die Stelle des Hauptpersonalrates getreten sind, weiterzufinanzieren. Das ist jedoch ein Gremium ohne jede rechtliche Legitimation, ein Gremium, das keine Mitwirkungsbefugnisse nach dem Gesetz hat. Vielmehr ist es ein informelles Gremium, in dem Gedankenaustausch und Erfahrungsaustausch möglich sind.

(Karl Schultheis [SPD]: Wir fordern ja, das gesetzlich zu regeln!)

Das hat es zu Ihrer Zeit für Kommunalbeamte – ich bleibe bei dieser Analogie – an keiner Stelle gegeben. Warum sollten wir das jetzt im Bereich der Hochschulen dauerhaft einführen? Es hat ja,

um Härten, übrigens auch ganz individuelle Härten, abzufedern, Sinn, das eine Zeit lang weiter zu finanzieren und einen geordneten Übergang zu ermöglichen. Dauerhaft hat dieses Gremium als Institution aus unserer Sicht aber nichts zur Entwicklung der Hochschullandschaft beizutragen, weil eben keine Mitwirkungsbefugnisse für dieses Gremium vorgesehen sind. Dementsprechend spricht nichts dagegen, das informell als Gedankenaustausch zu organisieren. Ein solcher Gedankenaustausch findet im Übrigen ja auch innerhalb der Gewerkschaften statt; da gehört er auch hin.

Ich sehe keine Perspektive dafür, dass dieser Landtag Mittel für die dauerhafte Institutionalisierung eines Gremiums bewilligen könnte, das keine echte Mitwirkungsbefugnis besitzt. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Groth das Wort.

Ewald Groth⁹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mitbestimmung ist mehr als ein Wort. Da haben Sie recht, Herr Schultheis. Nur, wenn ich Herrn Dr. Brinkmeier und noch viel mehr Herrn Lindner hier höre, muss ich leider feststellen: Für diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen scheint Mitbestimmung mehr als ein Wort zu sein. Es ist für Sie ein Fremdwort, meine Damen und Herren, um nicht zu sagen, ein Unwort.

Was Sie von der Mitbestimmung halten, haben Sie ja hinlänglich bei der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes schon bewiesen. Bürokratieabbau wollten Sie damit angeblich betreiben. Doch das Einzige, was Sie abgebaut haben, sind zahlreiche Beteiligungstatbestände und Verfahren, die über lange, lange Jahre wesentliche Bausteine zur Wahrung des Betriebsfriedens in unserem Lande gewesen sind. Ich nenne nur einige Punkte: Abmahnungen, behördeninterne Umsetzungen, Privatisierungen. Bei all diesen Punkten, Herr Dr. Brinkmeier, haben Sie unter dem Vorwand der Entbürokratisierung gut funktionierende Beteiligungstatbestände im Landespersonalvertretungsgesetz schon abgebaut. Das zeigt, welche Denke bei den regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP gegenüber dem Landespersonal vorherrscht.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Letztlich spiegelt sich dies auch in dem sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz wider. Auch hier sind Mitbestimmungsrechte abgebaut und Beteiligungsstrukturen zerschlagen worden zugunsten der Stärkung einer zentralen Leitung, die dann noch nicht einmal mehr demokratischer Kontrolle unterliegt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und Karl Schultheis [SPD] – Christian Lindner [FDP]: Wie bitte?)

Eine Antwort auf die Frage, wer denn eigentlich „die Hochschule“ ist, die jetzt plötzlich frei sein soll, sind Sie bis heute schuldig geblieben, Herr Pinkwart. Schaut man ins Gesetz, scheint die Lage recht einfach. Da steht: „Mitglieder der Hochschule sind die Hochschulleitungen, die Studierenden und das Personal.“

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Andererseits heißt es aber auch im Gesetz: Das Personal steht im Dienst der jeweiligen Hochschule. Die Hochschulen besitzen das Recht, Beamte zu haben. – Entweder ist das Personal Teil der Hochschule und bedeutet „die Hochschule“, oder die Hochschule darf das Personal haben. Was sind denn jetzt die Beschäftigten der Hochschule? – Genau das müssen wir in diesem Zusammenhang auch diskutieren.

Abgesehen davon habe ich jedes Verständnis dafür, dass sich den Personalräten bei diesem Duktus des Gesetzes, bei dieser Wortwahl die Fußnägel aufrollen:

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Hochschulen dürfen Beamte haben. – Aus diesen Worten spricht doch die Überzeugung, dass die Beschäftigten eben nicht die Hochschule sind. Konsequenterweise enthält das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz auch für die Beschäftigten nicht mehr, sondern eben deutlich weniger Freiheit. Darauf haben wir und andere im Verfahren auch immer wieder hingewiesen.

Genau diese Einstellung spiegelt sich jetzt auch bei der Frage, welche Möglichkeiten die Landespersonalrätekonferenzen haben sollen, wider.

Ich würde hier und heute sehr gerne von Ihnen hören, Herr Minister, dass das alles nur ein Missverständnis ist. Ich würde gerne hören, dass Ihnen die Landespersonalrätekonferenzen genauso viel wert sind wie die Landeskongresse der Hochschulleitungen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn Sie jetzt hier im Sinne von „Mitbestimmung ist mehr als ein Wort“ ein wenig Klarheit in die Debatte bringen würden.

Beweisen Sie, dass es für Sie, Herr Minister Pinkwart, kein Fremdwort ist. Sichern Sie die Landespersonalrätekonferenzen im Hochschulbereich, und zwar nicht nur irgendwie über den 31. Dezember dieses Jahres hinaus, sondern dauerhaft institutionell, strukturell, finanziell und personell. – Sie haben das Wort, Herr Minister.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Als nächster Redner spricht Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart für die Landesregierung. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Worum geht es wirklich? – Wir haben mit der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes den Einfluss der Personalräte auf ein bundesweit übliches, normales Maß zurückgeführt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie sind ziemlich liberal!)

Wir haben uns dabei weitgehend an dem orientiert, was etwa auf Bundesebene unter wechselnden parlamentarischen Mehrheiten – auch mit Regierungen, die beispielsweise von den Grünen getragen worden sind – Konsens war und ist.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nordrhein-Westfalen war immer Vorreiter!)

Zudem haben wir mit dem Hochschulfreiheitsgesetz Personal und Personalräten in den Universitäten und Fachhochschulen eine Rechtsstellung, lieber Herr Groth, verschafft, wie sie etwa bei den Städten und Gemeinden schon immer bestand.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Wenn das, was Sie eben vorgetragen haben, so zuträfe, wäre es eine radikale Kritik an der Mitbestimmungswelt, die wir in unseren Städten und Gemeinden seit Jahrzehnten haben.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das so gemeint haben.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Diese beiden Reformen kamen innerhalb eines Jahres, nämlich 2007, auf die Hochschulen zu. Für die Personalräte der Hochschulen änderte sich also besonders viel.

Solange das Hochschulpersonal im Landesdienst stand, gab es oberhalb der Personalräte der Hochschulen zwei Hauptpersonalräte beim Ministerium, die dann, wenn auf örtlicher Ebene keine Einigung erreicht werden konnte, mit dem Ministerium weiterverhandelten. Denn bis zu dem Zeitpunkt waren unsere Hochschulen nachgeordnete staatliche Behörden und keine Körperschaften des öffentlichen Rechts, die in eigener Autonomie handlungsfähig sind.

Diese Hauptpersonalräte hatten für die örtlichen Personalräte im Laufe der Jahre auch manche Informations-, Koordinations- und Beratungsfunktion übernommen. Um davon einiges zu erhalten, bildeten die Personalräte schon vor In-Kraft-Treten des Hochschulfreiheitsgesetzes Landespersonalrätekonferenzen: eine Konferenz der Personalräte des wissenschaftlichen Personals und eine des nichtwissenschaftlichen Personals.

Weil wir gesehen haben, dass der Umstellungsprozess den Personalräten der Hochschulen besonders viel abverlangte, sind wir deren Wunsch nach Unterstützung durch Ressourcen aus dem Landeshaushalt nachgekommen, haben aber von Anfang an deutlich gemacht, dass das nur für eine Übergangszeit möglich ist. Diese Unterstützung bestand und besteht aus der Finanzierung je eines Geschäftsführers mit Reisekosten und mit Dienstzimmer im Ministerium.

Sie begann mit dem In-Kraft-Treten des Hochschulfreiheitsgesetzes am 1. Januar 2007 und sollte zunächst bis zum 30. Juni dieses Jahres dauern. Wir hatten damals die Einschätzung, dass die Umstellungsphase in den Hochschulen bis dahin beendet sein würde. Außerdem ist das der Termin, an dem die reguläre Amtszeit der beiden Hauptpersonalräte geendet hätte.

Auf intensiven Wunsch der Personalrätekonferenzen haben wir uns nun entschlossen, diese Unterstützung bis zum Ende dieses Jahres fortzuführen. Das sind dann zwei Jahre, und dann muss die Umstellungsphase als abgeschlossen gelten. Weitere Verlängerungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es nicht. Was wir nämlich nicht wollen, ist ein zusätzliches Institutionensystem ohne wirkliche Kompetenzen. Das kann nicht der Weg sein.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Ich wüsste auch nicht, wie man eine dauerhafte Finanzierung solcher Gremien durch das Land exklusiv im Hochschulbereich begründen wollte, da doch die Personalräte der Städte, Gemeinden und Kreise seit eh und je ohne Landesmittel für

ihre Arbeit zurechtkommen mussten und zurechtgekommen sind.

Die Personalräte der Hochschulen fallen ohne die zwei Geschäftsführerstellen auch nicht ins Bodenlose. Im Gegenteil: Der Meinungs- und Informationsaustausch auch über räumliche Distanzen hinweg ist mit den modernen Kommunikationsmedien nun wahrlich kein Problem.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist schon zynisch!)

– Moment, Herr Schultheis. – Hinzu kommt, dass die hochschulübergreifende Fortbildung, die entsprechend finanziert wird, Schulungen anbietet, bei denen sich Personalratsmitglieder treffen und austauschen können.

Mein Fazit, meine Damen und Herren: Wir haben den Personalräten der Hochschulen in einer Phase des Übergangs und der Umstellung geholfen. Und ich füge hier hinzu: Wir haben ihnen gerne geholfen, weil sie selbst und auch unsere Hochschulen sich in einer Phase der intensiven Umstellung befanden. Allerdings soll es bei dieser Übergangshilfe, die lediglich der Meisterung einer Übergangsherausforderung dient, bleiben. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Meine Damen und Herren, mir liegt eine weitere Wortmeldung des Kollegen Schultheis für die Fraktion der SPD vor. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Schultheis⁹⁾ (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die von Herrn Minister Pinkwart und den Vertretern der Regierungsmehrheit beschriebene Situation haben sie selbst verursacht. Insofern hört es sich fast so an, als ob es ein Gnadenakt gegenüber den Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen wäre. Sie als Parlament vertreten das Volk in Nordrhein-Westfalen, und das Volk in Nordrhein-Westfalen ist nicht auf Gnadenakte einer Landesregierung angewiesen. Vielmehr hat es einen Anspruch darauf, im Sinne des Volkes ordentlich regiert zu werden. Ich bitte, dies zu berücksichtigen, zumal es sich hier oft so anhört, als ob es sich hier um Gnadenerweise handelte. Das wäre ein schlechtes Selbstverständnis von Parlamentariern.

(Christian Lindner [FDP]: Zum Thema!)

– Herr Lindner, daran sollten Sie sich gewöhnen. An Ihrer Stelle würde ich mir gerade als Liberaler ein paar Gedanken dazu machen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben das Beispiel Kommune gebracht.

(Christian Lindner [FDP]: Ein treffendes Beispiel!)

– Nein, das ist überhaupt kein treffendes Beispiel. Die Situation in einer Kommune, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nur für ihren bestimmten Bereich zuständig ist, könnte man vielleicht insofern zum Vergleich heranziehen, als es die Möglichkeit gibt, Personalräte für die einzelnen Bereiche und einen Hauptpersonalrat für die Gesamtkommune zu bestellen. Es wird immer wieder diskutiert, ob es für bestimmte Bereiche Sinn macht, neben dem Hauptpersonalrat einen eigenen Personalrat zu haben.

In der Stadt Aachen haben wir für die Bereiche, in denen es die Kolleginnen und Kollegen für sinnvoll halten, solche Bereichspersonalräte eingerichtet. Dazu gibt es den Hauptpersonalrat, der die gemeinsamen Interessen aller über die Bereiche hinaus zusammenbringt.

(Christian Lindner [FDP]: Beim Innenminister gibt es keinen! Den hätten Sie doch einführen müssen!)

– Wenn Sie der Meinung sind, dass das richtig ist, beantragen Sie es! Wir beantragen dies, weil es gemeinsame Interessen der Beschäftigten in den Hochschulen gibt, die ohnehin, was ihre Mitwirkungsrechte in den Hochschulen angeht, stark beschnitten worden sind. Diese gemeinsamen Interessen müssen auch formuliert werden.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Zahl der Zeitverträge in den Hochschulen nimmt immer mehr zu – schauen Sie genau hin, das ist ein Thema, das wir noch einmal gesondert auf die Tagesordnung setzen müssen –, auch bei den nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es ist eine Katastrophe, auch was die Qualität der Gewinnung von Personal in den Hochschulen angeht. Über diese Fragestellung ist nicht nur in einer Hochschule zu diskutieren, sondern in allen Hochschulen. Das ist – um nur eines herausgreifen – ein verbindendes Thema.

Ich habe die Zusicherung von Herrn Minister Pinkwart bei der Diskussion mit den Personalräten nicht im Sinne einer Übergangslösung verstanden. Das Wort Übergangslösung hat da keine Rolle gespielt. Es ist nicht als Übergangslösung dargestellt worden, sondern als eine Möglichkeit,

den Hochschulbeschäftigten des Landes eine Koordinationsebene zu schaffen.

Ich habe es eben in meinem Eingangsstatement deutlich gemacht: Wenn Sie der Meinung sind, dass sich alles nur noch auf die jeweils konkrete, einzelne Hochschule bezieht, dann gilt das auch für die – sie sind auch Beschäftigte ihrer Hochschule – Rektoren und Kanzler. Dann müssen Sie mir erklären, warum es dort Sinn macht – ich bin der Meinung: sehr wohl –, sich auf Landesebene zu koordinieren. Diesbezüglich existiert auch kein Rechtsrahmen, keine gesetzliche Grundlage wie ein Landesrektorenkonferenzgesetz Nordrhein-Westfalen oder dergleichen. Sie müssen überlegen und begründen, warum es dort einen Sinn macht und im Fall der Beschäftigten nicht. Es entzieht sich einer vernünftigen Erklärung, dass man hier unterschiedlich verfährt.

Ich halte die Meinung der Beschäftigten für viel ausschlaggebender. Wenn sie selbst sagen – die Personalräte, das Personal, die Menschen, die unsere Hochschulen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich auch tragen, die Hochschule ausmachen –, dass ihnen das wichtig ist, müsste das eigentlich auch für Sie ein durchschlagendes Argument sein, dass man solche Landespersonalrätekonferenzen nicht abschafft.

Nochmals: Wir wollen keine Unverbindlichkeit. Wenn Sie den Antrag genau lesen, steht darin, dass wir uns eine gesetzliche Absicherung der Landespersonalrätekonferenzen wünschen. Der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen kann es sicherlich ertragen, zwei Geschäftsführer und eine Geschäftsstelle und somit die Landespersonalrätekonferenzen in Räumen des Landes Nordrhein-Westfalen, die ohnehin bezahlt sind – Sie bauen ja auch Personal in den Ministerien ab; davon gehe ich aus, da Sie praktisch für nichts mehr zuständig sind –, weiter zu beherbergen. Wenn ich das Personaltableau sehe, dessen Finanzierung die Landesregierung zusätzlich in den Haushalt eingestellt hat, halte ich das für sehr verantwortbar gegenüber denjenigen, die Hochschule ausmachen.

Wenn man gleichzeitig – die Hochschulräte sind ja als jetzt oberste Dienstbehörde, als Ministeriumsersatz angesprochen – gesetzlich einen Hochschulrat etabliert, in dem mindestens 50 % der Beteiligten von außen kommen müssen – woher auch immer –, dann wäre es doch ein hervorragendes Signal, denjenigen, die in den Hochschulen arbeiten und nicht von außen kommen, sondern den Alltag organisieren, damit Wissenschaft und Forschung funktioniert, damit gute Er-

gebnisse entstehen, eine Möglichkeit der Koordination auf Landesebene zu gewähren.

Es ist schizophren und teilweise auch zynisch, wie Sie hier argumentieren. Überlegen Sie noch einmal gut – wir haben ja noch ein bisschen Zeit, im zuständigen Fachausschuss darüber zu diskutieren –, ob hier nicht ein angemesseneres Ergebnis erforderlich ist als das, was Sie heute an Möglichkeiten dargeboten haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort, anschließend Herr Kollege Groth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Christian Lindner (FDP): Lieber Herr Schultheis, wenn Sie von Zynismus sprechen, dann gibt es noch ganz andere Themen im Bereich der Mitbestimmung, die man eher mit diesem Etikett belegen kann, nämlich etwa, wie die Gewerkschaften selbst in ihren eigenen Gremien Mitbestimmung organisieren. Es gibt Gewerkschaften, die noch nicht einmal einen Betriebsrat eingerichtet haben.

(Karl Schultheis [SPD]: In den Personalräten sind Leute, die gar nicht in der Gewerkschaft sind!)

Sie bauen Personal ab. Die Gewerkschaften ziehen zwangsweise Gehaltsbestandteile ein. Wenn jetzt von Ihnen das Hohelied gesungen wird, dann muss das auch einmal differenzierter betrachten.

In der Sache will ich nur noch zwei Dinge unterstreichen.

Zum einen: Der Vergleich zwischen Landesrektoren- und Landespersonalrätekonferenz hinkt, Herr Schultheis, weil die Landeshochschulrektorenkonferenz gegenüber dem Land und dem Ministerium die Interessen der Hochschullandschaft insgesamt vertritt. Da sind im Übrigen auch die Beschäftigten vertreten, denn Direktoren vertreten jeweils ihren Standort.

(Karl Schultheis [SPD]: Durch Ihr Gesetz immer weniger!)

– Kommen Sie doch ein bisschen zur Ruhe, Herr Schultheis. Ich Sorge mich ja um Sie.

(Karl Schultheis [SPD]: Es ist ein Grund, sich aufzuregen, wenn hier solch ein Blödsinn erzählt wird!)

– Ihr Kopf ist bald so rot wie Ihre Krawatte. Kommen Sie doch ein bisschen zur Ruhe.

Die Landeshochschulrektorenkonferenz vertritt die Hochschulen insgesamt. Zu den Hochschulen gehören die Studierenden genauso wie das wissenschaftliche und das nichtwissenschaftliche Personal. Sie sind somit als Institutionen gegenüber dem Land vertreten.

Die Landespersonalrätekonferenz, Herr Schultheis – ich will das noch einmal verdeutlichen –, ist dagegen ein Fremdkörper.

(Karl Schultheis [SPD]: Jetzt wird es allerdings Zeit!)

Sie hat nämlich keine eigenen Mitwirkungsbefugnisse. Schon das von Ihnen vorgetragene Beispiel Aachen hinkt. Sie haben von einem Hauptpersonalrat auf Ebene der Kommune und von Bereichspersonalräten gesprochen. Nichts spricht dagegen, dass auch an einer Hochschule Bereichspersonalräte gebildet werden und man sich in der Hochschule im Hauptpersonalrat auf Ebene der Hochschulleitung dann auch mit einbringt.

(Karl Schultheis [SPD]: Es gibt keine Landeskommune!)

– Ja, aber es gibt unter den Innenministern der SPD keine mir bekannte Initiative, einen Hauptpersonalrat der Hauptpersonalräte der Kommunalbeamten einzurichten, weil das von ihnen damals zu Recht nicht beantragt worden ist. Denn es ist rechtlich nicht möglich, einen Hauptpersonalrat einzurichten, der keine Mitwirkungsbefugnisse hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Wir haben den Städte- und Gemeindebund!)

Das ist ein Austauschgremium. Niemand hat etwas gegen Austauschgremien. Aber nicht jedes informelle Austauschgremium kann aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie finanzieren ganz andere Sachen!)

Ich meine, dass die Gewerkschaften die übergreifenden Themen in ihren Gremien beraten können. Bei Themen, die unterschiedliche Beschäftigte unterschiedlicher Hochschulen betreffen, haben die Gewerkschaften das Recht und die Pflicht, eigene programmatische Vorstellungen zu entwickeln, zu beraten und sie dann über die jeweils örtlich tätigen Personalräte oder Hauptpersonalräte einzubringen. Eine Zusatzgremienstruktur brauchen wir nicht.

Es wäre im Übrigen ein Dammbbruch. Würde man das jetzt dauerhaft finanzieren, kämen andere sehr schnell auch auf die Idee, sich ein ähnliches

informelles Beratungsgremium finanzieren zu lassen. Nicht nur die Senate, sondern insbesondere die kommunalen Bediensteten würden sehr schnell vorstellig werden mit dem Anspruch, genau dasselbe im Lande, aber nicht nur mit einer Geschäftsführungsstelle, einzurichten. Von daher kann ich Ihnen keine Hoffnungen machen, dass Ihr Anliegen im Ausschuss eine Mehrheit finden könnte. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Herr Kollege Groth hat als nächster Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Lindner, Ihre Fraktion, die FDP-Fraktion in diesem Hause, ist die Fraktion, die schon bei der Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes gerne die Mitbestimmung noch weiter geschliffen hätte, als sie dann ohnehin schon geschliffen worden ist.

(Beifall von der SPD)

Sie haben in der Diskussion um das Landespersonalvertretungsgesetz schon mit Stimmungen gearbeitet. Ihre Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer Fraktion haben mit Stimmungen gearbeitet. Sie wollten insinuiieren, Mitbestimmung wäre Sand im Getriebe einer Behörde. Das wollten Sie der geneigten Öffentlichkeit klarmachen. – Die Tatsachen sind andere.

Tatsache ist: Mitbestimmung dient dem flüssigen und flexiblen Ablauf in einer Behörde.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nur sind Sie die Letzten, die das nicht einsehen wollen. Das Gegenteil von dem, was sie verkünden, ist nämlich der Fall: Mitbestimmung hilft. Welche Ungleichbehandlung: Die Landesrektorenkonferenz der Universitäten und Fachhochschulen wird weiter gefördert, die Koordination der Personalvertretungen aber nicht! Was für eine Ungleichbehandlung wollen Sie denn da einführen, Herr Lindner? Was wollen Sie denn da machen? Wie soll das denn gehen? Oder wollen Sie die Koordination der Universitäten und Fachhochschulen am Ende auch noch abschaffen? Es gibt einen solchen Koordinationsbedarf wie durch die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen und der Universitäten aufgegriffen genauso auf der Ebene der Personalvertretungen, und zwar landesweit. Deshalb sollte diese Koordination auch weiter gefördert werden.

Ich finde es zynisch, Herr Minister, wenn Sie dann auf die modernen Informationstechnologien und darauf verweisen, man könnte sich ja mal eine E-Mail hin und her schreiben. Das wird jedenfalls der Frage der Mitbestimmung an unseren Universitäten landesweit nicht gerecht.

Stellen Sie sich einmal vor, in den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie dieses Landes, dem Fachausschuss, dem ich vorsitzen darf, würde jeweils, wenn Personalfragen betroffen sind, jede einzelne Personalvertretung aus jeder einzelnen Universität und Fachhochschule geladen werden, um sie anzuhören. Es ist sehr viel einfacher und sehr viel zielführender, eine Koordination herzustellen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Was Sie aber betreiben, ist ideologische Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wollen die Mitbestimmung einschneidend verändern. Sie wollen den Menschen die Möglichkeit zur Koordination nehmen. Und das ist nicht in Ordnung. Sie gehen in die Geschichte der Landespolitik ein als die Fraktion, die sich mit der Mitbestimmung jedenfalls nicht qualitativ und nach vorne gewandt beschäftigen will, um den Menschen und den Behördenleitern zu helfen. Sie, die FDP-Minister Wolf und Pinkwart, gehen jedenfalls nicht als Freunde der Mitbestimmung in Nordrhein-Westfalen in die Geschichte der Landespolitik ein. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Pinkwart das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die polemische Einlassung, die Sie eben auch der Landesregierung gegenüber vorgenommen haben, wirft ein entsprechendes Licht auf Sie selbst. Wenn Sie, was meinen Verantwortungsbereich anbetrifft, den Nachweis erbringen würden, dass ich den hohen Anforderungen an eine wirksame Mitbestimmung nicht gerecht geworden wäre, wäre ich sehr dankbar dafür.

Ich habe es bisher so begriffen, dass wir Mitbestimmung im Interesse der Beschäftigten, im Interesse der Studierenden und damit im Interesse

des Landes Nordrhein-Westfalen sehr ernst nehmen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben das LPVG mit beschlossen! – Weitere Zurufe)

Deswegen haben wir auch das Mitbestimmungsrecht in einer Weise fortentwickelt, wie es in der Bundesrepublik Deutschland gilt, wie es für die Bundesbeschäftigten gilt und wie es in anderen Bundesländern gilt, etwa in so erfolgreichen Bundesländern wie dem Bundesland Baden-Württemberg, in dem wir mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in ganz Deutschland haben, das höchste Wohlstandsniveau haben, in dem wir die besten sozialen Ergebnisse für die Menschen haben.

Wir haben das Personalvertretungsrecht fortentwickelt.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

– Herr Groth. Sie müssen sich schon mit den Ergebnissen von Politik beschäftigen, nicht nur mit den Versprechungen. Ergebnis von Politik ist, dass sich Baden-Württemberg über Jahrzehnte so entwickelt hat, wie wir es heute erleben, während Nordrhein-Westfalen unter Ihrer Mitregierungsverantwortung den Anschluss in Deutschland verloren hat. Das ist die Lebenswirklichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt schauen Sie einmal, was die Änderung des Personalvertretungsrechts für die Menschen in Nordrhein-Westfalen – auch für die öffentlich Beschäftigten – unter anderem erbracht hat. Indem wir das Landespersonalvertretungsrecht für den Schulbereich an das baden-württembergische Recht noch nicht einmal vollständig, nur näherungsweise angelehnt haben, ist es möglich geworden, dass von 500 ausschließlich für die Mitarbeiterselbstverwaltung vollständig freigestellten Lehrerinnen und Lehrern in Nordrhein-Westfalen mindestens 150 wieder hauptamtlich in den Schuldienst kommen. Ich meine, in Anbetracht massenhaften Unterrichtsausfalls und schlechter PISA-Ergebnisse ist das die sozialste Politik im Interesse der Beschäftigten in diesem Land, die man nur machen kann. Also: Mitbestimmung wollen wir.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister!

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Aber wir wollen sie vernünftig.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin, ich möchte das zunächst zu Ende führen. Dann bin ich gern für Nachfragen bereit. Ich möchte noch auf die Einlassungen, die eben gemacht wurden, eingehen.

Ich möchte dann sagen, wie das bei uns abläuft. Es ist völlig deutlich geworden: Die Universitäten und Fachhochschulen haben rechtlich den gleichen Status wie Städte und Gemeinden. Das gilt für die Großstädte und die Landkreise genauso wie für kleine Gemeinden.

Sie stellen sich hin und sagen, jetzt herrschten an den Hochschulen schlechtere Mitbestimmungsbedingungen, weil sie die gleichen Mitbestimmungsbedingungen hätten, die seit langer Zeit für die Kommunen gelten und die auch in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung Gültigkeit in den Kommunen hatten. Sie sehen schon: Da beißt sich Ihr Argument selbst!

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist nicht zu vergleichen!)

Herr Schultheis, weil es nicht meine Art ist, so mit Menschen umzugehen – das habe ich im Übrigen auch nicht vorgetragen –, möchte ich Ihnen Folgendes sagen, da eben die Einlassung gemacht wurde, es gäbe Gnadenakte: Ich schätze jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter – sowohl in den Ministerien als auch in den Hochschulen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sagen und Tun sind Zweierlei, Herr Minister!)

Deswegen, lieber Herr Schultheis, habe ich vorgebracht, wir hätten rechtssystematisch, wenn wir von Anfang an so verfahren wären, wie es bei den Kommunen üblich ist, mit Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes die Landespersonalräte auflösen können. Das haben wir aber nicht gemacht.

Wir reden auch miteinander, hören auf die Meinung des anderen und beziehen sie mit ein. Wir haben gesagt: Es gibt Übergangs- und Anpassungsfragestellungen. Deswegen halten wir es für sachgerecht, eine Übergangsregelung gefunden zu haben, die von vornherein so angelegt war, dass sie nach einer gewissen Zeit auslaufen sollte.

Wenn wir das so organisieren, sind das keine Gnadenakte. Es ist vielmehr eine Stilfrage, wie wir miteinander umgehen. Wir wollen fair mit den

Menschen umgehen. Wir sagen ihnen vorher, wie wir das machen, bereden das und halten uns dann an unsere Zusagen.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD] schüttelt mit dem Kopf.)

Zur Arbeitsweise der Landespersonalrätekonferenz, die bewusst gewollt ist: Wir wollen, dass man sich dort miteinander austauscht. Wenn das in Zukunft geschieht – wir sind hierüber im Gespräch –, wenn also eine Landespersonalrätekonferenz mit dem Staatssekretär oder mit mir ein Gespräch führen möchte, um sich zu bestimmten Punkten auszutauschen, und dafür nach Düsseldorf reist, ist selbstverständlich geregelt, dass sie die Reisekosten und die sonstigen Aufwendungen dafür ersetzt bekommt. Auch das ist geregelt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Es wäre ja noch schöner, wenn sie auf den Kosten sitzen blieben!)

– Einen Moment, bitte. Wir müssen doch den Zuhörerinnen und Zuhörern deutlich machen, worüber wir reden.

(Zurufe von Ewald Groth [GRÜNE] und Karl Schultheis [SPD])

Alles wird gegeben, was es erlaubt, die Interessen gebündelt vorzutragen und sich aufeinander abzustimmen.

Das Gleiche, lieber Herr Groth, gilt auch für Anhörungen. Sie können alle einladen; das hätten Sie auch früher schon tun können. Sie können aber auch den Sprecher der Landespersonalrätekonferenz in den Ausschuss zu einer Anhörung einladen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Noch gibt es einen!)

Er wird sich vorher rückkoppeln und dort eine Meinung vortragen.

Wir sehen also keinerlei Benachteiligung gegenüber anderen. Zutreffend ist, was Herr Lindner gesagt hat. Dem Argument, in den Kommunen könnten Hauptpersonalräte gebildet werden, ist entgegenzuhalten: In den Hochschulen ist das auch möglich. In großen Hochschulen, wie etwa in der RWTH Aachen, Herr Schultheis, kann natürlich auch, wenn das gewünscht ist, ein Hauptpersonalrat wie in jeder größeren Kommune gebildet werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ersetzt aber noch nicht die Landespersonalräte!)

– Nein, Sie haben insinuiert wollen, dass ein solcher Hauptpersonalrat dieser Hauptpersonalrat

auf Landesebene sei. Den gibt es aber auf kommunaler Ebene nicht.

(Beifall von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Es gibt auch keine Landeskommunen! – Gegenruf von Christian Lindner [FDP] – Weitere Zurufe)

Halten Sie doch bitte Ihre Argumentation stringent und nachvollziehbar. Wir jedenfalls wollen das tun, damit es auch in Zukunft im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen fair zugeht

(Zurufe von der SPD)

und damit die kommunalen Beamten wie die Hochschulbeamten und -angestellten gleiche Rechte haben. Dafür setzen wir uns ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegt eine weitere Wortmeldung des Kollegen Groth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, die Mitbestimmung sei schuld; sie sei ursächlich für die hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein Skandal!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Sie haben uns vorgehalten, dass die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg, wo es eine andere Mitbestimmung gibt, geringer ist. Was wollen Sie insinuierten?

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Das hat der Minister nicht gesagt!)

Mitbestimmung führe zu hoher Arbeitslosigkeit? – Nehmen Sie das zurück und entschuldigen Sie sich bei den Gewerkschaften und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Lachen von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Sie ignorieren den Strukturwandel, Herr Minister. Wir haben jedenfalls unter Berücksichtigung der Mitbestimmung und unter Beteiligung der Personal- und Betriebsräte den Strukturwandel in der

Vergangenheit gut bewältigt. Damals waren Sie noch nicht in der Regierung.

(Wortmeldungen von Christian Lindner [FDP], Dr. Stefan Berger [CDU] und weiterer Abgeordneter)

Sie haben weiterhin erklärt, die Personalvertretung sei ursächlich schuld am Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen. So geht es nicht, Herr Minister.

(Christian Lindner [FDP]: Lächerlich!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Die Landesregierung ist für den ausfallenden Unterricht verantwortlich, es sind nicht die Personalvertreter, die ihrer Aufgabe nachkommen, das Personal vertreten und dafür freigestellt werden müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister, Sie haben zweimal Anlass, sich heute öffentlich zu entschuldigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Groth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Berger?

(Ewald Groth [GRÜNE]: Jetzt nicht mehr!)

– Es tut mir leid: Der Kollege hat sich nicht unterbrechen lassen und dann entschieden, dass er die Zwischenfrage nicht zulässt.

Als nächster Redner hat sich für die Fraktion der SPD der Kollege Schultheis zu Wort gemeldet.

(Zurufe)

– Wir führen hier für die von den Fraktionen verabredeten Redezeiten alle möglichen Listen, solange es erforderlich ist. – Herr Kollege Schultheis, Sie haben das Wort.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Das ist das gute Recht des Parlaments, Frau Präsidentin. Ich freue mich, dass Sie die Sitzung so leiten, wie Sie es tun.

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Ich wollte eine Zwischenfrage stellen. Herr Minister, Sie haben das nicht zugelassen. Denn es ist natürlich schwerwiegend, wenn der Eindruck entsteht, dass Sie der Meinung sind, weniger Mitbestimmung und weniger Demokratie führten zu mehr Arbeitsplätzen.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das ist doch Unsinn! – Ewald Groth [GRÜNE]: Eindeutig! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von CDU und FDP)

– Herr Minister, genauso haben Sie das vorgetragen. Sie haben ja Gelegenheit, das klarzustellen, wenn es nicht so ist. Auf jeden Fall ist das bei uns so angekommen. Ich habe mich mit Kollegen Groth, bei dem das auch so angekommen ist, nicht abgesprochen. Wenn das der Fall wäre, hielte ich das wirklich für einen Skandal und würde Sie bitten, klarzustellen, dass Sie den Zusammenhang so nicht sehen.

Auch bei der Unterrichtung ging es oft ins Grundsätzliche. Das gilt zum Beispiel für das Freiheitsverständnis. Ich kann Ihnen nur sagen: Es gibt keine andere Partei als die SPD, die so für Freiheit steht und das in ihrer Geschichte bewiesen hat wie die Sozialdemokratie.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP: Freiheit vor Staat! – Marc Jan Eumann [SPD]: 150 Jahre! – Christian Lindner [FDP]: 1848 waren wir! – Heiterkeit)

– Jetzt sehen Sie aber ganz schön alt aus, Herr Lindner.

Es geht um eine grundsätzliche Frage der Mitbestimmung und hat mit Demokratie zu tun.

Ich nutze noch einmal die Gelegenheit, um klarzumachen, dass es zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das sind die Grundwerte der SPD – einen Zusammenhang gibt. Gibt es keine Solidarität und keine Gerechtigkeit, ist die Freiheit in ihrer Wirkung stark eingegrenzt.

Wir lassen uns als Partei der Freiheit nicht so darstellen, als gäbe es an der Stelle einen Widerspruch. Ganz im Gegenteil! Wir befinden uns 75 Jahre nach dem Ermächtigungsgesetz. Seinerzeit haben die Vorgängerorganisationen der Konservativen und Liberalen dem Gesetz zugestimmt. Unsere Vorgänger und Vorgängerinnen ...

(Lebhafter Widerspruch von CDU und FDP)

– Man muss das darstellen, weil es wichtig ist.

(Christian Lindner [FDP]: Kommunalwahlkampf!)

– Das hat mit Kommunalwahlkampf nichts zu tun. Dafür ist das Thema viel zu ernst, Herr Lindner. Diese Ernsthaftigkeit vermisste ich hier so oft, wenn es um Grundsätzliches geht, das unsere Demokratie ausmacht.

Wie gesagt: Vor 75 Jahren sind diejenigen, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben – das war die SPD; die Kommunisten waren schon aus dem Reichstag ausgeschlossen –, vielfach ins Gefängnis und ins KZ gegangen. Diejenigen, die zugestimmt haben, waren die Vorgängerorganisationen von Konservativen und Liberalen. Das muss man einfach einmal klarstellen.

Es geht darum, dass Mitbestimmung nicht irgend-etwas ist, nicht nur ein Wort.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen Mitbestimmung eingelöst wird. Dafür treten wir ein.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Passen Sie auf, Herr Lindner, ich habe noch neun Sekunden!)

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Herr Schultheis, ich werde mit Ihnen hier keinen Wettbewerb in der Frage beginnen, welche politische Grundrichtung mehr für Freiheit gestritten hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Das tun Sie ständig!)

Angesichts Zehntausender Liberaler, die seit dem Vormärz, seit der Revolution von 1848, auf den Barrikaden für Freiheit gekämpft haben, muss ich mir von Ihnen nicht sagen lassen, die SPD alleine sei Partei der Freiheit und habe die alleinige historische Leistung dabei erbracht, Freiheit für die Menschen zu erkämpfen. Den Wettbewerb halten wir als Liberale aus, lieber Herr Schultheis.

Zur Sache! Den Minister hier so grob misszuverstehen, wie Sie das getan haben, dazu gehört nicht nur ein fragwürdiger Wille, sondern auch viel Phantasie, die ich Ihnen konstatieren will.

Hier ist klar gemacht worden, dass sich der Politikansatz von Baden-Württemberg insgesamt – eben auch im Personalvertretungsrecht –, der stärker auf Freiheit und Erwirtschaften setzt, erfolgreicher für die Menschen ausgewirkt hat als das, was Sie an Politikergebnissen vorzuweisen hatten.

Man muss erkennen, dass jede Entscheidung – auch im Bereich der Mitbestimmung – Auswirkungen hat.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Als etwa die rot-grüne Regierung die Grenze für die Freistellung von Personalräten von 400 Beschäftigten auf 200 reduziert hat, sind real Arbeitsplätze verlorengegangen, weil viele Unternehmen mit 205 Arbeitnehmern gesagt haben: Wir beschäftigen lieber 199 Mitarbeiter und ein paar Zeitarbeitskräfte, damit wir die Freistellung eines Betriebsrates sparen.

Deshalb: Alles hat Auswirkungen.

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

– Ich bin gleich zu Ende, Frau Präsidentin.

Diesen Politikansatz insgesamt gilt es zu betrachten. Wir in Nordrhein-Westfalen sind jetzt auf einem Erfolgskurs, wie er uns schon in Bayern und Baden-Württemberg vorgelebt worden ist. Sie haben sich in die Vergangenheit aufgemacht – siehe heute Hessen und die Kooperation mit der Linkspartei. Dahin folgen wir Ihnen nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Kollegen Dr. Brinkmeier für die Fraktion der CDU. Der Kollege hat noch eine Redezeit von neun Minuten und 28 Sekunden. Bitte schön, Herr Kollege.

(Unruhe bei der SPD)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Seid schön brav, sonst rede ich noch länger. – Frau Präsidentin, für das Protokoll möchte ich nur feststellen, dass der Kollege Schultheis die Freie Demokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union in einen kausalen Zusammenhang mit dem Ermächtigungsgesetz gebracht hat. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich feststellen.

Ich stelle auch für das Protokoll fest, dass ich darüber keine künstliche Empörung gezeigt habe, wie Sie sich hier eben echauffiert haben. Ich habe eben zu TOP 1 gesagt: Wer laut wird, hat vielleicht ehrliche, emotionale Empörung oder fühlt sich im Unrecht.

Herr Kollege Schultheis, Sie sollten über die Worte, die Sie eben gesagt haben, noch einmal sehr deutlich nachdenken und sich ein bisschen mäßigen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das brauche ich gar nicht!)

– Herr Kollege Schultheis, ich spreche Sie an und möchte Sie um Ihr Gehör bitten.

(Anhaltende Unruhe und lebhafte Zu- und Gegenrufe von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise Sie darauf hin, dass der Kollege Dr. Brinkmeier das Wort hat, und bitte Sie alle um ein bisschen Mäßigung bei Ihren Gesprächen mit dem Nachbarn und bei Zwischenrufen, damit der Kollege Dr. Brinkmeier das an Sie adressieren kann, was er an Sie adressieren möchte. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Für die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne ist es sicherlich sehr interessant, hier zuzuhören.

Ich wiederhole es: Sie sollten es vermeiden, solche Zusammenhänge herzustellen, Herr Schultheis. Das ist keine Art. Das sage ich in aller Nüchternheit. Ich spiele mich nicht künstlich auf,

(Karl Schultheis [SPD]: Doch!)

sondern habe es eben so empfunden, dass Sie mit viel Wortschwall Eindruck zu schinden versuchen.

Meine Bitte an Sie bleibt, davon abzusehen, solche Vergleiche zu ziehen, damit wir in einem geordneten und pfleglichen Umgang unter Demokraten, die wir alle sind – das gilt zumindest für die, die ich im Moment hier im Raum sehe –, verfahren und einen ganz normalen Tagesordnungspunkt auch ganz normal abhandeln. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es schon bemerkenswert, Herr Groth und Herr Schultheis, welche Verrenkungen Sie vornehmen, um meine Darlegungen in ihr Gegenteil zu verkehren.

Ich habe deutlich gemacht – das möchte ich noch einmal unterstreichen –, dass es ganz offensichtlich kein Angriff auf die Mitbestimmung sein kann, wenn wir in den Hochschulen dasselbe Mitbestimmungsrecht zur Geltung bringen wollen, wie es für Städte und Gemeinden in Nordrhein-

Westfalen seit Jahren gilt, und zwar auch zu einer Zeit, als Sie noch politische Verantwortung hatten. In Nordrhein-Westfalen haben wir jetzt ein Mitbestimmungsrecht im öffentlichen Dienst, wie es seit Langem auf Bundesebene unter unterschiedlichen Regierungen – auch unter Rot-Grün – Gültigkeit hatte.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert. – Marc Jan Eumann [SPD]: Aber das ist doch weniger, als wir vorher hatten!)

Wir stehen zu dieser Form der Mitbestimmung – damit das ganz klar ist: nicht mehr und nicht weniger. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Präsidium sind keine weiteren Wortmeldungen angezeigt worden. – Da niemand protestiert, stelle ich fest, dass wir am Schluss der Beratung sind und zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/6863** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie mit dieser Vorgehensweise einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

4 Sofortige Beendigung des Probetriebs mit 45 Starts und Landungen auf der Haupt-Start- und -Landebahn des Flughafens Düsseldorf – Die Landesregierung muss den kommunalen Resolutionen folgen und darf die Kommunen beim Lärmschutz nicht im Stich lassen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6858

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Kollegen Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mitten in den Osterfe-

rien hatte der Verkehrsminister für anderthalb Jahre einen sogenannten Probetrieb am Flughafen Düsseldorf angeordnet und damit statt 40 Flugbewegungen 45 Flugbewegungen im sogenannten Einbahnbetrieb zugelassen. Dazu ist Folgendes festzustellen:

Erstens. Dieses Vorgehen führt zwangsläufig zu mehr Verspätungen, weil erst am Ende des Tages – mit erheblichen Lärmbelastungen verbunden – der nachlaufende Verkehr abgebaut wird.

Zweitens. Das Sicherheitsrisiko wird durch eine dichtere Abfolge der Flugbewegungen deutlich erhöht.

Drittens. Der Probetrieb widerspricht vier – ich betone: vier – Kapazitätsgutachten, von denen drei vom Flughafen selber in Auftrag gegeben worden sind. Sie alle haben ergeben, dass die maximale Zahl von Flugbewegungen pro Stunde im Einbahnbetrieb bei 37 liegt. Von Herrn Minister Witke ist dann ein fünftes Gutachten in Auftrag gegeben worden und kam – oh Wunder – zu einem anderen Ergebnis, nämlich dass man im Praxisbetrieb die Grenze von 45 Flugbewegungen ausloten müsse. Deshalb haben Sie den Probetrieb angeordnet.

Meine Damen und Herren, ein Probetrieb über anderthalb Jahre hat keinen Sinn. Alle Praktikerrinnen und Praktiker wissen, dass Sie innerhalb von ein oder zwei Monaten erproben könnten, was Sie angeblich nur in der Praxis erproben können, wenn Sie den durchgängigen Einbahnbetrieb anordnen würden. Dann könnte man für die gesamte Dauer feststellen, was sich im Mittel tatsächlich pro Stunde bewegen lässt.

Es geht Ihnen aber nicht um den Probetrieb, sondern wieder einmal darum, die Betriebsgenehmigung Stück für Stück faktisch auszuweiten. An dieser Stelle machen Sie einen – in Anführungsstrichen – „dauerhaften Versuch“ an den Menschen, indem Sie 45 Flüge durchsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieses Experiment mit den Bürgerinnen und Bürgern machen Sie 500 Tage lang. Ich hatte schon beschrieben, dass dies insbesondere zulasten der Abendzeiten geht. Diese Sichtweise vertreten nicht nur die Grünen oder die Initiativen, sondern auch die Kommunen. In folgenden Kommunen sind Sie durch entsprechende Beschlüsse kritisiert worden: am 10. April 2008 durch einen einstimmigen Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Meerbusch, am 22. April 2008 ebenfalls einstimmig durch den Rat der Stadt Ratingen und am 24. April 2008 durch den Rat der

Stadt Mülheim bei drei Gegenstimmen. Am 15. Mai 2008 hat der Rat der Stadt Krefeld einstimmig den sofortigen Stopp des von Ihnen angeordneten Probetriebs gefordert. Man höre und staune: Hier stimmten auch die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Herr Schittges und Herr Kaiser im Stadtrat zu.

Besonders spannend ist, was Ihr Parteifreund und Landtagskollege Wilhelm Droste aus Ratingen an Sie geschrieben hat. Laut der „Rheinischen Post“ wird er wie folgt zitiert:

„Die Bürgermeister der Nachbarstädte und viele Bürger, die tagtäglich vom Fluglärm betroffen sind, fühlen sich von dieser Entwicklung dennoch überrumpelt. Denn offenbar wurde keiner der Betroffenen vorher in diese Entscheidung eingebunden. Auch die Fluglärmkommission für den Flughafen Düsseldorf wurde nicht informiert.“

Weiter heißt es:

„Vielmehr mache sich unter Ratinger Anwohnern die Enttäuschung breit, dass angekündigte Maßnahmen zum Schutz der Nachtruhe zwischen 23 und 6 Uhr keine spürbaren Ergebnisse für die vom Lärm betroffenen Bürger gebracht hätten, schrieb Droste. Die Glaubwürdigkeit stehe auf dem Spiel.“

Meine Damen und Herren, in der Tat ist es äußerst berechtigt zu sagen, dass die Glaubwürdigkeit des Ministers in Luftverkehrsfragen auf dem Spiel steht. Ich behaupte, er hat sie verloren. Denn immer, wenn es um Lärmschutz geht, ist dieser Minister ein Ankündigungsminister, der sehr schnell behauptet, er würde Verbesserungen durchsetzen, der in der Praxis aber nichts an Verbesserungen durchsetzt. Sie setzen jeweils Verbesserungen zugunsten der Betreiber und Verschlechterungen für die Anwohnerinnen und Anwohner durch.

Am Anfang Ihrer Amtszeit haben Sie versprochen, die Dinge in einem Dialog durchzusetzen. In den Jahren 2005 und 2006 haben Sie noch einmal deutliche Verbesserungen für die Anwohnerinnen und Anwohner versprochen. Nichts, aber auch gar nichts ist davon bisher eingelöst worden. Stattdessen haben Sie nahezu alle Wünsche des Flughafens nach einem Kapazitätsausbau unterstützt.

Herr Minister, ich fordere Sie noch einmal auf, endlich den Menschen und nicht nur dem Flughafen und den Carriern entgegenzukommen. Bewegen sich auf die Menschen zu und machen Sie nicht solche Tricks wie hier mit den 45 Bewegun-

gen pro Stunde. Weder sollten Sie 45 Bewegungen wollen, noch wollen es Ihre eigenen Parteifreunde vor Ort. Die einstimmigen Resolutionen zeigen das. Die wollen etwas anderes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Brüning das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Hannelore Brüning (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal beraten wir über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der sich mit der Luftverkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Dieses Mal – wen wundert's? – geht es um den Flughafen Düsseldorf und um die genehmigte Durchführung eines Probetriebes, um die erforderliche Kapazität auf der südlichen Haupt-Start- und -Landebahn zu testen.

Dabei – so muss ich leider feststellen – machen Sie es sich sehr einfach, Herr Becker. Ihre Forderung – so entnehme ich Ihrem Antrag – zielt darauf ab, ein Gutachten erstellen zu lassen, ohne den Probetrieb abzuwarten. Man könnte heute fast vermuten, dass Sie die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens beschneiden wollten. Hat nicht auch in Ihrem Sprachgebrauch der Begriff „Probe“ etwas mit ausprobieren zu tun, also erst zu testen, dann über die Ergebnisse zu diskutieren, um dann letztendlich eine Entscheidung zu treffen? – Scheinbar pflegen Sie in Ihrer Fraktion eine andere Vorgehensweise. Dabei stelle ich mir die Frage, was Sie unter einem neutralen Gutachten verstehen. Zu Zeitplänen oder auch Ausschreibungen ist in Ihrem Antrag nichts zu lesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Gutachten dienen dazu, Entscheidungen vorzubereiten. Ich frage die Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Was ist denn, wenn das Gutachten zu dem Schluss käme, dass 45 Start- und Landevorgänge nicht die Kapazitätsgrenze überschreiten? Stellen Sie das Gutachten dann infrage und fordern ein weiteres Gutachten? – Ich kann mich nicht des Verdachtes erwehren, dass Sie sich hier der Unsitte bedienen und mit Gutachten und Gegengutachten bewaffnet versuchen, politische Entscheidungen hinauszuzögern und politische Entscheidungsträger gegeneinander auszuspielen. Abgesehen davon, dass wir dadurch einer Lösung nicht näher kommen und auch dem Anliegen der Anwohner des Flughafens nicht gerecht würden, sollten wir keine

Emotionen schüren, Herr Becker, sondern den Weg der sachlichen Auseinandersetzung pflegen.

Trotzdem sehen wir als CDU-Fraktion die Belastungen durchaus, denen die betroffenen Bürger ausgesetzt sind. Dafür haben wir großes Verständnis. Dem gilt auch unser ganzes Bemühen. Die Notwendigkeit von Lärmschutz und Lärmreduzierung ist unbestritten. Dies kann zum Beispiel über eine zielführende Gestaltung der Start- und Landeentgelte durch den Flughafen unterstützt werden. Ich nenne nur die Überlegung zu emissionsabhängigen Start- und Landegebühen, wie sie bei allen Flughäfen und bei den Gesellschaften schon an der Tagesordnung sind. Zwar ist es richtig, dass der Luftverkehr am Düsseldorfer Flughafen zugenommen hat. Demgegenüber zeigt sich aber beim Fluglärm eine gegenteilige Entwicklung. Darüber werden wir heute in einem weiteren Tagesordnungspunkt noch im Laufe des Nachmittags sprechen.

Selbstverständlich nehmen wir die Resolutionen der umliegenden Städte sehr ernst. Sie werden ganz sicherlich in unsere Beratungen einfließen. Aber ich sage heute an dieser Stelle ganz klar: Als Landtag Nordrhein-Westfalen haben wir auch Landesinteressen zu vertreten. Dazu gehören die wirtschaftliche Entwicklung, die Struktur, der Standort und ganz sicher auch die Arbeitsplatzsituation am Flughafen. Und gerade bei diesen Faktoren nimmt der Flughafen Düsseldorf eine ganz entscheidende Rolle ein. Wir können zur Kenntnis nehmen, dass in letzter Zeit 3.000 zusätzliche Arbeitsplätze am Flughafen Düsseldorf entstanden sind. Das untermauert immer wieder die Tatsache, dass wir Flughäfen als Jobmotoren sehen können.

Der Antrag wird heute ja nicht abschließend beraten. Er wird überwiesen an den Fachausschuss für Bauen und Verkehr. Dort werden wir uns über die unterschiedlichen Argumente noch austauschen. Ich freue mich auf diese Diskussion im Fachausschuss und bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Brüning. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Wißen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bodo Wißen (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Brüning, Sie müssen sich nicht bei den Grünen beschweren oder gar bei uns, dass wir ständig das Thema Luftverkehrspolitik/Fluglärmpolitik im Landtag von Nordrhein-

Westfalen behandeln müssen. Da müssen Sie sich offensichtlich bei Ihrem Minister, dem Fluglärmminister Oliver Wittke, beschweren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nachdem ich die Berechtigung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anerkannt habe, will ich mich aber auch sofort abgrenzen. Wir als SPD haben in der Tat eine verantwortliche Luftverkehrspolitik für Nordrhein-Westfalen gemacht und werden dies auch weiterhin tun. Wir suchen den Ausgleich der Interessen. Deswegen brauchen wir auch den Ausgleich aller Interessen. Frau Brüning, da ist es dann schon notwendig, dass man sich auch mit den eigenen Parteifreunden vor Ort – Herr Becker hat geschildert, wo überall entsprechende Resolutionen verabschiedet worden sind – einmal auseinandersetzt. Wenn man das sieht, dann kann man nicht mehr von irgendwelchen hyperempfindlichen Grünen oder so reden, sondern muss erkennen, dass ganz viele Ihrer eigenen Leute dabei sind.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Doppelstrategie!)

Aber den Grünen kann ich den Vorwurf einer gewissen Inkonsequenz nicht ersparen. Denn auch die Grünen haben nachweislich schon einmal hier im Plenum für Nordrhein-Westfalen gefordert, dass es nur drei oder allenfalls vier Flughäfen gibt. Das ist bei dieser Diskussion natürlich sehr interessant. Denn was passierte denn, wenn es nur drei Flughäfen in Nordrhein-Westfalen gäbe? – Dann gäbe es enorm viel Autoverkehr und vielleicht auch mehr Zugverkehr auf diese drei Flughäfen, und alles Flugaufkommen in Nordrhein-Westfalen, das ja gewaltig ist und auch gewaltige Zuwachsraten hat, würde sich auf diese drei konzentrieren. Ich möchte gar nicht wissen, wie dann die Belastung, auch in Düsseldorf, wäre. Die Grünen werden es jedenfalls nicht schaffen, egal mit welchem Konzept, den größten Flughafen in Nordrhein-Westfalen dicht zu machen. Also: Sie sind hier inkonsequent.

Wir als SPD tragen wesentliche, auch grundsätzliche Teile des Antrages der Grünen nicht mit. Wir wollen unbedingt einen Dialog mit dem Bürger. Den muss natürlich der Herr Minister führen, aber das hat er offensichtlich überhaupt nicht geleistet.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Wißen, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Bodo Wißen (SPD): Ich möchte weiter ausführen. – Wir stehen für eine dezentrale Luftverkehrsstruktur, weil – das wird Sie interessieren, Herr Becker – damit die Belastungen dezentral zu tragen sind. Sie

massieren die Belastungen dann nicht in der Weise, wie es wäre, wenn man

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ihren Anträgen folgen würde und es nur drei Flughäfen in Nordrhein-Westfalen gäbe, sondern bei einer dezentralen Luftverkehrsstruktur müssten alle die Belastungen tragen.

Aber die CDU – auch darauf ist bereits hingewiesen worden – ist nicht besser. Im Landtag vertreten Sie die industriepolitischen Interessen Nordrhein-Westfalens, fordern also bestimmte Projekte im Energiesektor, zum Beispiel Kohlekraftwerke oder auch den Eisernen Rhein, und vor Ort unterschreiben Sie Listen

(Achim Tüttenberg [SPD]: Und organisieren den Widerstand dagegen!)

und reden in Ihren Räten so, als wenn Sie mit der ganzen Geschichte nichts zu tun hätten. Das ist, gelinde gesagt, nicht in Ordnung.

(Beifall von der SPD)

Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Landtagsabgeordnete, die jetzt gar nicht anwesend sind, die nicht einmal die Traute haben, im Plenum der Debatte zu folgen, vor Ort Petitionen gegen den Probetrieb des Ministers unterschreiben und den dicken Hermann machen.

(Beifall von der SPD)

Die CDU ist entschieden unentschieden. Das zeichnet sie aus, und das sieht man an der Politik, die sie vor Ort betreibt, im Gegensatz zu der Politik, die sie im Landtag vertritt. Sprechen Sie mit Ihren CDU-Kollegen vor Ort. Holen Sie die Beteiligten an einen Tisch. Das ist ja eigentlich das, was Sie, Herr Minister, versprochen haben. Sie hatten gesagt, Sie wollten Luftverkehrspolitik im Dialog machen. Aus dem Dialog ist offensichtlich ein Monolog geworden – das muss man leider feststellen –, und zwar auf Kosten der Kommunen. Da haben Sie ja die entsprechende Quittung von Ihren eigenen Parteikollegen bekommen.

Frau Brüning, es ist typisch, dass Sie immer auf die Rolle anderer verweisen. Mal ist der Bund für die Vermeidung von Lärm verantwortlich, mal ist es, wie jetzt, der Flughafen. Das geht so nicht. Sie müssen schon zu Ihren eigenen politischen Entscheidungen stehen. Sie müssen Ihre Verantwortung wahrnehmen. Wenn Sie sagen, Sie wollen einen Dialog mit den Kreisen und den umliegenden Gemeinden, dann müssen Sie in diesen auch eintreten.

Sie brauchen ein transparentes Verfahren. Der Minister hat ein objektives Verfahren versprochen. Wir meinen, bevor eine Betriebsgenehmigung erteilt werden kann, muss ein klares, transparentes, objektives Instrument vorliegen. Nur dann kann es zu einer Erweiterung der Betriebsgenehmigung oder zu solchen Probetrieben kommen. Dann kommt es auch nicht mehr zu solchen Anträgen der Grünen, liebe Frau Brüning. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Rasche das Wort, dem ich bei dieser Gelegenheit persönlich zum Geburtstag gratulieren darf. Ein schöner Tag und jetzt eine schöne Rede! Bitte, Herr Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident, ganz herzlichen Dank für die netten Glückwünsche! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem sich die Grünen mit einer ganzen Serie von Anträgen bereits am Flughafen Köln/Bonn abgearbeitet haben, ist nun der Flughafen Düsseldorf dran, und das mit gleich zwei Tagesordnungspunkten am heutigen Tag. Der grüne Feldzug, lieber Herr Becker, gegen die nordrhein-westfälischen Flughäfen geht somit weiter und somit auch der Feldzug gegen den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Karneval kommt erst noch!)

In bekannter Manier wird wieder mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten operiert, werden mit völlig unseriösen Behauptungen die Ängste der Bürger geschürt. Man darf gespannt sein, Herr Becker, welcher Flughafen als nächster für Sie im Vordergrund steht, mit neuen populistischen Vorwürfen und Halbwahrheiten.

(Horst Becker [GRÜNE]: Bei Ihnen fällt mir Paderborn ein!)

Es ist wirklich ein Kriegszug – das ist nicht übertrieben –, von dem man sprechen kann, den Sie gegen die gesamte Luftverkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen führen.

Auf jedem Flughafen gibt es einen Konflikt zwischen den berechtigten Schutzinteressen der Anwohner auf der einen Seite und den Interessen des Luftverkehrs und damit den Interessen von Wirtschaft, Arbeitsplätzen und Wohlstand in unserem Lande auf der anderen Seite.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Becker?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Aber klar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Herr Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Kollege, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag. Der kommt auch von Herzen. Gleichwohl möchte ich Sie Folgendes fragen: Gehen Sie davon aus, dass in den vier Räten, von denen ich in meiner Rede gesprochen habe, auch FDP-Politikerinnen und -Politiker waren, die diese Resolution unterstützen haben, oder gehen Sie davon aus, dass in diesen Räten keine FDP-Kollegen von Ihnen sitzen? Meinen Sie, wenn Sie davon ausgehen, nicht auch, dass Sie mit dieser Problematik etwas anders umgehen müssten?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Wir gehen mit der Problematik in der Weise um, dass wir die jeweiligen Interessen fair und vernünftig miteinander abwägen. Sie wollen nicht abwägen. Sie machen in diesem Hohen Hause Stadtrats- und Kreistagspolitik. Wir machen Landespolitik. Das ist der Unterschied, lieber Herr Becker.

(Beifall von der FDP)

Gerade der Flughafen Düsseldorf bietet ein hervorragendes Beispiel dafür, wie dieser äußerst schwierige Spagat zwischen den unterschiedlichen Interessen gelingen kann. Durch die neue Betriebsgenehmigung vom 9. November 2005 sind mehr als 2.000 neue Arbeitsplätze am Flughafen entstanden. Zugleich sind aber die Schallschutzmaßnahmen für die Anwohner nochmals erheblich ausgeweitet worden.

Ein Bestandteil der aktuellen Betriebsgenehmigung ist eine Öffnungsklausel, die dem Flughafen ermöglicht, die Kapazität der Hauptstart- und -landebahn auch im Einbahnbetrieb auf 45 Flugbewegungen in der Stunde zu erhöhen. In einem Gutachten ist bestätigt worden, dass 45 geplante Bewegungen im Einbahnbetrieb möglich sind.

(Horst Becker [GRÜNE]: Vier Gutachten sagen etwas anderes, drei davon vom Flughafen!)

Das wird von den Grünen jedoch völlig bestritten. Ohne jeglichen sachlichen Nachweis behaupten Sie, das Gutachten von AVISTRA sei unseriös. Wenn hier, lieber Herr Becker, etwas unseriös ist, dann die Behauptung in dem Grünen-Antrag, das

Sicherheitsrisiko und die Anzahl riskanter Durchstartmanöver würde deutlich erhöht.

(Horst Becker [GRÜNE]: Natürlich!)

Das ist kompletter Unsinn, Herr Becker. Dies ist reine Bangemacherei der Bürgerinnen und Bürger. Das ist mal wieder der typische grüne Politikansatz, die Angst der Menschen zu schüren, um am Ende selber davon zu profitieren. Die Kapazität einer Start- und Landebahn ist ein hochkomplexes Thema und von sehr vielen Faktoren abhängig.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Eben, Herr Rasche!)

Deshalb kann doch kein vernünftig denkender Mensch etwas dagegen haben, diese Kapazität empirisch im Rahmen eines Probetriebes zu ermitteln. Es ist doch der einzige mögliche und richtige Weg, bei einem Probetrieb festzustellen, ob es Probleme gibt und, wenn ja, wie man dann handelt oder wie man diese löst. Das ist genau der richtige Weg; ich glaube auch, der einzig mögliche. Dann wird sich herausstellen, wie viele Flugbewegungen pro Stunde tatsächlich möglich sind. Deshalb ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass die Landesregierung einen Probetrieb veranlasst hat.

Die Koalition stellt sich der schwierigen Aufgabe, die Interessen von Anwohnern mit den Interessen von Wirtschaft und Arbeitsplätzen abzuwägen.

Die Grünen stellen sich dieser Aufgabe nicht. Die Grünen sind ein hohes Risiko für den Wirtschaftsstandort, für die Arbeitsplätze und für den Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Sie waren es, Sie sind es und Sie werden es in der Oppositionsrolle aus rein strategischen Gründen wohl bleiben, Herr Becker. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich mit einer Vorbemerkung beginnen: Herr Kollege Wißen, ich finde es abenteuerlich, dass Sie sich hier als Robin Hood des Lärmschutzes aufführen und so tun, als hätte nicht die SPD jahrzehntelang die Verantwortung in diesem Land getragen.

Es waren die Verkehrsminister Ihrer Partei, die zugelassen haben, dass Propellermaschinen von über 9 t nachts am Düsseldorfer Flughafen starten

und landen durften. Es waren sozialdemokratische Verkehrsminister, die nicht darauf gedrungen haben, dass die in den von ihnen erteilten Betriebsgenehmigungen vorgesehenen Lärmschutzpakete auch tatsächlich vom Flughafenbetreiber eingehalten wurden.

(Beifall von der CDU)

Da bedurfte es erst eines christdemokratischen Verkehrsministers in diesem Land, um dafür zu sorgen, dass die Lärmschutzpakete aus Betriebsgenehmigungen vorhergehender Regierungen und Jahre auch tatsächlich umgesetzt werden.

(Bodo Wißen [SPD]: Was regen Sie sich dann so auf, Herr Minister?)

Zu den Zeiten der Vorgängerregierungen hätten wir Ihre Worte gerne gehört. Dann wären Sie heute glaubwürdig mit Ihrem Plädoyer für mehr Lärmschutz.

(Beifall von der CDU – Bodo Wißen [SPD]: Reden Sie einmal mit Ihren Leuten!)

Dem vorliegenden Antrag liegen offenbar Annahmen zugrunde, nach denen der von mir gestattete Probetrieb die Belastung der Flughafenumgebung durch Fluglärm in unzulässiger Weise erhöhen und die Sicherheit des Flugbetriebes am Flughafen Düsseldorf vermindern würde. Die Antwort auf diese Behauptungen ist einfach. Erstens sind diese Annahmen unzutreffend. Zweitens sind die Forderungen nach der sofortigen Beendigung des Probetriebes und der Einholung eines neutralen Kapazitätsgutachtens unbegründet.

Wie stellt sich die Sachlage tatsächlich dar? – Durch die Genehmigung vom 9. November 2005 wurde die Anzahl der im Voraus planbaren Zeitnischen für die Nutzung der Hauptstart- und -landebahn bei Nichtnutzung der Parallelbahn auf 40 Slots pro Stunde festgesetzt. Der Antrag der Flughafengesellschaft auf 45 Slots wurde von mir abgelehnt.

Warum? – Wie aus der Begründung der Genehmigung vom 9. September 2005 ersichtlich ist, gab es bei der Genehmigungsbehörde seinerzeit Zweifel, ob 45 geplante Flugbewegungen auf einer Start- und Landebahn unter den Bedingungen der Praxis überhaupt stattfinden können. Die Genehmigungsbehörde konnte diese Möglichkeit jedoch nicht ausschließen. Deshalb erklärte sie eine Erhöhung des Koordinierungsseckwertes um bis zu fünf Slots pro Stunde für zulässig, wenn – ich zitiere wörtlich –:

... belegt wird, dass die Kapazität der Hauptstart- und -landebahn ausreicht, auch für diese

zusätzlichen Flugbewegungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen Verkehrsüberhänge abzuwickeln, die aufgrund nicht planbarer exogener, verkehrsbedingter Parameter auftreten. Die Anforderungen an den Nachweis sind mit der Genehmigungsbehörde abzustimmen.

Nach dieser Genehmigung hängt die Zulässigkeit der Erhöhung des Stundeneckwertes auf 45 Slots ausschließlich davon ab, ob die zusätzlichen fünf Flugbewegungen unter Praxisbedingungen umgesetzt werden können. Ein Wiedereintreten in einen alle Belange betreffenden Abwägungsprozess ist deshalb überhaupt nicht notwendig, Herr Becker. Was jetzt passiert, ist eine zwangsläufige Folge der Betriebsgenehmigung, die im November 2005 erteilt wurde. Das ist überhaupt nichts Neues.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Becker?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Nein, ich möchte gerne im Zusammenhang ausführen, Herr Präsident.

In die Abwägung aller betroffenen Belange, die zu der Genehmigung vom 9. November 2005 geführt hat, sind die Auswirkungen der fünf zusätzlichen Slots pro Stunde auch im Hinblick auf die Fluglärmbelastung sowie die Risikoabschätzung bereits einbezogen worden.

Das Oberverwaltungsgericht – das mag Ihnen schmecken oder nicht, Herr Becker – hat das Abwägungsergebnis in seinem Urteil vom Mai 2007 abschließend gebilligt. Noch einmal: Eine erneute Abwägung ist somit überhaupt nicht mehr erforderlich. Es geht nur noch um den geforderten Nachweis einer Einbahnkapazität von 45 Slots.

Man hat nun zwei Alternativen: Entweder verlässt man sich auf ein vorgelegtes Gutachten. Ich habe überhaupt keinen Zweifel an der Richtigkeit und Angemessenheit des Gutachtens, das der Flughafenbetreiber vorgelegt hat. Oder man verifiziert die Ergebnisse noch einmal in Praxistests und überprüft, ob das, was im Gutachten theoretisch nachgewiesen wurde, auch in der Praxis Bestand haben wird.

Ich habe mich für den zweiten Weg entschieden. Wir sind nicht von heute auf morgen von 40 auf 45 Slots hochgegangen. Vielmehr wollen wir den Koordinierungseckwert in einem längerfristigen Versuch – Sie kritisieren ja auch, dass er anderthalb Jahre dauern soll – schrittweise um jeweils

einen Slot erhöhen, um den Nachweis zu führen, dass das in der Praxis tatsächlich möglich ist.

Ich glaube, dass das eine sehr zielgerichtete, seriöse und vor allem angemessene Vorgehensweise ist. Es werden nicht in einem Hauruckverfahren 45 beantragte Slots sofort genehmigt. Es muss vielmehr der Nachweis geführt werden, dass 45 Slots überhaupt möglich sind, und zwar in der Theorie wie in der Praxis. In der Praxis geschieht das zudem nicht von heute auf morgen, sondern schrittweise. Darum ist der Test auf anderthalb Jahre angelegt.

Ich stelle fest, dass versucht wird, eine Schlacht, die wir eigentlich schon Ende 2005 geschlagen haben, noch einmal zu schlagen. Damals gab es eine neue Betriebsgenehmigung. Das Oberverwaltungsgericht hat uns in allen Punkten dieser Betriebsgenehmigung bestätigt. Das mag Ihnen schmecken oder nicht, Herr Becker. Aber wir sind es von Ihnen schon gewohnt, dass Sie alte Kammellen immer wieder aufwärmen. Eine solche haben Sie dem Hohen Hause heute vorgelegt. Ich hoffe, dass wir uns im entsprechenden Ausschuss noch ausführlicher austauschen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister.

Der Kollege Becker hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Da die Regierung um 49 Sekunden überzogen hat, Herr Becker, stehen Ihnen noch 47 Sekunden zur Verfügung, weil Sie Ihre Redezeit selbst um zwei Sekunden schon überzogen hatten.

Horst Becker (GRÜNE): Ich hätte mich nicht gemeldet, Herr Kollege Rasche und Herr Minister Wittke, wenn Sie nicht um zwei Fakten sehr ausführlich herumgeredet hätten. Erstens reden Sie immer von dem einen Gutachten. Es gibt aber insgesamt fünf Gutachten. Vier davon sagen ganz eindeutig, dass die Kapazitätsgrenze im Einbahnbetrieb unter 40 Slots liegt. Ein Gutachten – das letzte, das Sie eingeholt haben – sieht das anders. Vier Gutachten stehen einem gegenüber. Drei von den vier Gutachten hatte der Flughafenbetreiber selbst in Auftrag gegeben.

Der zweite Fakt, um den Sie sich beide immer herumdrücken, wenn sie reden – Frau Brüning sowieso; denn das ist Ministerium light, wenn Frau Brüning redet –,

(Widerspruch von der CDU)

ist die Frage, warum eigentlich Ihre eigenen Parteifreunde, Herr Schittges und Herr Kaiser – ich hatte Sie genannt – hier aus dem Landtag, die alten Kamellen, wie Sie es nennen, aufwärmen. Die haben nämlich die Resolution zur Einstellung des Probebetriebes gestellt, wie Sie ihn hier durchführen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 5.

Wir kommen zur Abstimmung. Der **Antrag Drucksache 14/6858** soll an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr überwiesen** werden. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

5 Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4582

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen und Verkehr
Drucksache 14/6455

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6912

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Kollegen Sahnen das Wort.

Heinz Sahnen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetz zur Bildung von Immobilien- und Standortgemeinschaften wird den Händlern, Grundeigentümern und den Städten ein neues Instrument an die Hand gegeben. Dieses Gesetz ist ein sinnvoller und innovativer Weg, um vor allem innerstädtische Geschäftsquartiere zu entwickeln, zu fördern und aufzuwerten.

Die Initiative zur Bildung eines Business Improvement Districts – BID genannt – sollte vor allem von den Händlern und Grundeigentümern eines bestimmten Quartiers ausgehen. Hierzu ist ein

breiter Konsens notwendig, um die langfristige Unterstützung einer Immobilien-Standort-Gemeinschaft sicherzustellen.

Der Gesetzentwurf sieht daher eine Sperrminorität von mehr als 25 % der betroffenen Eigentümer oder Erbbauberechtigten vor, die notwendig ist, um der Errichtung einer ISG zu widersprechen. Spricht sich also eine Mehrheit von 75 % oder mehr für die Einrichtung einer ISG aus, kann der Stadtrat einen Satzungsbeschluss zur Gründung eines BID herbeiführen.

Zentraler Teil dieser Satzung ist die Verpflichtung, dass für die Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Maßnahmen dann eine zweckgebundene Abgabe von Grundeigentümern und Händlern erhoben werden kann.

Mit der verbindlichen Grundlage zur Finanzierung von selbst festgelegten Aktivitäten wird vor allem dem Trittbrettfahrertum entgegengetreten. Der Verwaltungskostenanteil für die Stadt wird per Gesetz auf 3 % der Gesamtsumme festgelegt.

Das neue Gesetz wird auf der Grundlage einer Novelle des Bundesbaugesetzes vom 1. Januar 2007 ermöglicht und ist bereits in den Ländern Hamburg, Hessen, Schleswig-Holstein und Bremen umgesetzt. Bei uns in Nordrhein-Westfalen wurden in 22 Pilotprojekten Erfahrungen gesammelt, die im Gesetzentwurf Berücksichtigung finden.

Mit dem neuen Gesetz wird vor allem den Geschäftsleuten ein Instrument an die Hand gegeben, auf freiwilliger Basis – das ist ein wichtiger Punkt – und durch Eigeninitiativen ihren Standort zu stabilisieren und attraktiver zu gestalten.

Kaufleute und Hauseigentümer können durch einen mehrheitlichen Beschluss in einem eindeutig definierten Bezirk Maßnahmen zur Wertsteigerung ihrer Geschäfte und Immobilien und zur Steigerung des Umsatzes ergreifen. Die gemeinsam definierten Maßnahmen zur Sauberkeit, zur Sicherheit, zu Marketing und Werbung, zur Stadtmöblierung oder zur Fassadengestaltung werden solidarisch angegangen und gelten dann aber auf der Grundlage einer Satzung für alle Beteiligten als verbindlich. Wenn für ein bestimmtes Quartier eine BID-Satzung beschlossen worden ist, ist jeder Partner verpflichtet, sich finanziell zu beteiligen.

Die gesetzliche Grundlage durch das Land ist erforderlich, um den Städten und Gemeinden eine rechtliche Grundlage für ein kommunales Satzungsrecht zu verschaffen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf wurde im Ausschuss Bauen und Verkehr von allen Fraktionen grundsätzlich begrüßt; der Entschließungsantrag von SPD und Grünen wurde hingegen von der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt.

Der Gesetzesentwurf wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratungen sehr intensiv vorbereitet. Zum einen konnte man, wie schon erwähnt, auf positive und negative Erfahrungen aus 22 Modellversuchen zurückgreifen, zum anderen wurde die Anhörung, die am 11. Dezember 2007 hier im Hause stattgefunden hat, eingehend berücksichtigt. Man kann an verschiedenen Punkten belegen, dass im vorliegenden Entwurf mehrere Hinweise aus der Anhörung aufgenommen worden sind.

Der Entschließungsantrag von SPD und Grünen fordert die Landesregierung dazu auf, einen breit angelegten Modellversuch für die Einführung von Immobilien- und Standortgemeinschaften für den Bereich Wohnen umzusetzen. Die CDU-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir wollen zu Housing-Gemeinschaften erst Erfahrungen sammeln. Deshalb unterstützen wir die Initiative des Ministeriums für Bauen und Verkehr, zunächst einmal mit wenigen Pilotprojekten zu starten.

Zu den sogenannten HIDs gibt es bisher keine verwertbaren Erfahrungen. Unser Weg ist, in Modellversuchen Erfahrungen zu sammeln und dann nach einer Auswertung gegebenenfalls einen notwendigen gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Im Übrigen wurde in der schon erwähnten Anhörung zum Ausdruck gebracht, dass Erfahrungen mit Immobilien- und Standortgemeinschaften, also Hausgemeinschaften, nicht ohne Weiteres auf Wohnquartiere zu übertragen sind.

Fazit: Der vorliegende Gesetzesentwurf ist ausgewogen, mit vielen Partnern – insbesondere mit den kommunalen Spitzenverbänden – abgestimmt und fand bei Enthaltung der Opposition die breite Zustimmung des Ausschusses für Bauen und Verkehr.

Klar ist, dass das Gesetz Händlern und Grundeigentümern in bestimmten Quartieren Chancen eröffnet. Sie haben die Möglichkeit, gemeinsam ihre Umgebung aufzuwerten und so auch einen innerstädtischen Bereich als attraktive Alternative zum Geschäftszentrum auf der grünen Wiese, der eigentlichen Konkurrenz von innerstädtischen Gemeinschaften und Quartieren, zu präsentieren.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzesentwurf zu und lehnt den Entschließungsantrag von SPD und Grünen ab.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sahnen. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Ruff-Händelkes.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Sahnen hat dankenswerterweise schon Einzelheiten des Gesetzesentwurfs erklärt, sodass ich mich darauf nicht weiter beziehen muss.

Dieses Gesetz zur Bildung von Immobilien- und Standortgemeinschaften soll den gesetzlichen Rahmen für die Initiativen vor Ort in einem räumlich begrenzten Bereich schaffen. Und das ist ganz wichtig: Es gilt für innerstädtische Geschäftsbereiche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen alle, dass es diese Standortgemeinschaften schon seit 2003 gibt. Bis 2006 waren es 20, bis heute sind es offiziell 22. Darüber hinaus haben sich einige Kommunen auf den Weg gemacht, ganz ähnliche Wege zu beschreiten, um innerstädtische Bereiche aufzuwerten. Ziel ist für alle die Planungssicherheit für private Initiativen, die – das ist ganz wichtig – in Zusammenarbeit mit der entsprechenden Kommune erfolgen sollen. So weit, so gut. Wir begrüßen das als SPD-Fraktion ausdrücklich.

Aber wie ich eben ausgeführt habe, beschränkt sich das Gesetz auf die Geschäftszentren. Das reicht uns nicht. Wir wollen eine Ausweitung auf den Wohnungsbereich, und ich will Ihnen auch sagen, warum.

Spätestens seit die Landesregierung das sogenannte Pestel-Gutachten in Auftrag gegeben hat, ist deutlich geworden, dass es vor allem im Ruhrgebiet, aber auch in anderen Teilen des Landes sehr wichtig ist, Wohnungsbestände und das Wohnumfeld zu verbessern, das heißt aufzuwerten, um Leerstände zu vermeiden und Abwanderungsbewegungen entgegenzuwirken.

Die von uns geforderten Immobilien- und Standortgemeinschaften des Wohnens, sogenannte HIDs, sind dazu geeignet. Auch hier wird mit privaten Initiativen ein Rahmen gesetzt, und zwar wieder in enger Abstimmung mit den Kommunen. Der Minister wird sicher gleich darauf hinweisen: Dazu gibt es in Nordrhein-Westfalen bisher zwei offizielle Modellprojekte in Köln und Dortmund. Dazu gleich!

Herr Minister Wittke, ich fordere Sie auf, einmal mit denjenigen zu sprechen, die sich schon etwas

länger im Bereich Stadtentwicklung tummeln. Sie werden Ihnen bestätigen, dass wir in Nordrhein-Westfalen einmal Vorreiter im Bund für diesen Bereich waren. Heute zeigt uns leider die Hansestadt Hamburg, wie es funktionieren kann.

Meine Damen und Herren, jetzt zu den eben genannten Modellversuchen in Dortmund und Köln. Eigentlich hat der Minister – ich habe, glaube ich, genau zugehört – in der letzten Fachausschusssitzung durchblicken lassen, dass er vier weitere Kommunen im Boot hat. Aber mit welchem Ziel? Geht es um Geschäftsimmobilien, um Wohnimmobilien oder um beides?

Herr Minister Wittke, wenn Sie für die von uns im Antrag geforderte Ausweitung auf den Bereich der Wohnimmobilien Sympathie zeigen, dann lassen Sie uns in weiteren Modellkommunen, die dann von Ihnen auch offiziell benannt werden, Erfahrungen sammeln. Willensbezeugungen im Ausschuss reichen nicht. Es ist wichtig, wie es auch die allermeisten Fachleute in der Anhörung deutlich gemacht haben, dieses Instrument auszuweiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht ist es wirklich ein mühsamer Weg, so wie es der Minister angedeutet hat, die Beteiligten, die Eigentümer von Wohnungen, an einen Tisch zu holen. Dass es sich lohnt, kann man aber am Beispiel von vielen Wohnungsunternehmen sehen. Initiativen unter dem Begriff „Stadtrendite“ stärken den Stadtteil nicht nur für die Bewohner, sondern steigern den wirtschaftlichen Wert. Ich kann mich erinnern, hier vor anderthalb Jahren gestanden und zu Herrn Minister Wittke gesagt zu haben: Reisen bildet. – Er war damals in den USA, und da kam unser erster Vorstoß zu den Standortgemeinschaften.

Ich würde Ihnen jetzt raten, lieber Herr Minister: Reisen Sie doch einmal durch Nordrhein-Westfalen! Eröffnen Sie den Städten und Gemeinden im Land, die ganz unterschiedliche Ansätze und Problemlösungen vorzuweisen haben, die Möglichkeit der Praxiserprobung. Die Kommunen warten darauf.

Meine Damen und Herren, wir werden uns bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung enthalten, weil wir ihn nicht für ausreichend erachten. Natürlich stimmen wir dem Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und unserer Fraktion zu. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Ruff-Händelkes. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute ein Gesetz beschließen, das große Chancen für die Entwicklung unserer Innenstädte bietet und zudem breite Zustimmung im Landtag und in den Städten unseres Landes findet. Die bisherigen Initiativen zur Aufwertung der Geschäftszonen reichen oft nicht aus. Viele Städte forderten weitere Instrumente für eine bessere Entwicklung ihrer Zentren.

Da uns die positiven Erfahrungen in vielen anderen Ländern, zum Beispiel in den USA, und ebenso gute Erfahrungen in anderen Bundesländern überzeugt haben, kommen wir dieser Forderung gerne nach. Mit dem Einsatz von Business-Improvement-Districts, kurz gesagt BID, geben wir den Bürgern, Geschäftsbetreibern und Eigentümern in unseren Städten eine neues Stadtmarketing-Werkzeug an die Hand, um dauerhaft die Stadtzentren aufzuwerten.

In der durchgeführten Anhörung erhielt der Gesetzentwurf breite Zustimmung. Kleinere Anregungen wie die Beschränkung der gemeindlichen Kostenpauschale für den Aufwand der Kommunen auf maximal 3 % haben wir mit unseren Änderungen berücksichtigt. Nach unserer Auffassung sollten die Kommunen jedoch in der Regel zugunsten eines erfolgreichen Projektes auf eine eigene Kostenpauschale verzichten.

Erfahrungen zu Housing-Improvement-Districts, kurz HID, also zu einer Erweiterung auf Wohnquartiere, gibt es bislang in Deutschland nur in Hamburg. Diese Erfahrungen reichen nicht aus. Deshalb werden wir zunächst die Ergebnisse der Modellprojekte in Nordrhein-Westfalen bewerten, bevor eine gesetzliche Verankerung von HIDs erfolgen kann.

Der Unterschied zur Opposition wird wieder einmal deutlich: Bei CDU und FDP gilt der Grundsatz „Qualität vor Schnelligkeit“. Das Gesetz ist gut. Es trifft auf breite Zustimmung im Land. Schade, dass sich die Opposition zu keiner Zustimmung durchringen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, was wir heute mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sehen. Das will ich ganz deutlich

am Anfang sagen. Ich habe das auch schon im Ausschuss geäußert. Es ist allerdings aus unserer Sicht ein etwas mutloser Schritt. Denn das, was wir in den letzten zweieinhalb, drei Jahren diskutiert haben und was immerhin zu einer Meinungsänderung bei dieser Regierung geführt hat, hätte aus unserer Sicht eigentlich zu einer weiter gehenden Meinungsänderung führen müssen. Wir hinken wieder ein Stück weit hinter der Entwicklung hinterher.

Ich erkenne aber ausdrücklich an, Herr Minister, dass Sie lernfähig sind vor dem Hintergrund, dass Sie Ende 2005 noch gesagt haben, ein solcher „bürokratischer Unsinn“ käme mit Ihnen nicht nach Nordrhein-Westfalen.

(Minister Oliver Wittke: In der Tradition meines Vorgängers!)

– Nein, eben nicht.

(Minister Oliver Wittke: Doch!)

Ich sage Ihnen direkt etwas dazu, was Intention Ihres Vorgängers war. Er hat den ersten bundesweiten BID-Kongress in Nordrhein-Westfalen stattfinden lassen. Vorher hat er einen sehr erfolgreichen Modellversuch durchgeführt, der in Nordrhein-Westfalen die Grundlagen gelegt hat. Sie hätten an dem Punkt direkt anknüpfen können, als Sie Minister geworden sind. Da sind nämlich in Nordrhein-Westfalen 21 Immobilien- und Standortgemeinschaften auf freiwilliger Basis entstanden.

Insofern muss man sagen: Ehre, wem Ehre gebührt. – Nordrhein-Westfalen war damals vorneweg in der Bundesrepublik. Nordrhein-Westfalen ist jetzt eben nicht mehr vorneweg. Nordrhein-Westfalen liegt nun hinter Hamburg, das den Weg der Standortgemeinschaften für Wohnimmobilien geht.

Innerhalb der Koalition mag man unterschiedliche Meinungen haben – ich glaube, da liegt in Wahrheit auch der Hase im Pfeffer –, aber hinsichtlich der Probleme in Nordrhein-Westfalen – die Kollegin Ruff-Händelkes hat an der Stelle völlig zu Recht auf das Pestel-Gutachten hingewiesen – muss man feststellen, dass wir eigentlich schon einen Schritt weiter hätten gehen müssen.

Um auch das zu sagen: Ein Modellversuch in Dortmund und ein Modellversuch in Köln nützen Ihnen für Standortgemeinschaften für Wohnimmobilien nur begrenzt. Denn wenn Sie das in wenigen Jahren auswerten, dann haben Sie nichts zu den Mittel- und Kleinstädten. Wir haben aber lernen müssen, dass es aufgrund des demografischen Wandels ganz erhebliche Probleme gibt

und dass man eigentlich das Instrument der Standortgemeinschaften haben müsste, um da etwas zu bewegen.

(Beifall von Monika Ruff-Händelkes [SPD])

Ich will also ganz deutlich sagen: Wir sind heute an einem Punkt, an dem wir Sie zu Ihrer Einsichtsfähigkeit beglückwünschen müssen. Wir sind heute an einem Punkt, an dem ich sage: Reisen hat in diesem Fall offensichtlich gebildet, auch wenn die Reise nach Amerika ging, von der Sie geläutert zurückgekommen sind. Ich würde Sie im Gegensatz zur Kollegin Ruff-Händelkes nicht dazu auffordern, mehr durch NRW zu reisen. Mit Blick auf Ihre Politik glaube ich, dass Sie hier bis jetzt nicht genug haben lernen können.

(Gerhard Lorth [CDU]: Unverschämtheit!)

Ich würde Sie vielmehr gerne dazu auffordern, nach Hamburg zu reisen und dann unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Diese beiden Dinge zusammen könnten einen ähnlichen Aha-Effekt auslösen wie seinerzeit Ihre Reise in die USA. Ich glaube, das wäre eine gute Sache für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zwei Vorbemerkungen:

Erstens. Herr Kollege Becker, das ist kein mutloser Schritt, sondern es ist ein weitreichender Schritt, den wir heute gehen, und es ist vor allem ein Schritt, den wir gemeinsam mit der kommunalen Familie und den Akteuren gehen. In der Tat: Wir haben uns mit dem Gesetz viel Mühe gegeben. Das ist nicht mal eben so zwischen Kaffee und Abendbrot entstanden. Vielmehr bringen wir hier heute eine Entwicklung zum Abschluss, die viele Diskussionen und Modelle vor Ort und viele unterschiedliche Versuche beinhaltet hat. Darum ist es ein richtiger und ein großer Schritt.

Zweitens. Jawohl, reisen bildet. Man sollte auch nach Hamburg reisen. Insbesondere sollte man dort das Verwaltungsgericht aufsuchen. Denn vor dem Verwaltungsgericht Hamburg werden zurzeit von unterschiedlichen Business Improvement Districts und auch Housing Improvement Districts Klagen geführt. Wir wollen diese Klagen abwarten, weil wir Sicherheit für die Akteure haben und nicht mal eben schnell etwas hinrotzen wollen.

Wir wollen, dass diejenigen, die mit im Boot sein sollen, nämlich die Akteure der Immobilienwirtschaft und die Akteure seitens der Haus- und Grundeigentümer, Rechtssicherheit haben hinsichtlich dessen, was hier geschieht.

Was passiert jetzt mit diesem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften? Ja, es ist wahr: Wir binden hier zusammen, was zusammengehört. Wir machen aus Profiteuren Akteure. Denn wir wollen nicht nur, dass diejenigen, die es angeht, mitfinanzieren, sondern wir wollen insbesondere, dass diejenigen, die es angeht, konzeptionell mitarbeiten. Das ist etwas Neues. Denn damit gibt die Kommunalpolitik ein Stück weit Kompetenz und, wenn Sie so wollen, auch ein Stück weit Macht ab. Wir wollen, dass Masterpläne, dass Entwicklungspläne gemeinsam und nicht mehr nur von der öffentlichen Hand erarbeitet werden. Wir wollen, dass diejenigen, die es angeht, auf kommunaler Ebene mitbestimmen. Und wir wollen auch, dass sie sich finanziell beteiligen.

Jetzt können Sie sagen, das sei alles schon in den 21 Modellversuchen geschehen und eigentlich nichts Neues. Ja, richtig. Es ist gut, dass es diese Modellversuche gab, es ist gut, dass wir auf dem aufbauen konnten, was an ersten Schritten – zugegebenermaßen: von meinem Vorgänger – eingeleitet wurde. Aber das reicht nicht aus. Denn wir haben festgestellt, dass in keinem einzigen Fall einer Immobilienstandortgemeinschaft der Anteil derer, die sich auf freiwilliger Basis beteiligt haben, bei über 20 % lag. Oder wenn Sie es umgekehrt haben wollen: In jedem Fall gab es einen Anteil von Trittbrettfahrern, der bei über 80 % lag.

Wir wollen mehr Verbindlichkeit in diese Angelegenheit bringen. Darum haben wir diesen Gesetzesentwurf eingebracht, den – Herr Becker, hören Sie jetzt gut zu! – mein Vorgänger sich nicht auf den Weg zu bringen traute.

(Gerhard Lorth [CDU]: So ist es! – Horst Becker [GRÜNE]: Ah!)

Michael Vesper wollte keine gesetzliche Regelung, er wollte auf der freiwilligen Stufe verweilen. Wir haben uns entschlossen, mehr Verbindlichkeit hineinzubringen. Falls Sie es richtig provokativ haben wollen – vielleicht gelingt es mir ja noch, Sie zum Zuhören zu bewegen, Herr Kollege Becker –:

(Horst Becker [GRÜNE]: Niemals!)

Es ist eine bürgerliche Koalition, die hier Mut zur Planung hat, während die vorhergehende rot-grüne Landesregierung in dieser Frage mutlos war.

(Beifall von CDU und FDP)

Genau so, wie wir es mit den Immobilienstandortgemeinschaften machen, werden wir es mit den Wohnimmobilien machen. Wir werden zuerst in einer Phase des Modells und des Versuchs ausprobieren, worauf wir Rücksicht nehmen müssen. Wir wollen vor allem von Anfang an die Akteure mit einbinden. Wir wollen nicht von oben etwas überstülpen, sondern wir wollen von unten etwas wachsen lassen.

Es gibt nicht nur die drei Modellversuche in Dortmund, in Köln und in Wuppertal, von denen Sie gesprochen haben. Vielmehr wollen wir darüber hinaus eine Vielzahl von Modellverfahren in diesem integrierten Erfahrungsaustausch von Parallelbeispielen begleiten, beispielsweise in Königswinter, in Castrop-Rauxel, in Unna, in Herne, in Viersen und in Hamm.

Ich glaube, dass das genau der richtige Weg ist. Wenn man Menschen davon überzeugen will, mitzugestalten, wenn man die Immobilienwirtschaft mit ins Boot holen will, dann kann man ihnen das nicht per Gesetz vorschreiben, sondern dann muss man sich zuerst einmal der Mühe unterziehen, Überzeugungsarbeit zu leisten. Genau das wollen wir in den kommenden Monaten und Jahren machen. Danach können wir uns gerne über einen zweiten Schritt unterhalten, ob nämlich aus diesem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften für Business-Bezirke künftig eine entsprechende gesetzliche Regelung für Housing-Bezirke resultiert. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse erstens über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/6455** abstimmen. Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzesentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist für diese Empfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die SPD und die Grünen. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6912**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer

enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

6 Exzellenzinitiative II benötigt eine breite Debatte

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6006

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Drucksache 14/6639

Ich weise darauf hin, dass dieser Antrag gemäß § 79 Abs. 2 Ziffer b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen wurde mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgt. Diese liegt nunmehr vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Dr. Boos das Wort. – Die Kolleginnen und Kollegen darf ich um ein bisschen mehr Ruhe bitten, damit die Rednerin jetzt Gelegenheit hat, die Meinung ihrer Fraktion vorzutragen. – Bitte schön, Frau Kollegin Boos.

Dr. Anna Boos (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die abschließende Debatte am 24. April im Fachausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat leider nicht zu einem einvernehmlichen Votum für diesen Antrag geführt. Die im Verfahren der Exzellenzinitiative I aufgetretenen Mängel, nämlich die Nichtbeachtung unterschiedlicher Ausgangsbedingungen, das Übergewicht der technischen und naturwissenschaftlichen Fächer und die regionale Unausgewogenheit, werden offensichtlich durch Landesregierung und Landtagsmehrheit verdrängt.

Im Jahr 2009 werden Bund und Länder auf der Grundlage eines Evaluationsberichtes zum Exzellenzprogramm über dessen Fortsetzung nach 2011 entscheiden. Bereits im Oktober 2007 haben sich die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern grundsätzlich für eine Fortführung ausgesprochen.

Für die erste und zweite Förderlinie stehen für die im Wettbewerb erfolgreichen NRW-Hochschulen

350 Millionen € bis 2011 zur Verfügung. Hiervon muss das Land Nordrhein-Westfalen 87,5 Millionen € erbringen. Wir müssen feststellen, dass der Anteil des Landes nicht auskömmlich finanziert ist und die im Wettbewerb erfolgreichen Universitäten durch das MIWFT zur Eigenbeteiligung angehalten werden.

Bundesweit wurden neun Zukunftskonzepte von Universitäten ausgezeichnet, also neun Exzellenzhochschulen ausgewählt. Prof. Winnacker, der ehemalige DFG-Präsident, fordert, den Kreis der Exzellenzhochschulen zu reduzieren. Er sagt, die Zahl von neun Hochschulen sei zu hoch. Insofern ist die seitens des Ministeriums angekündigte Phalanx von Spitzenuniversitäten in Nordrhein-Westfalen unrealistisch. Das bestätigt auch das letzte CHE-Ranking, das erneut eindrucksvoll feststellt, dass es eine über alle Fächer hinweg exzellente Hochschule nicht gibt und wohl auch nur im absoluten Ausnahmefall geben könnte.

Schwerpunkt der Exzellenzaktivitäten muss deshalb der Aufbau weiterer Exzellenzcluster und Graduiertenschulen sein und eine damit verbundene Exzellenzinitiative Lehre. Hier stimmen wir dem ebenfalls vorliegenden Antrag zum Thema „Exzellenz in der Lehre“ von Bündnis 90/Die Grünen voll und ganz zu. Auch hochschulübergreifende Exzellenzcluster und die Einbeziehung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen müssen möglich sein.

Wir erwarten deshalb durch Sie, Herr Minister Pinkwart, die rechtzeitige Vorlage eines Konzepts, mit dem die Landesregierung in die Verhandlungen über die Ausgestaltung der Exzellenzinitiative II im Jahr 2009 eintreten wird. Nur ein mit den Hochschulen abgestimmtes Konzept bietet Gewähr dafür, dass die Interessen Nordrhein-Westfalens erfolgreich wahrgenommen werden können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Boos. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPD-Antrag beschäftigt sich sehr wohl mit einem Zukunftsthema, der Exzellenzinitiative, ist aber trotzdem nach unserer Ansicht vor allem in der Argumentation und den Folgerungen und damit in der Antragstellung an sich rückwärts gewandt. Wir sollten festhalten, dass die Exzellenzinitiative II grundsätzlich schon im Oktober letzten Jahres beschlossen worden ist. Natürlich – das ist richtig – werden die Rahmenbe-

dingungen in den kommenden Wochen festgelegt, aber die Grundstruktur wird bleiben. Warum sollten wir die dritte Förderlinie preisgeben – das ist die Kernforderung Ihres Antrags –, wenn es in Nordrhein-Westfalen Universitäten gibt, die durchaus die Chance haben, beim nächsten Mal auf dem Siebertreppchen zu stehen?

Ich möchte noch einmal verdeutlichen, was Kind Ihr Antrag ist und einige Passagen daraus zitieren. Eine Überschrift lautet: „Kooperation ... statt Konkurrenz“. Wir halten dagegen: Kooperation und Konkurrenz. Der Wettbewerb muss sein. Für uns ist der Wettbewerb ein wesentliches Ziel. Dies schließt nicht aus, dass man kooperiert. Darüber haben wir schon bei zwei vorhergehenden Tagesordnungspunkten diskutiert.

All das zeigt wieder einmal, dass Sie nicht gewillt sind, einen echten Wettbewerb zuzulassen. Dann frage ich mich natürlich, warum Frau Bulmahn als seinerzeitige Forschungsministerin den Titel „Deutschland sucht die Superuni“ aufgelegt hat. Sie wollte das wohl nicht wettbewerbsfähig machen und selbst suchen. Von daher ist es wohl ganz gut, dass wir einen fachlich orientierten Wettbewerb zulassen, auch wenn in der ersten Runde durchaus regional erhöhte Siegeschancen vorhanden waren. Wir arbeiten daran und wollen unsere Hochschulen darin unterstützen, es besser zu machen.

Sie haben in Ihrem Antrag auch geschrieben, dass ein Abschluss am Standort X weniger wert ist als am Standort Y. Dann muss ich fragen: Wo leben Sie denn? Sind wir nicht realistisch genug, klar zu sehen, dass sich zum Beispiel Arbeitgeber darüber unterhalten, an welcher Hochschule man seinen Abschluss gemacht hat? Als ob alle gleich wären! Es ist doch unrealistisch, das anzunehmen. Natürlich gibt es Unterschiede. Die sind auch gewollt. Unterschiede werden nur dann ungerecht, wenn die Rahmenbedingungen ungleich sind. Wir wollen aber gute Rahmenbedingungen schaffen.

Ich warne Sie davor, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sich allzu sehr auf Unterschiede in den Rahmenbedingungen zu kaprizieren. Die haben Sie über die letzten Jahrzehnte nämlich selbst geschaffen. Ich nenne nur das Stichwort Gesamthochschule.

(Beifall von der CDU)

Weiter ist mir ein Satz in Ihrem Antrag sehr sauer aufgestoßen. Sie haben geschrieben: Die Spaltung der Gesellschaft in diesem Zusammenhang ist von der Landesregierung gewollt. – Das halte ich für ein Unding.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Schwachsinn!)

Auch hier könnte ich mich wieder richtig toll aufregen. Ich bin aber Westfale und bleibe etwas ruhiger. Doch möchte ich auch hier so reagieren wie bei Tagesordnungspunkt 3: Bitte mäßigen Sie Ihre Worte! Ich sage es einmal ganz nüchtern: Ich glaube nicht, dass Sie ernsthaft meinen, dass die Landesregierung oder die sie tragenden Fraktionen eine Spaltung der Gesellschaft in dieser Hinsicht wollen. Versuchen Sie, Ihre Anträge in dieser Hinsicht besser zu schreiben!

(Zuruf von Ursula Meurer [SPD])

Die Debatte um die Exzellenzinitiative II soll mit der um die Föderalismusreform II verbunden werden. Das ist ein schöner Gedanke, aber in unseren Augen eine unrealistische Forderung. Sie wissen, es geht bei der Debatte um die Föderalismusreform II in erster Linie um die Finanzverflechtungen zwischen Bund und Ländern. Das Thema ist so kompliziert, dass wir alle darüber in Pension gehen werden. Sie haben auch nur die Forderung aufgestellt, aber ein konkreter Vorschlag ist im Antrag nicht zu finden. Im Ausschuss können wir darüber nicht mehr diskutieren, denn wir schließen die Beratung ja heute ab. Aber das können wir gerne bei anderer Gelegenheit tun.

Sie haben in Ihrem Antrag auch geschrieben:

„Die Exzellenzinitiative war der Versuch, eine moderne Variante der Förderung von Spitzenforschung einzuführen, die beide Aspekte berücksichtigt.“

Da geht es um breite Akademisierung einerseits und Forschung auf höchstem Niveau andererseits. Wir von der CDU haben kein Problem damit. Aber – ich sage es noch einmal – Sie von der SPD sind im Innersten – wir spüren es immer wieder – gegen jede Art von Wettbewerb, weil Sie Gleichheit wollen, auch keinen Unterschied zwischen Gewinnern und Verlierern. Dass die Hochschul- und Forschungslandschaft gerade durch Wettbewerb insgesamt besser wird, das wollen Sie nicht erkennen. Das markiert das Rückwärtsgewandte Ihrer Politik. Darum lehnen wir Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Für die Fraktion der FDP spricht Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann nahtlos an den Beitrag des Kollegen Dr. Brinkmeier anknüpfen. Auch

wir als FDP-Fraktion werden diesen Antrag ablehnen. Es gäbe jetzt eine ganze Menge aus den Beratungen im Ausschuss hier in Erinnerung zu rufen, ich will mich aber auf zwei Argumente konzentrieren.

Das erste Argument ist, dass die antragstellende Fraktion hier darstellt, der finanzielle Erfolg, der mit der Exzellenzinitiative verbunden ist, sei zu gering. Ich will aufzeigen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen in den zwei Förderlinien immerhin 125 Millionen und 225 Millionen € für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt bekommen bzw. durch Landesmittel kofinanziert haben. Das ist die beachtliche Summe von immerhin 350 Millionen €.

Zuzustimmen ist der Fraktion der SPD, dass diese finanzielle Förderung im Vergleich etwa zum Aufkommen aus Studienbeiträgen nicht so groß ist. Die Studienbeiträge leisten gewiss einen größeren Beitrag zur besseren Finanzierung unseres Hochschulwesens. Aber die immerhin 350 Millionen € bedeuten in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte eine beachtliche Schwerpunktsetzung, um die Forschungsergebnisse in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und neue zu stimulieren.

Zum Zweiten wird von der Fraktion der SPD vorgebracht, dass dieser Exzellenzwettbewerb eine viel zu große Kluft in die Hochschullandschaft bringe. Im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen wie der leistungsorientierten Mittelvergabe sprechen Sie gar von einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Hier liegt nach unserer Auffassung ein grundsätzliches Missverständnis hinsichtlich der Arbeit im Wissenschaftsbereich zugrunde. Die ist nämlich konstitutiv vom Wettbewerbsprinzip geprägt. Nur durch den Wettbewerb von Forschern, ihren Ergebnissen und Methoden ist Fortschritt überhaupt möglich. Gerade in Zeiten knapper Kassen brauchen wir das Wettbewerbsprinzip, weil dieses dafür Sorge trägt, dass diejenige Stelle in der Hochschullandschaft über das meiste Geld verfügt, die am besten mit Geld wirtschaftet. Würde man nur mit der Gießkanne das Geld verteilen, dann würden auch weniger Engagierte und weniger Qualifizierte Mittel erhalten. Wir wollen aber, dass die Besten Geld bekommen, damit sie noch besser werden. Der positive Effekt, der sich dadurch ergibt, ist, dass auch diejenigen, die bislang noch so leistungsfähig waren, sich selbst ganz anders motiviert sehen können, selbst aufzuholen, ihre eigene Leistungsfähigkeit kritisch zu hinterfragen und dann zu verbessern.

Wettbewerb ist also ein Entdeckungsverfahren für Potenziale. Wettbewerb ist letztlich auch gerechter als jede zentrale Zuteilung. Alles andere als

Wettbewerb ist politischer Willkür ausgesetzt. Wettbewerb, zumal wenn eine unabhängige Jury nach klaren Regeln auf die Vergabe der Mittel im Wettbewerb achtet, ist Garant für Fairness.

Allein schon wegen dieser Unterscheidung in der Grundphilosophie der Forschungsförderung können wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen. Er verweist auf ein staatszentriertes, verwaltungsorientiertes Denken im Wissenschaftsbereich, das nicht für beste Ergebnisse steht, sondern nur für verteilungspolitische Instrumente einer im Übrigen überholten Strukturpolitik. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um ein Missverständnis auszuräumen: Wir Grüne haben uns von Anfang an für die Exzellenzinitiative eingesetzt. Denn wer hätte wohl etwas dagegen, dass neues Geld, mehr Geld für die Spitzenforschung nach Nordrhein-Westfalen fließt? Ich erinnere daran, dass die ersten Blockierer im Bundesrat 2004 damals aus den Reihen der CDU-geführten Länder kamen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wir halten im Übrigen auch wettbewerbliche Förderinstrumente für sinnvoll, Herr Lindner: als Anreiz für wissenschaftliches Engagement und kreative Impulse. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein solcher Wettbewerb muss auf einer fairen Basis, auf fairen Rahmenbedingungen beruhen. Deshalb, Herr Dr. Brinkmeier, wird die Exzellenzinitiative eben nicht von einem breiten Konsens der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen getragen. Das muss man einfach feststellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Wahrnehmung scheint mir doch sehr getrübt. Es gibt eine ganze Reihe von Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, die das nicht so sehen und die den jetzt abgeschlossenen Wettbewerb sehr kritisch betrachten und kommentieren. Diese Hochschulen sagen sehr deutlich: Die Exzellenzinitiative führt zu einer weiteren Spaltung der Hochschullandschaft in gut ausgestattete und in schlecht ausgestattete Hochschulen.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der neue Rektor der Universität Duisburg-Essen, Herr Prof. Radtke, hat kürzlich sogar bei seiner Antrittsrede davon gesprochen, dass die Hochschulen in unter-

schiedlichen Ligen spielen: in der ersten, zweiten oder gar dritten Liga.

In diesem Zusammenhang gibt es eine weit verbreitete Furcht: Wenn wir die Finanzierung unserer Hochschullandschaft in NRW so weiterlaufen lassen wie bisher, befördern wir eine Trennung zwischen sogenannten exzellenten Forschungshochschulen und reinen Lehranstalten.

Kritisch beurteilt wird die Ausweitung der leistungsorientierten Mittelverteilung, die sich überwiegend an der Forschungsleistung orientiert, insbesondere in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern.

Kritisch beurteilt wird auch die Rücknahme staatlicher Verantwortung durch das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz, wodurch eine ausgleichende und gerechte Landesplanung quasi unmöglich geworden ist.

Insofern unterstützen wir das Anliegen der SPD-Fraktion, eine kritische Auswertung und Evaluierung der Exzellenzinitiative I vorzunehmen.

Ich finde es wichtig, dass hierüber eine Debatte mit allen nordrhein-westfälischen Hochschulen geführt wird. Dazu gehört im Übrigen auch die Diskussion der Frage, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, in weitere Zukunftskonzepte zu investieren, oder ob es nicht im Sinne einer Breitenwirkung besser ist, zum Beispiel die Förderlinie der Exzellenzcluster zu stärken.

Herr Minister Pinkwart, Sie haben eine Evaluierung angekündigt, die auf Bund-Länder-Ebene ausgewertet werden soll. Wir erwarten, dass dabei das Meinungsbild der nordrhein-westfälischen Hochschulen erfasst wird und einfließt.

Im Antrag der SPD-Fraktion fehlt uns aber ein ganz wichtiger Punkt – ich habe das auch schon im Ausschuss gesagt und möchte das an dieser Stelle noch einmal betonen –: Vollständig unberücksichtigt bleibt bei der Exzellenzinitiative, wie sie jetzt angelegt ist, die zweite Säule des Wissenschaftsbereiches, nämlich die wissenschaftliche Lehre. Wir wollen, dass frühzeitig sichergestellt wird – ich habe das heute Morgen auch schon gesagt –, die Exzellenzförderung in der Lehre ab 2011 als weitere Förderlinie zu integrieren.

Ihre Begründung, lieber Herr Lindner, dass sich die Studierenden die Qualität der Lehre in den Hochschulen durch Studiengebühren erkaufen sollen – das haben Sie eben gesagt –, während für die Forschung zusätzliche öffentliche Mittel fließen, ist aus unserer Sicht ein Skandal.

Um es ganz deutlich zu machen: Den Ansatz des Stifterverbandes, die Lehre durch eine eigene Minixzellenzinitiative zu fördern, halten wir nicht für richtig. Wir wollen keine „Exzellenzförderung light“, wie die „ZEIT“ diesen Vorschlag bereits im Januar 2008 bewertet hat. Wir wollen die Integration der Lehre in die bestehende Exzellenzinitiative. Während Bund und Länder für die Exzellenzinitiative in der Forschung insgesamt 1,9 Milliarden € lockergemacht haben, geht es bei der Kofinanzierung des Pendants, der Lehre, lediglich um 5 Millionen €, also um weniger als 0,3 % dieser Summe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Forschung und Lehre sind die beiden Säulen des deutschen Wissenschaftsbetriebes. Die Argumentation, den Lehrbetrieb über Studiengebühren zu finanzieren, ist schon armselig. Herr Lindner, es kann nicht sein, dass immer mehr öffentliche Mittel in die Forschung fließen, während unsere Studierenden trotz Studiengebühren schlecht betreut sind, in maroden Gebäuden auf der Fensterbank sitzen und durch Massenvorlesungen geschleust werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Das haben doch Sie zu verantworten!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es in jüngster Zeit in Deutschland eine – von Bund und Ländern gemeinsam abgestimmte – großartige, erfolgreiche Initiative gab, dann ist das aus meiner Sicht eine: die Exzellenzinitiative!

(Beifall von CDU und Christian Lindner [FDP])

Sie ist auch deshalb so erfolgreich gewesen, weil die Länder, die von FDP und CDU gemeinsam oder von der Union allein regiert wurden, im Bundesrat seinerzeit gemeinsam darauf hingewirkt haben, dass die Exzellenzinitiative eben nicht so aussieht, wie der damalige Bundeskanzler sich das vorgestellt hat, dass nämlich die Politik in Berlin auf der Landkarte selbst definiert, wer in Deutschland Elite ist, um dann einige Hochschulen entsprechend zu etikettieren, sondern einen vernünftigen Wettbewerb organisiert, der die unterschiedlichen Stärken unserer Universitäten zum Tragen bringt, und zwar in der Breite wie in

der Spitze. Erst dadurch konnten wir neben der Auszeichnung von Zukunftskonzepten die Exzellenzcluster und Graduiertenschulen als Teil des Wettbewerbs bekommen. Das ist ein Erfolg der Regierungsfraktionen und ihrer Parteien, die sich auch in den anderen Ländern und im Bund dafür eingesetzt haben.

(Beifall von der CDU)

Frau Boos, wir konnten durch die Ausgestaltung des Wettbewerbs genau das verhindern, was Sie heute kritisieren. Das wäre eingetreten, wenn Frau Bulmahn die Dinge so umgesetzt hätte, wie der damalige Bundeskanzler sich das vorgestellt hat. Das ist aber nicht geschehen. Vielmehr ist der Wettbewerb hinreichend breit, aber auch ehrgeizig angelegt.

Der Wettbewerb kann auch schon deshalb nicht ruinös angelegt sein, weil für ihn nicht vorhandene Mittel neu verteilt worden sind, sondern weil von Bund und Ländern zusätzliche Mittel in erheblichem Umfang, nämlich rund 2 Milliarden €, in das deutsche Hochschulsystem gekommen sind, damit Spitzenforschung in Zukunft noch wirksamer betrieben werden kann. Das ist kein ruinöser, sondern qualifizierender Wettbewerb, wie man ihn sich besser gar nicht vorstellen könnte.

Natürlich muss er auch evaluiert werden. Aber das brauchen Sie nicht zu beantragen – das ist damals schon beschlossen worden. Im Rahmen der Exzellenzinitiative haben sich Bund und Länder darauf verständigt, dass der Wettbewerb, der einen Förderzeitraum von insgesamt rund sechs Jahren umfasst, im Jahre 2009 umfassend evaluiert wird und dass im Lichte der Ergebnisse auch Folgemaßnahmen geprüft werden.

Wenn Sie mich fragen, wie wir uns aus heutiger Wahrnehmung weiter in den Prozess einbringen werden, kann ich Ihnen nur sagen: Aufgrund unserer Beobachtungen in Nordrhein-Westfalen – nach der zweiten Runde haben wir mit Bayern 13 erfolgreiche Anträge durchbringen können – würde ich mir sehr wünschen – so habe ich mich bisher eingelassen, auch in der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern –, dass wir diese Exzellenzinitiative in einer nächsten Runde fortsetzen können, damit die jetzigen Sieger die Chance haben, ihre hervorragenden Projekte weiter betreiben zu können, wenn sie sich als erfolgreich erwiesen haben, und damit andere, die beim letzten Mal noch nicht zum Zuge gekommen sind, erneut die Chance haben, ihre Potenziale einzubringen und in Zukunft noch wirksamer gefördert zu bekommen.

Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Kuhmichel heute Morgen schon in einer anderen Debatte, die wir zum Thema „Hochschule“ führen konnten, vorgetragen hat und die Ruhr-Universität Bochum angeht, und den Mitgliedern dieses Hohen Hauses auch aus meinen persönlichen Eindrücken in Gesprächen mit Mitgliedern dieser Hochschule sagen:

Gerade am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum wird deutlich, welche großartige Wirkung ein solcher Wettbewerb entfalten kann. Wir haben das schon vor einem Jahr, als die Wettbewerbsergebnisse bekanntgegeben wurden, festgehalten: „Bochum“ zählt zu den jüngsten Universitäten in Deutschland. Sie war in der ersten Runde mit einer Graduiertenschule erfolgreich. Und die Ruhr-Universität Bochum hat es als eine der ganz wenigen Universitäten in Deutschland geschafft, mit einem Zukunftskonzept in die Endrunde zu kommen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Im Übrigen ist die Ruhr-Universität Bochum in Nordrhein-Westfalen neben den großen und traditionsreichen Universitäten außer Aachen die einzige Universität, die es bis in die Endrunde geschafft hat. Obwohl sie es trotz der exzellenten Bewertung in diesem Fall noch nicht geschafft hat, schon einen Zuschlag zu bekommen, hat die Hochschule danach nicht etwa den Kopf in den Sand gesteckt, sondern gesagt: Das ist für uns der Startschuss, daran zu arbeiten, noch besser zu werden und weitere Projekte voranzubringen. Erst das hat es uns gemeinsam mit Dritten erlaubt, der Hochschule jetzt zusätzliche Förderung angedeihen lassen zu können.

Das zeigt ganz deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Exzellenzinitiative ist die Grundlage dafür, dass unsere Hochschulen – wenn sie sich anstrengen; das tun sie Gott sei Dank – in Zukunft bessere Chancen bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Deshalb komme ich zur Abstimmung. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/6639**, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/6006 abzulehnen. Wer will dieser Empfehlung folgen? – Das sind CDU und FDP. Wer will dieser Empfehlung nicht folgen? – Das ist die Fraktion der SPD. Ent-

hält sich jemand? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit haben wir ein eindeutiges Ergebnis zur Kenntnis genommen. Die Empfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt.

Wir kommen zu:

7 25 % können nicht schwimmen!
Das Schulschwimmen darf nicht untergehen! Schwimmunterricht in Qualität und Quantität sichern!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6860

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Groth das Wort.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Groth kann schwimmen, er ist Rettungsschwimmer. Wir Grüne kämpfen dafür, dass ich nicht zu einer aussterbenden Spezies gehöre. Wir wissen nämlich, dass 25 % – die DLRG setzt das noch viel höher an – der Kinder, wenn sie im vierten Schuljahr sind, nicht schwimmen können.

(Unruhe – Glocke)

Beim Übergang ins fünfte Schuljahr kann jedes vierte Kind nicht schwimmen. Die DLRG setzt diese Quote bei 33 % an. Meine Damen und Herren, das ist ein Fiasko. So war das früher nicht in Nordrhein-Westfalen. Wir haben noch alle schwimmen gelernt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die DLRG, der Deutsche Schwimm-Verband und der Bundesverband Deutscher Schwimmmeister haben das Problem erkannt. Auch die Landesregierung merkt langsam, wohin der Fisch schwimmen muss. Die Initiative „QuietschFidel“, die für Innenminister Wolf eine reine PR-Aktion ist, wird natürlich unterstützt. Aber es reicht nicht, in den Zeitungen nur nette Fotos zu haben, sondern man muss tatsächlich etwas tun. Dazu gehört nicht nur eine Konzeption, sondern dazu gehört auch ausreichend Geld für den Schwimmunterricht für Kinder in einem Alter, in dem sie noch schwimmen lernen können.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vom Schulministerium gibt es gute Ansätze: Es werden Sommerkurse veranstaltet. Aber auch dort – das muss man der Landesregierung vorhal-

ten – stehen insgesamt nicht ausreichend Mittel zur Verfügung.

Es gibt also akuten Handlungsbedarf, meine Damen und Herren. Die Versorgung des Schulschwimmens mit Lehrerinnen und Lehrern, die überhaupt Schwimmunterricht erteilen können, muss verbessert werden.

Wir brauchen ein Wasserflächenmanagement. Ein gutes Beispiel ist die Landeshauptstadt Düsseldorf. Wir hatten dort auf unserer Fachtagung in einem Vortrag erfahren, dass man die Belegung sogar ins Internet gestellt hat, damit Schulen sehen können, wo noch Wasserflächen frei sind, wo sie ihre Kinder zum Schwimmenlernen hinbringen können. Meine Damen und Herren, das muss Schule machen in ganz Nordrhein-Westfalen.

Wir brauchen den Neubau und die Sanierung von Schwimmbädern. Dort, wo ein Bedarf ist, muss das Land den Kommunen helfen. Was macht das Land aber stattdessen? – Das Land kürzt die Zuweisungen an die Kommunen. Sie fleddern sozusagen die kommunalen Finanzen. Wenn am Ende die Schwimmbäder auch noch dicht gemacht werden, werden Sie fragen: Was sollen wir jetzt machen? – Sie werden sagen: Jetzt machen wir keinen Schwimmunterricht mehr, sondern die Kinder sollen alle auf der roten Aschenbahn ein bisschen Laufen lernen. – Meine Damen und Herren, so jedenfalls stellen wir Grüne uns die Problemlösung nicht vor.

Was wir brauchen, ist die Unterstützung für qualifiziertes Personal. Was aber tun Sie in der Landesregierung? – Sie schaffen den Extraetat für die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Bereich Sport ab. Sie packen alles in einen Topf. Damit ist gar nichts mehr garantiert, meine Damen und Herren.

Was muss garantiert werden? – Wir brauchen die Rettungsfähigkeit, die heute ein Lehrer/eine Lehrerin nur erklärt. An der Stelle wollen wir eine Nachschulung. Wir wollen, dass innerhalb von vier Jahren – spätestens nach fünf Jahren – die Rettungsfähigkeit nachgewiesen wird. Wir brauchen eine Ausbildung in Qualität. Wir brauchen sozusagen Didaktik und Methodik im Erstschwimmunterricht. All das fehlt unseren Lehrerinnen und Lehrern.

Meine Damen und Herren, Sie wissen schon, was wir die Landesregierung im Sportausschuss gefragt haben: Wie viel Lehrschwimmbekkenkapazitäten stehen eigentlich welchem Bedarf gegenüber? – Die Antwort der Landesregierung: Das können wir nicht sagen, das wissen wir nicht.

Nächste Frage: Wie viele Lehrkräfte erteilen eigentlich Schwimmunterricht in Nordrhein-Westfalen? Wie viele davon fachfremd? – Meine Damen und Herren, was kann man von dieser Landesregierung erwarten? – Antwort: Das wissen wir nicht. Interessiert uns auch nicht richtig! Wir wollen es lieber nicht wissen, weil wir wissen, dass es ein Fiasko ist.

Nächste Frage: Wie viele Schülerinnen und Schüler werden im ersten Schulhalbjahr 2008 insgesamt im Schwimmen unterrichtet? Wie viele Schülerinnen und Schüler pro Schule und Stufe konnten davon schwimmen? – Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung lautet – Sie werden es nicht glauben –: Das wissen wir nicht, und wir wollen es auch lieber gar nicht wissen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwartet von diesem Hohen Haus, dass es die Landesregierung auffordert, eine Konzeption vorzulegen, wie wieder alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen in der vierten Klasse Schwimmen lernen. Darauf aufbauend soll die Landesregierung ein Handlungskonzept vorlegen, das dieses Ergebnis auch wirklich sicherstellt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie Ihre Redezeit nicht voll ausgeschöpft haben. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, findet heute noch ein Festakt statt. Deshalb lautet meine herzliche Bitte an Sie, mit der Zeit wie mit etwas Kostbarem umzugehen.

Nun hat für die CDU-Fraktion Herr Müller das Wort.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! „25 % können nicht schwimmen!“, so heißt der Titel des Antrags. Ich möchte zwei Sätze daraus zitieren:

„2005 beschloss beispielsweise der Schwimmverband NRW die Resolution ‚Kinder müssen schwimmen lernen‘, um auf die Defizite in diesem Bereich hinzuweisen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.“

Das war zur Zeit, als laut Ihrer Aussage alle noch schwimmen konnten, Herr Groth. Damit haben wir schon einmal den ersten Verursacher festgestellt. – In Ihrem Maßnahmenkatalog heißt es:

„Der Landtag stellt fest, dass das Schwimmenlernen in NRW wieder einen hohen Stellenwert erhalten muss.“

Genau daran arbeiten wir. Das Schwimmen hat eine hohe Priorität. Übrigens kennen auch wir die Zahl von 25 %. Wir alle wissen, dass tödliche Schwimmunfälle die zweithäufigste Todesursache bei Kindern und Jugendlichen sind. Diesem Problem stellen sich die Landesregierung und die sie tragende Koalition durchaus – übrigens nicht erst seit Ihrem Antrag.

Im Jahr 2006 hat die Landesregierung ein Gutachten bei Prof. Kurz und Dr. Fritz in Auftrag gegeben, um sich auf wissenschaftlicher Basis mit diesem Thema zu beschäftigen. Die beiden Herren schreiben:

„Dank an dieser Stelle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und den Gemeindeunfallversicherungen Rheinland und Westfalen-Lippe, die durch ihre finanzielle Unterstützung diese Untersuchung ermöglicht haben.“

So viel möchte ich zum Thema sagen, die Landesregierung täte nichts.

In der Kürze der Zeit und wegen der Bitte des Präsidenten kann ich nur ganz knapp zwei wichtige Daten aus diesem Gutachten vortragen. Die Frage „Wo hast du schwimmen gelernt“, beantworten 36 % der Kinder mit „in der Familie“, 25 % mit „in einem Kurs“ und 14 % mit „in der Schule“. Das löst nicht das Problem der 25 % Nichtschwimmer, ist aber interessant für den nächsten Auszug, nämlich den Zusammenhang zwischen Schwimmfähigkeit und soziodemografischen sowie sportiven Variablen.

(Heiterkeit von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Das hört sich kompliziert an, aber der Wissenschaftsminister sitzt ja neben mir.

(Bodo Wißen [SPD]: Da strahlt nichts ab!)

Es geht also um die Frage, wo Nichtschwimmer am häufigsten vorkommen. Dies ist bei folgenden Parametern der Fall: Schulform: Hauptschule und Gesamtschule; Regionstyp: Ballungszentrum; Religion: muslimisch; Sportvereinsmitglied: nie Mitglied. – Das alles können wir vertiefen. Wenn man sich dem Thema aber seriös widmen will, reicht es nicht aus, Herr Groth, sich ihm mit irgendwelchen und zum Teil auch noch unrichtigen pauschalen Attacken zu nähern.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schmeltzer?

Holger Müller (CDU): Normalerweise schon, aber wegen des heutigen Termins nicht.

Zu den Lehrern. Nach meiner Kenntnis sind seit dem Schuljahr 2005/2006 insgesamt 2.700 Lehrer eingestellt worden; weitere 300 sollen sich in der Pipeline befinden. Dabei handelt es sich nicht nur um zusätzliche Sportlehrer, aber das möchte ich zu der Behauptung sagen, die Landesregierung täte bei den Lehrern nichts. Die Landesregierung ist durch Gutachten und durch das Aufstocken der Lehrerstellen tätig geworden.

Von Ihnen und leider auch von der SPD-Fraktion kenne ich schon die Abqualifizierung von „QuietschFidel“, was ich für einen dicken Hund halte; das muss ich Ihnen einmal sagen. „QuietschFidel“ ist mit über zehn Kooperationspartnern einvernehmlich beschlossen worden. Natürlich geht es dabei nicht nur um konkrete Maßnahmen, sondern auch darum, überhaupt ein Bewusstsein bei all denjenigen zu wecken, die mit dem Schwimmen zu tun haben.

Sie qualifizieren das schon seit einem Jahr als PR-Aktion ab. Alles, was Ihnen nicht passt, ist eine PR-Aktion. Ich kann mich noch an PR-Aktionen aus Ihrer Regierungszeit erinnern, bei denen wirklich Mücken zu Elefanten aufgeblasen worden sind und die nicht immer einen Tiefgang und Inhalt hatten wie dieses Projekt.

Ich möchte zum Schluss kommen; im Ausschuss können wir den Antrag noch intensiv beraten. Vielleicht haben Sie sich bis dahin das Gutachten zu Gemüte geführt. Dort steht auch anderes Wissenswertes drin. Natürlich haben wir immer ein Problem mit der Zahl der Schwimmstätten. Nach Untersuchungen des Deutschen Olympischen Sportbundes gibt es ca. 1.350 Sportstätten in Nordrhein-Westfalen. Damit belegen wir im Bundesdurchschnitt durchaus einen guten Platz. Sicher haben wir bei der Erteilung des Schwimmunterrichts logistische Probleme.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Bei der Organisation dieser logistischen Probleme müssen wir sicherlich auch Fantasie haben. Herr Kollege, ich hoffe, dass ich Ihr Gerüst mit einigen sachlichen Zahlen etwas verstärken konnte, und freue mich auf die gemeinsamen Beratungen im Ausschuss. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Peschkes das Wort.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Anfang habe ich gedacht, Kollege Müller setzt sich halbwegs ernsthaft mit dem Thema auseinander, was ihm wohl nicht wirklich möglich ist. Gleichwohl stelle ich fest, Herr Kollege Müller, dass Sie heute sehr milde gestimmt sind. Vielleicht ist das auch dem Aufstieg des 1. FC geschuldet. So moderat kennt man Sie sonst nicht.

(Beifall von Holger Müller [CDU] und Ewald Groth [GRÜNE])

Aber das Thema ist viel zu ernst. Wenn Ertrinken die zweithäufigste Todesursache von Kindern ist, sollte man den Spaß beiseitelassen. Man muss feststellen, dass rund ein Viertel der GrundschuldKinder nicht schwimmen kann. Das sollte uns nicht nur alarmieren, sondern muss abgeschafft und geändert werden.

Vor einiger Zeit hatte man durchaus den Eindruck, als wäre sich die Landesregierung dieser Problematik bewusst. Das galt mehr für den Innenminister als für die Schulministerin. Dieser Umstand macht im Übrigen deutlich, dass für den Schwimmunterricht und für das Schwimmen zwei verschiedene Ministerien zuständig sind, nämlich das Innenministerium und das Schulministerium. Das zeigt die ganze Krux und mit welchen Schwierigkeiten wir es hier zu tun haben.

Der Innenminister taucht plötzlich in der Schwimmszene auf und präsentiert eine QuietschFidel-Kampagne – ich muss sagen, das ist eine Kampagne –, und er startet sie großflächig: schöne Fotos, der Innenminister

(Rainer Schmeltzer [SPD]: In Badehose!)

im Kreis fröhlicher Kinder. Das war im Januar 2006. Damals habe ich gedacht – das ist wirklich so, Herr Kollege Müller –, die PR-Maschine läuft wie geschmiert. Aber immerhin hatte der Innenminister ein wichtiges Thema aufgegriffen. Deswegen habe ich es ihm durchgehen lassen. Heute wissen wir: Das war nur eine PR-Aktion, und mehr war das Ganze nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

So schnell, wie der schwimmende Innenminister aufgetaucht ist, so schnell ist er auch wieder abgetaucht.

(Beifall von der SPD)

Mittlerweile ist das dreißig Monate her. Und was hat das bisher bewirkt? Was ist seitdem geschehen? – Fakt ist: Jedes Jahr im Mai eine Aktionswoche; Fakt ist: Es sind einige Schwimmkurse ge-

fördert worden, aber erreicht wurden von den Nichtschwimmern nur ganz wenige Prozente. Das haben meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus dem Sportausschuss in der Sitzung in Bocholt übereinstimmend festgestellt. Das Problem ist damit leider nicht gelöst worden.

Ich stelle fest: Die Situation der Nichtschwimmer hat sich nicht wesentlich verbessert. Die Anzahl der Nichtschwimmer ist nahezu gleich geblieben. Die DLRG läuft im Übrigen Sturm und wendet sich an die Politik. Was soll sie auch tun? Sie hofft zumindest.

Und wie stellt sich die Situation nach den gravierenden Erkenntnissen in der Sportausschusssitzung in Bocholt dar? – Aus dem Innenministerium ist außer den genannten Aktionswochen nichts entstanden, und im Schulministerium, Frau Sommer, tagt immer noch eine Arbeitsgruppe, um ein Programm aufzulegen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dreißig Monate sind vergangen und es ist so gut wie nichts passiert.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Da kann man alt werden!)

Ich sage da nur: Herzlichen Glückwunsch ob dieses Eifers, den Sie an den Tag legen!

Das macht mich wütend und ärgerlich; denn ich kann nicht erkennen, dass sich die Landesregierung dieses Problems bewusst wird. Stattdessen verweist Sie in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage auf die Pflicht der Kommunen, Schwimmstätten zur Verfügung zu stellen,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Unglaublich!)

stiehlt sich selbst aber aus der Verantwortung heraus und verschweigt auch, dass sie die Kommunen regelrecht ausbluten lässt, indem sie die bitternotige und bereits veranschlagte Rückerstattung aus der Überzahlung „Aufbau Ost“ verweigert und somit maßgeblich dazu beiträgt, dass insbesondere schwache Kommunen möglicherweise Schwimmbäder aus Geldnot heraus schließen müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frau Sommer, ich wage die kühne These: In der Badewanne hat noch niemand schwimmen gelernt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb fordere ich Sie und Ihren Kollegen, den Innenminister, auf: Helfen Sie den Kommunen NRW, die Schwimmbäder zu erhalten, und sorgen

Sie dafür, dass qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer unseren Kindern das Schwimmen beibringen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch eine Bemerkung machen. – Ich sehe den Kollegen Groth, der so eifrig klatscht. Darüber freue ich mich. – Ich will nicht verschweigen, dass wir seinerzeit im Ausschuss vereinbart hatten, dieses Thema gemeinsam auf die Tagesordnung zu bringen. Lieber Kollege Groth, Sie wissen ja: Nicht wer zuerst losläuft, gewinnt das Rennen,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist richtig!)

das Rennen gewinnt der, der zuerst im Ziel ist. Aber vielleicht gelingt es uns, einmal gemeinsam ins Ziel zu kommen. Wir stimmen jedenfalls dem Überweisungsvorschlag zu. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam ins Ziel kommen.

Herr Kollege Müller und Herr Kollege Rasche, Sie werden gleich wieder die Litanei abbeten. Ich bin aber sicher, dass auch Sie sich anschließen werden; denn Sie wollen doch auch, dass die Nichtschwimmerquote signifikant zurückgeht. – Ganz herzlichen Dank. – Herr Präsident, ich hätte noch eine Minute Redezeit; auch ich habe mich Ihrer Bitte angeschlossen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege. – Zehn Sekunden haben wir gespart; auch das ist gut.

Herr Rasche, jetzt werden Sie Ihrem Namen gerecht. Bitte schön, Sie haben das Wort für die FDP-Fraktion.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Kind soll schwimmen können. – Dieses Ziel verbindet alle Fraktionen in diesem Hause. Dann hören die Gemeinsamkeiten aber auch schon auf. Regierung und Koalition handeln gemeinsam mit sehr vielen beteiligten Akteuren. Die Grünen, Herr Groth, stellen Show-Anträge und überholen dabei sogar die SPD, wie wir gerade gehört haben.

Was ist bisher passiert, meine Damen und Herren? – Im Jahr 2007 hat das Land eine Kooperationsvereinbarung „Schwimmen lernen und schwimmen können – gut und sicher!“ mit dem Deutschen Schwimmverband, dem LandesSport-Bund und dem Schwimmverband Nordrhein-Westfalen sowie weiteren zehn Verbänden unterzeichnet. Somit ist eine vernünftige und sinnvolle

Zusammenarbeit gesichert, eine weit bessere, als es sie jemals vorher gegeben hat – auch unter Rot-Grün.

Es gibt eine verbesserte Lehrerfortbildung, es gibt die Einbindung von Übungsleitern mit Migrationshintergrund – auch das gab es bei Ihnen nicht –, das Land stellt zusätzlich mehrere Tausend Lehrerstellen zur Verfügung – das gab es bei Ihnen auch nicht, Herr Groth –; auch gelingt es, die Einbindung von externem Personal sicherzustellen, was die vielen Kooperationen zeigen – auch hier ist die Kritik der Grünen völlig unberechtigt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Herr Rasche liest eine Rede aus dem Innenministerium vor!)

Es gibt zahlreiche Programme in Nordrhein-Westfalen. Eins, Herr Groth, haben Sie selbst genannt: QuietschFidel – Ab jetzt für immer: Schwimmer!“ Es gibt Ferienschwimmkurse, die vom Land Nordrhein-Westfalen, vom Innenminister, gefördert werden. Den Kommunen steht jährlich eine Sportpauschale zur Verfügung, und durch das neue Sportstättenfinanzierungsprogramm ergibt sich eine neue, ganz wesentliche Variante, um die maroden Schwimmbäder zu sanieren.

Jetzt können Sie sagen, das sei ja alles nur Auffassung von Schwarz-Gelb und alles sei irgendwie einseitig gefärbt. Nehmen wir doch einmal neutralen Sachverstand! Und wer könnte das besser sein als der Präsident des LandesSport-Bundes Walter Schneeloch – sicherlich kein Parteimitglied von CDU oder FDP –? – Er ist auf dem Verbandstag des Schwimmverbandes Nordrhein-Westfalen aufgetreten und hat die gemeinsamen Aktivitäten aller Beteiligten in diesem Bereich ausdrücklich gelobt. Nur die Grünen, meine Damen und Herren, schließen sich immer wieder aus, so wie sie das bei vielen anderen Themen im Bereich des Sportes, Herr Groth, auch tun.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann man sagen: Es sind viele Programme in Gang gesetzt, die finanzielle Unterstützung der Kommunen wurde auf breitere Füße gestellt, die Aus- und Fortbildung wurde verbessert. Der Antrag, meine Damen und Herren, entspricht somit in keiner Weise der Realität.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Rasche, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Nach dem nächsten Satz.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Nach dem nächsten Satz. – Wir werden uns natürlich einer Diskussion im Ausschuss nicht verschließen. Vielleicht steht dann das gemeinsame Ziel im Vordergrund und nicht die Show-Anträge der Grünen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Das war der Satz. Und jetzt Herr Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Rasche, Sie sprachen eben in den Überschriften ganz pauschal von mehreren Tausend Lehrerinnen und Lehrern. Ihre Kollegin Pieper-von Heiden hat hier am 11. November 2004 in einer ähnlich gearteten Debatte ganz deutlich gefordert, dass wir mehr ausgebildete Sportlehrer, insbesondere mit Befähigung zum Schwimmunterricht, haben müssen. Wie viele von den mehreren Tausend Lehrern, die eingestellt wurden, haben denn die Befähigung?

(Ewald Groth [GRÜNE]: Kein einziger!)

Christof Rasche^{*)} (FDP): Wir haben seit dem Regierungswechsel insgesamt 5.084 zusätzliche Lehrer eingestellt. Davon profitieren alle Bereiche und Fächer in der Schule, natürlich auch der Sport. Es ist schade, dass Sie dieser Politik,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und wann beantworten Sie die Frage?)

nämlich zusätzliche Lehrer einzustellen, in Ihrer Koalition überhaupt nicht gefolgt sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Beantworten Sie die Frage!)

– Ich habe die Frage gerade beantwortet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, Sie bleiben bei Ihren Überschriften!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche, für das überraschende Ende. Ich wollte Ihnen eigentlich noch zum 46. Geburtstag gratulieren. Das hat bereits der Landtag heute Morgen getan.

(Allgemeiner Beifall)

Sie haben uns ein kleines Geburtstagsgeschenk gemacht, indem Sie ein paar Minuten Redezeit eingespart haben. Dafür werden wir heute Abend zusammen einen trinken. Sie sind herzlich eingeladen.

Meine Damen und Herren, die nächste Rednerin ist Frau Ministerin Sommer. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn etwas Gemeinsames: Ihnen wie mir ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler wesentlich zu hoch, die die Grundschule als nicht sicher schwimmende Kinder verlassen.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Zu dieser Problematik, nämlich der Schwimmfähigkeit unserer Kinder, gibt es unterschiedlichste Untersuchungen und Studien. Diese Ergebnisse sind in den meisten Fällen leider nicht vergleichbar. Auch die teilweise vorliegenden Abfrageergebnisse, zum Beispiel der Schulämter, lassen sich nicht seriös miteinander vergleichen. Das liegt daran, dass jeder, der solche Abfragen durchführt, etwas anderes unter „Schwimmfähigkeit“ versteht.

Wir gehen bei unseren Überlegungen und Planungen davon aus, dass ein Kind, welches beispielsweise das Seepferdchenabzeichen erwirbt, in unseren Augen zwangsläufig nicht als sicherer Schwimmer einzustufen ist. Als sichere und ausdauernde Schwimmer gelten nach unserer Auffassung Kinder, die die Anforderungen des Bronzeschwimmabzeichens erfüllen.

Wir legen bei unseren Überlegungen und Planungen die Ergebnisse einer Studie der Universität Bielefeld zu den motorischen Basisqualifikationen von Kindern – kurz: MOBAQ – zugrunde. Hier wurden fünf grundlegende schwimmerische Fähigkeiten getestet. Dabei stellte sich heraus, dass demnach rund 25 % der untersuchten Kinder als nicht sicher schwimmende Kinder einzustufen sind.

Außerdem haben wir mit der wissenschaftlichen Leitung der SPRINT-Studie des Deutschen Olympischen Sportbundes vereinbart, dass wir die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich ausgewertet und aufbereitet bekommen.

Meines Wissens hat sich die vorherige Landesregierung die Analyse der Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen nicht vorlegen lassen. Ich stelle mir die Frage, warum das nicht geschehen ist. Jetzt, sehr geehrter Herr Groth, ist es leicht, zu fragen, wie es mit dem Schwimmunterricht aussieht, wie viele Kinder am Schwimmunterricht teilnehmen. Sie wissen selbst, Schwimmen ist Teil des Sportunterrichts.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sie wissen es nicht!)

Darüber haben wir natürlich Unterlagen. Aber Sie hätten mich genauso gut fragen können, wie viele Kinder in welchem Umfang Algebraunterricht bekommen haben. Hier geht es um den Mathematikunterricht. So leicht ist das nicht auszudifferenzieren.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sie haben nicht auf diese Frage geantwortet!)

Meine Damen und Herren, dass der Schwimmunterricht vor allem an den Grundschulen ausfällt, können Sie, wie Sie sagen, seriös und glaubhaft belegen. Da ich diese Daten, die Sie uns eben vorgestellt haben, nicht habe, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir diese Daten und Fakten zu Ihrer pauschal geäußerten Kritik beibringen könnten.

Gleiches gilt für Ihre Annahmen zu den sich permanent verschlechternden Rahmenbedingungen für den Schwimmunterricht. Zumindest die Zahl der Lehrkräfte sollten Sie dafür nicht verantwortlich machen. Wie Sie wissen, hat das Land – das ist bereits gesagt worden; ich unterstreiche es dennoch noch einmal – nach den letzten Landtagswahlen sehr viele neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Von diesen Neueinstellungen hat auch der Schulsport stark profitiert.

Wenn Sie weiterhin behaupten, die Maßnahmen und Projekte im Rahmen der Landesinitiative des Innenministeriums und die Vereinbarung des Schulministeriums seien nur geeignet, um Problemspitzen abzumildern, ist das meines Erachtens ein herber und böser Schlag ins Gesicht unserer engagierten Kooperationspartner. Mit ihnen arbeiten wir nämlich vertrauensvoll zusammen.

Sie fordern, dass die Nichtteilnahme am Schwimmunterricht aus religiösen Gründen mehr Beachtung finden muss. – Fakt ist, dass die Schulen dieses nur scheinbare Problem selbst gelöst und vernünftige Absprachen mit den Beteiligten getroffen haben.

Meine Damen und Herren, eine Reihe Ihrer Forderungen ist längst in der Umsetzungsphase. Einige Beispiele dazu: die Nichtschwimmerkurse, die wir in den Ferien als schulische Veranstaltung durchführen, die Entwicklung und Erprobung von Fortbildungsmodulen für den guten Schwimmunterricht und die Erarbeitung eines Qualifizierungsmoduls, das den Erwerb der Rettungsfähigkeit und eine Grundausbildung zur Methodik und Didaktik des Schwimmunterrichts einschließt. In diesem Punkt, sehr geehrter Herr Groth, stimme

ich Ihnen ein zweites Mal zu: Die Auffrischung der Rettungsfähigkeit halte auch ich für sehr sinnvoll.

Der Schwimmunterricht wird in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig von Fachlehrkräften erteilt. Der sich ausweitende Ganztagsbereich bietet auch hier eine große Chance.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, es tut mir leid, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ein langer letzter Satz: Sehr geehrter Herr Präsident, Ihr Vorgänger im Vorsitz hat eben den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mit drei Ausrufezeichen vorgelesen. Ich greife diese Ausrufezeichen auf und sage zum Schluss: Meine Damen und Herren, Sie bleiben mit Ihrem Antrag weit hinter dem zurück, was wir konkret und konstruktiv mit unseren Partnern auf den Weg gebracht und bereits umgesetzt haben!!! – Danke.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: So sind die Grünen!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Groth, Sie wollen doch nicht im Ernst noch einmal reden?

(Ewald Groth [GRÜNE]: Doch!)

Ich sage noch einmal: Die Zeit läuft uns weg. Es tut mir herzlich leid. Wir haben heute einen Festakt. Sie wissen, wann dieser beginnt. Hierfür haben wir einiges vorzubereiten. Meine Bitte, sich kurz zu fassen, ist keine Scherzbemerkung gewesen.

Ewald Groth (GRÜNE): Das möchte ich gerne tun, Herr Präsident, aber es gilt auch, dieses Land zu regieren und nicht nur zu feiern.

Frau Sommer, bei Ihnen ist aus meiner Sicht der Sport in Nordrhein-Westfalen sehr gut angesiedelt, weil Sie für diese Frage ein Herz haben. In dieser Frage unterstütze ich Sie gegenüber dem eigentlichen Sportminister, der sich sehr viel weniger kümmert als Sie.

Das gilt jetzt auch für Herrn Müller: Um diejenigen, die es gelernt haben, müssen wir uns nicht mehr kümmern. Das ist okay. Aber wir können daraus nicht „Privat vor Staat“ machen nach dem Motto: Auch wenn man es zu Hause nicht lernt, in der Schule kümmern wir uns auch nicht darum. Sie haben die Aufgabe, dass dies in den Schulen Nordrhein-Westfalens vernünftig abgearbeitet wird.

Seit drei Jahren, seit Beginn Ihrer Regierungszeit, steigen die Nichtschwimmerzahlen. Materiell sind bei der Initiative „Quietschfidel“ maximal 200 € drin. Dafür können sich die Vereine, die nur mit Ehrenamtlichen arbeiten, Poster kaufen. Von diesen Postern lachen dann Frau Sommer und Herr Wolf herunter. – Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Bitte, Herr Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident, es tut mir leid. Aber Herr Groth will immer das letzte Wort haben. Das muss er aber nicht immer auch bekommen. Lieber Herr Groth, wenn es Ihnen in Zukunft nicht gelingt, auf Showanträge zu verzichten und stattdessen sachliche Anträge zu stellen, werden die Grünen baden gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich darf darauf hinweisen, dass der Landtag heute nicht feiert, sondern arbeitet. Es gibt heute Abend einen Festakt anlässlich des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels. Deshalb muss ich die Bemerkung von Herrn Groth in dieser Form zurückweisen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/6860** an den **Sportausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturen** sowie an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**. Die abschließende Beratung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie damit einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

8 Vielfalt statt Einfalt – Bestandsgarantie für Kleine Fächer

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6862

Ich eröffne die Beratung und erteile der Kollegin Apel-Haefs für die antragstellende SPD-Fraktion das Wort.

Ulrike Apel-Haefs (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben Orchideen und kleine Fächer gemeinsam? – Sie sind selten, besonders und brauchen ein bestimmtes Biotop, um zu gedeihen.

(Zuruf von der CDU: Wie SPD-Wähler!)

Die Umweltbedingungen, unter denen sich die kleinen Fächer entfalten können, sind jedoch in Deutschland in ihrem Gleichgewicht zunehmend gestört, sodass sich die Sorge breitmacht, dass die kleinen Fächer auf Dauer nicht überlebensfähig sind.

Was sind kleine Fächer? – Nach der Definition, die die Hochschulrektorenkonferenz bei der Kartierung der kleinen Fächer, die sie 2007 vorgestellt hat, zugrunde legt, sind kleine Fächer die Sammelbezeichnung für etwa 120 Fächer, die jeweils über wenige Lehrstühle verfügen, auch ansonsten wenig Personal haben und nur an wenigen Standorten vertreten sind. Das Spektrum reicht von Afrikanistik über kognitive Neurolinguistik bis hin zu vorderasiatischer Archäologie.

Sie sind in ihrer Vielfalt ein ganz spezifisches Merkmal der deutschen Hochschullandschaft und genießen in der Regel – ähnlich wie die deutschen Geisteswissenschaften, zu denen sie auch überwiegend gehören – international ein hohes Renommee.

2007 war das Jahr der Geisteswissenschaften. Die Geisteswissenschaften und damit auch die sogenannten Orchideenfächer standen im Fokus der Medien und der Debatten. Anträge zur Stärkung der Geisteswissenschaften wurden im Bundestag gestellt und verabschiedet, Untersuchungen zur Situation der Geisteswissenschaften in Auftrag gegeben und erstellt. Der ehemalige Rektor der Heinrich-Heine-Universität hier in Düsseldorf, Gert Kaiser, hat die Geisteswissenschaften einmal als eine Art gesellschaftliches Grundnahrungsmittel bezeichnet. Das Motto des Jahres der Geisteswissenschaften lautete: „Die Geisteswissenschaften. ABC der Menschheit“.

Gerade die kleinen Fächer tragen in ihrer Vielfalt dazu bei, die Komplexität menschlichen Denkens und Handelns sichtbarer und begreifbarer zu machen. Leider ist es so, dass man ein Jahr häufig einer Spezies widmet, die zu den bedrohten Arten zählt. Das trifft auf die Geisteswissenschaften im Allgemeinen und auf die kleinen Fächer im Besonderen zu.

(Christian Lindner [FDP]: Nennen Sie doch einmal Beispiele!)

– Sie sind doch gleich dran, Herr Lindner. – Ihre große wissenschaftliche und kulturelle Bedeutung steht in einem krassen Widerspruch zu der erkennbaren Tendenz, sie derzeit vorrangig aus der Perspektive möglicher Kürzungs-, Einsparungs- und Streichungsmaßnahmen zu betrachten. Ich darf an dieser Stelle die Hochschulrektorenkonferenz zitieren:

„Damit brechen umfangreiche Wissensbestände und Forschungspotenziale weg, und es entstehen Verluste, die die gesamte Hochschullandschaft in einem Bereich schwächen, der traditionell zu ihren besonderen Stärken gehört.“

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin Apel-Haefs, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lindner, FDP?

Ulrike Apel-Haefs (SPD): Nein, ich möchte jetzt erst einmal meine Ausführungen beenden. – Ist ein kleines Fach erst einmal von der wissenschaftlichen Landkarte verschwunden, lässt es sich auf international wettbewerbsfähigem Niveau – wenn überhaupt – allenfalls mittel- bis langfristig reetablieren. Es gibt verschiedene Ursachen, die dafür verantwortlich sind. Eine Förderungspraxis, die sich nahezu ausschließlich an Drittmittelquoten und Absolventenzahlen orientiert, wird der spezifischen Arbeitsweise der kleinen Fächer nicht gerecht. Gerade deren Forschung ist häufig langfristig angelegt, was kurzfristigen Renditeerwartungen entgegensteht.

In Zeiten von Globalhaushalten geraten die kleinen Fächer auch innerhalb der Hochschulen unter zunehmenden Legitimationsdruck. Unter dem Druck von Profilbildung im nationalen und internationalen Wettbewerb werden bei der Mittelverwendung vielfach die anwendungsorientierten ökonomischen Mehrwert versprechenden Fächer bevorzugt. Dass eine solche Prioritätensetzung vielfach parallel und ohne überregionale Koordination vollzogen wird, verschärft die Gefährdung der kleinen Fächer zusätzlich.

Hohe Akkreditierungskosten bei einer unter rein ökonomischen Gesichtspunkten ungünstigen Professoren/Studenten-Relation verstärken die Tendenz zur Konzentration kleiner Fächer an wenigen Hochschulen. Für die häufig interdisziplinär arbeitenden Fächer bedeutet das die Gefahr, aus dem notwendigen wissenschaftlichen Umfeld herausgebrochen zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine Projektgruppe der HRK hat sich im letzten Jahr mit dieser Problematik beschäftigt. Die Studie „Die Zukunft der Kleinen Fächer – Potenziale, Herausforderungen, Perspektiven“ kommt zu dem Ergebnis, dass es im Wesentlichen zwei Bereiche gibt, in denen politisches Umdenken erforderlich ist, um die kleinen Fächer in ihrer Existenz und in ihrer Struktur zu erhalten. Zum einen bedarf es einer finanziellen Förderung weg von quantitativen und drittmittelbestimmten Kriterien, hin zu einer Förderung auf der Basis spezieller qualitativer Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Zum anderen ist Unterstützung auf Bundes- und Länderebene bei der Koordinierung einer möglichst vielfältigen Präsenz der kleinen Fächer in den deutschen Hochschulen erforderlich. Wir als SPD-Fraktion schließen uns diesen Forderungen an und erwarten von der Landesregierung entsprechende Maßnahmen.

Sie, Herr Minister Pinkwart, haben im letzten Jahr Ihre Absicht erklärt, die kleinen Fächer nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken. Eine von Ihnen in Auftrag gegebene Untersuchung zur Situation der kleinen Fächer liegt uns jedoch noch nicht vor, obwohl ihre Fertigstellung bereits für Ende letzten Jahres angekündigt war.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin!

Ulrike Apel-Haefs (SPD): Ich bin mit meiner Rede gleich fertig. – Ich hoffe jedoch, dass Ihr Bekenntnis zu den kleinen Fächern nicht ausschließlich seiner Medienwirksamkeit im Jahr der Geisteswissenschaften geschuldet war, sondern dass Sie den Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Die Antwort Ihres Ministeriums auf meine Kleine Anfrage von Anfang des Jahres, wie das Land die kleinen Fächer 2008 unterstützen wolle, macht mich allerdings skeptisch. Der Verweis auf das Globalbudget der autonomen Hochschulen ist nämlich nicht genau das, was die kleinen Fächer zu ihrer Unterstützung brauchen.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Ulrike Apel-Haefs (SPD): Ich folge dem weisen Ratschlag des Präsidenten und sage an dieser Stelle nur noch: Ich bin gespannt auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Apel-Haefs. – Für die CDU-Fraktion erhält das Wort Professor Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Apel-Haefs, ich kann gleich an Ihren Auftakt anschließen. Es geht tatsächlich um Orchideenfächer. Orchideen sind schön, kostbar, selten und besonders wirkungsvoll. So ungefähr werden die kleinen Fächer in dem Ergebnis der Projektgruppe der Hochschulrektorenkonferenz auch beschrieben, die 2007 – Sie haben es gerade schon erwähnt – ihre Stellungnahme zu den kleinen Fächern vorgelegt hat.

Darin werden als Chancen der kleinen Fächer genannt: international beachtete Forschungsleistungen, Eignung für transdisziplinäre Fragestellungen, Pflege spezialisierter Infrastrukturen, Grundlagenarbeit bei der Erschließung von Quellen, Sicherung und Prüfung des kulturellen Gedächtnisses, Ausbildung interkultureller Kompetenz und vor allen Dingen – das scheint mir ganz wichtig zu sein – Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, wovon ich rede. Ich habe an der Universität Münster an einem winzigen Fach studieren und auch arbeiten dürfen, nämlich in der Koptologie. Das ist ein Unterfach der Ägyptologie. In dieser Koptologie gibt es nur eine Professur – in ganz Deutschland wohl überhaupt nur zwei –, aber international eine Community. Und alles, was weltweit koptologisch passiert, hat in Münster auch eine Andockung. Unter anderem ist der Direktor des Koptischen Museums in Kairo natürlich in Münster promoviert worden.

Es geht bei den kleinen Fächern vor allen Dingen um die klassischen Universitäten. Bei uns sind dies Bonn, Köln und Münster sowie als neue Universität fast nur Bochum. Das heißt, die Politik hat bei ihren Neugründungen diese Fächer offensichtlich für nicht so wichtig erachtet, wie es die Universitäten selber getan haben.

Meine Damen und Herren, zu dem Thema ist im Jahr der Geisteswissenschaften viel geschrieben worden. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch bei uns in Nordrhein-Westfalen einige kleine Fächer schon seit Langem fehlen. Ich erwähne nur einmal die Turkologie. Wir haben in Nordrhein-Westfalen keine Turkologie. Man kann in Deutschland nicht grundständig Turkologie studieren, obwohl in diesem Land sehr viele Türken leben. Das ist nur ein Beispiel.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen aber etwas für die kleinen Fächer getan. Es ist unter der sachkundigen Leitung des renommierten Freiburger Althistorikers Professor Gehrke, der übrigens

auch Mitglied dieser Hochschulrektorenkommission war, eine Kommission eingesetzt worden. Der Bericht kommt in den nächsten Monaten, und wir werden darüber diskutieren. Aber, Frau Apel-Haefs, einer der Antworten auf Ihre Kleinen Anfragen, die Sie in der Sache gestellt haben, haben Sie schon entnommen, dass sich die Zahl der Stellen in den kleinen Fächern in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren von 252 auf 280 erhöht hat,

(Ulrike Apel-Haefs [SPD]: Welche denn?)

dies natürlich nicht in allen Fächern und auch nicht in gleicher Weise. Und die neuen gesetzlichen Möglichkeiten schaffen Chancen, zum Beispiel durch Bachelor- und Mastereinrichtungen. In Bonn wird etwa im Bachelor-Bereich eine Asienwissenschaft als übergreifendes Fach angeboten, um dann im Masterstudiengang dies auf Tibetologie und Kaukasiologie und vieles andere mehr zu spezialisieren.

Auch das Hochschulfreiheitsgesetz bietet neue Möglichkeiten. Die Universitäten entscheiden selbst auf der Grundlage ihrer eigenen Profilbildung und Steuerung. Nur über die Zielvereinbarungen steuern wir noch. Es ist auch nicht mehr die starre KapVO, die alles an der Universität bestimmt und die auch nach Auskunft der HRK das wichtigste Hemmnis für kleine Fächer darstellt.

Also, meine Damen und Herren, eigentlich ist doch alles gut. Und jetzt liegt dieser Antrag vor. Warum eigentlich der Antrag? Die SPD entdeckt auf einmal die kleinen Fächer und legt einen Antrag vor, dem zwei Kleine Anfragen in den letzten Wochen vorausgingen. Übrigens ein kleiner Hinweis an Frau Kraft, die jetzt nicht da ist: Romanistik gehört nicht zu den Orchideenfächern. Diese würde ich schon eher in die Kategorie der blühenden Stauden tun. Die wirklich kleinen Fächer sind sehr viel kleiner. Ich nenne nur einmal die unter den Studierenden sehr beliebte europäische Ethnologie, die früher einmal Volkskunde hieß.

Sie sagen in Ihrem Antrag, es gäbe Einsparungen durch unser Hochschulfreiheitsgesetz. Wie kommen Sie eigentlich darauf? Das Gegenteil stimmt. Es gibt selbstverständlich keine Einsparungen durch das Hochschulfreiheitsgesetz. Wir haben heute Morgen vom Minister gehört, dass wir eine Mittelsteigerung von 450 Millionen € per anno für die nordrhein-westfälischen Hochschulen haben. Davon kommen allein 200 Millionen € aus Mitteln der Studienbeiträge, die die Universitäten in eine deutlich verbesserte finanzielle Situation bringen.

Sorgen bestehen in den Hochschulen vor allen Dingen aus dem sogenannten Qualitätspakt von

1999. In den Hochschulen ist dieser Qualitätspakt als „Qualipakt“ bekannt. Er ist damals von einer SPD-Ministerin, ab 2002 dann von Frau Kraft, der heutigen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, verantwortet worden. Im Qualitätspakt wurden die Hochschulen aufgefordert, bis 2009 insgesamt 2.000 Stellen abzubauen, und sie wurden für diesen Aderlass mit Barmitteln im Gegenwert gefördert. Das ist der eigentliche Generalangriff auf die kleinen Fächer gewesen, meine Damen und Herren.

Sie haben in den Verhandlungen sogar empfohlen, möglichst auf Fächer mit nur einer Professur zu verzichten. Genau das sind die kleinen Fächer. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Meine Damen und Herren! Das bemerke nicht nur ich, sondern das sagt auch die gewiss nicht CDU-nahe „Westfälische Rundschau“ vom 30. Mai.

Meine Damen und Herren, Ihnen von der SPD ist Freiheit verdächtig. Sie unterstellen den Hochschulen, nach ökonomischen Kriterien zu handeln, und Sie billigen der Hochschulverwaltung keine übergeordneten Interessen zu. Das ist es eben. Die Hochschulen wissen selbst, was sie brauchen. Die Hochschulen können die Relevanz besser beurteilen, und nicht jeder modische Kulturwirtschaftsstudiengang muss auch sinnvoll sein. Das können die Hochschulen entscheiden.

Wir werden über das Gutachten, über Diskussionen, über Projektmittel und über Zielvereinbarungen zu steuern wissen, dass Nordrhein-Westfalen ein blühendes Land für kleine Fächer bleibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Sternberg. – Für die FDP-Fraktion erhält das Wort Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hat irgendjemand von Ihnen bei der Rede der Sprecherin der SPD auch nur ein konkretes Beispiel wahrgenommen, wonach aufgrund des Hochschulfreiheitsgesetzes kleine Fächer geschlossen worden sind? – Sie hat keines genannt. Meine entsprechende Nachfrage haben Sie ja dann nicht zugelassen. Das hätte Sie vielleicht kompromittiert.

Bedauerlicherweise sind solche Anträge von der SPD durchaus typisch. Flott mal eine Behauptung, flott wird mal ein Vorwurf formuliert. Aber wenn es dann um die Begründung geht, sind die Initiativen der SPD doch schnell an ein Ende gekommen.

Genauso haben wir das hier wieder erlebt. Wir stellen fest: Es gibt durch das Hochschulfreiheitsgesetz keine Kürzungen. Ganz im Gegenteil: Es hat mit den Rektoren und Kanzlern eine Arbeitsgruppe gegeben, in der mögliche finanzielle Auswirkungen geprüft worden sind. Die Sprecher hier im Landtag haben selbst mit Herrn Ronge zusammengesessen, um solche Auswirkungen zu diskutieren. Zum anderen gibt es aufgrund der Zielvereinbarungen, die mit den Hochschulen geschlossen werden, nach wie vor eine klare landesweite Steuerung, welche Fächer und wo diese Fächer angeboten werden.

Allerdings will ich schon hinzufügen, dass es keine Bestandsgarantie geben kann, weil sich die Welt verändert, weil sich die wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen verändern. Deshalb muss es auch möglich sein, bestimmte kleine Fächer zu schließen, um an anderer Stelle neue Schwerpunkte zu etablieren, neue Interessen der Wissenschaft auch mit Stellen zu hinterlegen. Nichts wäre für den Wissenschaftsbetrieb schlechter, schädlicher als Stillstand. Deshalb brauchen wir eine Bewegung auch im Bereich der kleinen Fächer. Da ändern sich Interessen, da ändert sich auch die Lage.

Zum anderen ist Bewegung, ist Veränderung ja auch möglicherweise geeignet, Qualitätssteigerungen zu erreichen. Natürlich gibt es blühende Biotope wie die Koptologie in Münster. Ich habe das heute hier gelernt und mit großer Sympathie von Herrn Prof. Dr. Sternberg gehört. Aber es kann eventuell an anderer Stelle sinnvoll sein, Strukturen zusammenzuführen, Zentren zu errichten, um einen Austausch zwischen mehreren Forschern und einer größeren Zahl von Studierenden zu ermöglichen.

Deshalb heißt kleine Fächer zu fördern nicht, sie an jeder Hochschule zu fördern. Sinnvoll kann es auch sein, in der Hochschullandschaft insgesamt die Existenz eines solchen Faches zu garantieren,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

ohne an jedem Ort jedes Fach vorzuhalten.

Es handelt sich hier um einen typischen Antrag der SPD im Hochschulbereich. Ich kann Ihnen keine Hoffnung machen, dass dieser dann im Ausschuss eine Mehrheit findet. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. – Für die Grünen hat jetzt Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Frau Apel-Haefs, das würde ich mir auch wünschen, dass die Landesregierung mittels Zielvereinbarungen die bestehenden Strukturen der sogenannten kleinen Fächer in Nordrhein-Westfalen aufrechterhält.

Natürlich würde ich es ebenfalls sehr begrüßen, wenn sich diese Landesregierung auch außerhalb der Hochschulen für die kleinen Fächer stark machen würde, sei es bei Finanzminister Linssen oder auch gegenüber dem Bund bei der Weiterführung des Hochschulpaktes 2020. Nur: Leider helfen Ihre gesamten, gut gemeinten Beteuerungen nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. Bisher hat diese Regierung nichts in dieser Richtung getan.

(Beifall von den GRÜNEN)

Keinerlei Unterstützung! Im Gegenteil: Dass überall mehr oder weniger konkret über die Schließung kleiner Fächer, über den Abbau von Professuren oder die Streichung von Mitteln diskutiert wird, ist eine direkte Folge der Hochschulpolitik dieser Landesregierung.

(Christian Lindner [FDP]: Sagen Sie uns ein Beispiel!)

– Gucken Sie sich in Bonn zum Beispiel die Indologie oder die Orientalistik an. Gucken Sie sich die Philosophie an, wo im Augenblick überall darüber diskutiert wird.

(Christian Lindner [FDP]: Ein Zentrum für Philosophie ist doch eingerichtet!)

Nicht nur, dass Sie mit Ihrem Hochschulfreiheitsgesetz einen sogenannten freien Wettbewerb eröffnet haben, lieber Herr Pinkwart

(Lebhafte Zurufe von CDU und FDP)

– es geht doch da zurzeit um Stellenabbau oder nicht? Bekommen Sie die Briefe nicht? –,

(Christian Lindner [FDP]: Ihr Qualitätspakt ist das!)

in dem letztlich nur das Recht des Stärkeren gilt. Nein, Sie setzen auf Ihren Exzellenzbegriff, den Vorrang für die MINT-Fächer, auf Drittmittel und wirtschaftliche Verwertbarkeit. Mit diesen Rahmenbedingungen setzen Sie auf Ziele und Maß-

stäbe, die nur die großen Fächer erfüllen können. Wie sollen die das mit ihren Ressourcen machen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist eben kein fairer Wettbewerb, sondern das ist Planwirtschaft mit liberalem Deckmäntelchen.

(Beifall von den GRÜNEN – Barbara Stefens [GRÜNE]: Genau!)

Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Natürlich ist es sinnvoll, Mittel nicht mit der Gießkanne zu verteilen, sondern auch auf die Leistung zu schauen. Das haben wir Grüne nie bestritten, was Sie alleine schon daran erkennen können, dass wir die leistungsorientierte Mittelvergabe an unseren Hochschulen, die Sie ja immer als ein Musterbeispiel für Ihr neues Denken anführen, etabliert haben. Dies wurde nicht von Ihnen, sondern bereits von der Vorgängerregierung eingeführt.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt, den Sie scheinbar immer noch nicht begriffen haben: Hochschulen sind eben keine Unternehmen. Hochschulen sind öffentliche Einrichtungen mit einem öffentlichen Auftrag und einer öffentlichen Verantwortung. Wie wichtig diese staatliche Verantwortung ist, sieht man ganz aktuell bei der Entwicklung der sogenannten kleinen Fächer.

Wenn es nur nach dem Markt geht, danach, was diese Fächer für Drittmittel einwerben, wie viele Patente sie anmelden, wie viele Firmen aus ihnen gegründet werden, dann haben natürlich Sinologie, Arabistik, Judaistik und klassische Archäologie keine Chancen.

Sie, Herr Dr. Sternberg, haben doch mit der Verabschiedung des sogenannten Hochschulfreiheitsgesetzes die Grundlage für das gelegt, was wir jetzt aus Bonn, Duisburg und Essen sowie von vielen weiteren Hochschulstandorten hören: Stellenabbau bei den kleinen Fächern, Stellenabbau bei den Geisteswissenschaften, Professuren sollen nicht wiederbesetzt werden, Strukturen werden zerschlagen.

Wer den kleinen Fächern helfen will, wer deren Zukunft in Nordrhein-Westfalen sichern will, der muss ganz konkret etwas dafür tun, der muss verbindliche Vereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen treffen, der muss auch konkret Geld im Landeshaushalt für entsprechende Fördermaßnahmen bereitstellen.

Zur Freiheit gehört Verantwortung. Das sagen Sie auch immer gerne, Herr Minister Pinkwart. Es wäre an der Zeit, dass Sie Ihre Verantwortung endlich einmal wahrnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Jetzt hat Herr Minister Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Herr Präsident, ich wollte eigentlich mit Blick auf die Gesamtzeitplanung und nach den vorzüglichen Reden vom Kollegen Sternberg und von Herrn Lindner meine Rede zu Protokoll geben, um etwas Zeit einzusparen.

Vizepräsident Edgar Moron: Das geht.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich weiß. Meine Rede ist aber sehr sachbezogen angelegt. Deshalb muss ich jetzt zu den Einlassungen von Frau Seidl einige Bemerkungen machen. Den Rest gebe ich zu Protokoll. *(Siehe Anlage)*

Frau Seidl, ich verstehe nicht, was Sie hier vorge tragen haben. Bitte belegen Sie doch dem Hohen Haus substanziell das, was Sie hier ausgeführt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es gibt die Sendung „Hart aber fair“ mit dem Faktencheck am nächsten Tag. Ich bitte Sie, doch einmal den Faktencheck anzutreten. Ich werde Ihre Rede nachbearbeiten lassen und den Faktencheck an die Fraktionen schicken. So kann man die Dinge nicht betreiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Gleiche gilt für die SPD. Wenn es eine politische Konstellation in Nordrhein-Westfalen gab, die an den kleinen Fächern nachweislich einen Abbau betrieben hat, dann die Vorgängerregierung im Rahmen des Qualitätspaktes.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben das nicht gemacht. – Punkt 1!

Punkt 2: Die Vorgängerregierung hatte keine Kommission eingesetzt, um sich der Situation der kleinen Fächer anzunehmen, sondern das hat diese Regierung getan.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden die Ergebnisse dieser Kommission in den nächsten Monaten veröffentlichen; die Wissenschaftler arbeiten daran.

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

– Ja gut. Wollen Sie kritisieren, dass die Wissenschaftler vielleicht zu lange daran arbeiten? Sie haben den Auftrag im März vergangenen Jahres bekommen. Es sind Vertreter kleiner Fächer, die sich ehrenhalber zusätzlich einbringen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass Top-Wissenschaftler das im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen haben. Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden wir sie Ihnen präsentieren, und wir werden sie diskutieren.

Die Stoßrichtung dieser Koalition – so habe ich Herrn Kollegen Sternberg und Christian Lindner verstanden – wird es jedenfalls sein, auf dieser Grundlage die kleinen Fächer nicht zu schwächen, wie Sie es getan haben, sondern sie kraftvoll weiter zu fördern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart.

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/6862** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Dort findet die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung statt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich ums Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

9 Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) muss endlich Wort halten: Einhaltung der Nachtflugregelung schärfer kontrollieren und verspätete Flüge am Flughafen Düsseldorf wirksam sanktionieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6161

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen und Verkehr
Drucksache 14/6876

Dieser Antrag wurde gemäß § 79 der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit der Maßgabe überwiesen,

dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Diese liegt jetzt vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Becker von Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Flughafen Düsseldorf, um den es bei diesem Antrag vom Februar dieses Jahres geht – der Antrag ist vom Plenum ohne Debatte direkt an den Ausschuss überwiesen worden –, ist in der zweiten Jahreshälfte 2007 der zweitunpünktlichste Flughafen bundesweit gewesen. 21,8 % aller An- und Abflüge waren am Düsseldorfer Flughafen um mehr als 15 Minuten verspätet.

Entgegen den gebetsmühlenartigen Behauptungen, die wir auch heute Morgen in der anderen Debatte teilweise wieder hören konnten, dass es kein Interesse an unpünktlichen Flügen gäbe, leiden die rund 800.000 Menschen am Flughafen Düsseldorf unter den Verspätungsflügen. Und das sind in der Regel Flüge, Frau Brüning, die in den Nachtrandzeiten oder in den Abendzeiten stattfinden und die auch den einen oder anderen Menschen am Flughafen Düsseldorf aus dem Bett werfen.

Meine Damen und Herren, die amtliche Statistik der Bezirksregierung Düsseldorf zeigt: Es gab im Jahre 2007 am Flughafen Düsseldorf 1.685 verspätete Landungen von Strahlflugzeugen in der Zeit zwischen 23 und 6 Uhr. Das sind 4,6 Landungen pro Nacht, wobei im Übrigen schon ein einziger Flug bei so manchem dazu führt, dass er die Nacht hindurch nicht mehr schlafen kann.

Dass Sie, Herr Minister Wittke, dafür im Wesentlichen die Verantwortung tragen, macht eine Zahl deutlich: Die Zahl der planbaren Flüge stieg durch Ihre neue Betriebsgenehmigung durchschnittlich um 7,5 %. In der Zeit von 22 bis 23 Uhr betrug der Anstieg aber 65 %. Das heißt, in dem Ansatz, wie die Betriebsgenehmigung die Flüge jetzt zulässt, liegt im Grunde schon die Ursache für die dann folgenden Verspätungsflüge.

Wenn Sie, Herr Minister Wittke, voller Stolz verkünden, wie Sie das im Ausschuss getan haben, dass sich die Verspätungszahlen im ersten Quartal dieses Jahres erheblich reduziert hätten, dann beschreiben Sie einen zufälligen kurzfristigen Trend. Denn – das muss man wissen – die alte rechtliche Lage ließ für diesen Bereich im Winterflugplan 15 Flüge und im Sommerflugplan 25 Flü-

ge zu. Das Gericht hat dann vorübergehend diesen Rechtszustand wieder hergestellt. Das heißt, wenn Sie sich jetzt dieser Statistik rühmen, haben Sie genau die Zeitscheibe der Monate, in denen die alte Regelung wieder galt.

Wenn man dann nachschaut, wie es jetzt im Mai aussieht, findet man etwas Interessantes, nämlich dass wir bereits wieder eine Zunahme haben. Wir haben das vorhergesagt. Das zeigt sich auch bei den Auswertungen der Verspätungsanzeigen auf der Homepage des Flughafens durch den Verein „Bürger gegen Fluglärm“. Wir werden das demnächst ja in der Antwort auf eine Kleine Anfrage abrufen können.

Wir haben im Monat Mai bei den verspäteten Landungen nach 24 Uhr schon wieder eine um 100 % höhere Zahl als im Vorjahr, nämlich eine Steigerung von 5 auf 10. Und die Zahl der eigentlich nicht erlaubten Starts nach 22 Uhr hat im Mai um 141 % zugenommen, nämlich von 17 auf 41 Starts.

Meine Damen und Herren, Sie sind also nicht nur Auslöser eines Gutteils der Verspätungen, Sie tun auch nichts zur Sanktionierung der permanenten Verspätungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im November 2005 haben Sie im Ausschuss für Bauen und Verkehr gesagt:

„Wir haben zum ersten Mal ein ganz konkretes Instrumentarium, um Flugbewegungen auf dem Düsseldorfer Flughafen kontrollieren zu können. Wir haben zum ersten Mal auch die Möglichkeit, durch das Monitoring-Verfahren dafür zu sorgen, dass das Fehlverhalten des Flughafens geahndet werden kann. Ich glaube, dass dies in der Tat ein Quantensprung ist.“

Meine Damen und Herren, bis auf die nicht von Ihnen zu verantwortende Zeitscheibe, von der ich eben gesprochen habe – die liegt nämlich an dem vorübergehenden Stopp des Oberverwaltungsgerichtes –, hat es einen Zuwachs und nicht, wie von Ihnen irreführend behauptet, eine Absenkung dieser Überschreitungen gegeben. Ich sage noch einmal: Das, was Sie für sich in Anspruch nehmen, geht auf die Urteile des Oberverwaltungsgerichtes zurück.

Auf einen Sanktionskatalog für Fluggesellschaften, die durch ihren Flugplan Verstöße verursachen, warten wir bis heute. Wir müssten aus unserer Sicht, um die Nachtruhe tatsächlich zu gewährleisten, hier folgende Punkte durchsetzen – und dafür sind Sie in der Hauptsache verantwortlich –:

Die Anzahl der geplanten Landungen im Zeitraum zwischen 22 und 23 Uhr ist deutlich zu reduzieren.

(Beifall von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Bei den Flügen mit einer hohen Verspätungsquote muss es zu einer Änderung der Umlaufplanung kommen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Die Sonderregelungen für Homeweg-Carrier, dass ohne Angabe von Gründen bis 24 Uhr und von 5 bis 6 Uhr gelandet werden darf, muss sofort abgeschafft werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Gebühr für die Ausnahmegenehmigung für die dann verspäteten Landungen nach 23:15 Uhr muss drastisch erhöht werden.

Ohne dass Sie solche Maßnahme ergreifen, meine Damen und Herren, sollten Sie sich, finde ich, nicht vor der Bürgerschaft und auch nicht vor dem Parlament hinstellen und sich eines kurzen Zeitraumes rühmen, für den Sie nichts können und der auch mit Ihrer Politik nichts zu tun hat, sondern allein damit, dass ein Gericht vorübergehend Ihre Betriebsgenehmigung ausgesetzt und später wieder zugelassen hatte. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion erhält Frau Kollegin Brüning das Wort.

Hannelore Brüning (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal haben wir uns heute mit einem Luftverkehrsantrag von Bündnis 90/Die Grünen zu beschäftigen. Dieser Antrag ist allerdings etwas Besonderes. Denn er bedient sich dieses Mal einer Aneinanderreihung von Behauptungen.

Im Kern ist natürlich klar: Es wird die These aufgestellt, dass die Anwohner des Flughafens Düsseldorf nicht ausreichend vor Fluglärm geschützt werden. Ich wiederhole das, was ich bereits heute Vormittag gesagt habe, dass wir großes Verständnis für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben, die mit Fluglärm belastet sind. Dabei können sie sicher sein, dass wir ebenso wie Sie fest davon überzeugt sind, dass der Schutz der betroffenen Anwohner einer besonderen Sorgfalt bedarf.

Das ist übrigens ein Thema, das alle Flughäfen auch hier in Nordrhein-Westfalen betrifft. Gerade

deshalb, meine Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bedarf es einer ganz besonderen Differenzierung. Denn jeder Flughafen in Nordrhein-Westfalen hat seine Besonderheit. Den Grundsatz des Differenzierens vermissen ich allerdings in Ihrem Antrag, Herr Becker.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wie wahr!)

Ihr Antrag besteht aus einer Kette von Behauptungen und ist in seiner Darlegung einseitig. Er dient einzig und allein dem Schüren von Emotionen bei den betroffenen Bürgern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wollen Sie das, Herr Becker?

(Horst Becker [GRÜNE]: Quatsch!)

Die Vielzahl der Anträge, mit denen Sie dieses Haus beschäftigen, lässt vermuten, dass Sie ganz bewusst Emotionen schüren wollen. Das belegen allein schon die massenhaften Kleinen Anfragen, die Sie jede Woche immer mit dem gleichen Inhalt produzieren. Es wäre jedoch begrüßenswert, wenn Ihre Anliegen der Wirklichkeit entsprächen. Das ist in diesem Fall nicht erkennbar.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das Schöne an Ihren Reden ist immer, dass man sie als E-Mail verschicken kann!)

Die von Ihnen behauptete permanente Missachtung der Nachtflugregelung kann ich nicht nachvollziehen. Ich verweise ausdrücklich auf die Erklärung des Flughafens. Demnach sind im ersten Quartal des Jahres 2008 deutlich weniger Flugzeuge nach 23 Uhr gelandet als im Vergleichszeitraum des Jahres 2007. Konkret heißt das: Wir können einen Rückgang von immerhin 30 % feststellen.

Weiter teilt der Flughafen mit, dass sich die Zahl der Ausnahmegenehmigungen für Starts nach 22 Uhr gegenüber 2007 halbiert hat.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das habe ich doch gerade erklärt!)

Das sind nicht nur Angaben des Flughafens, Herr Becker. Ihre Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf hat eine Kleine Anfrage an die Stadt Düsseldorf gerichtet,

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich habe Ihnen doch erklärt, was es mit den drei Monaten auf sich hat!)

und der Inhalt dieser Kleinen Anfrage belegt diese Aussagen des Flughafens und widerspricht dem, was Sie uns eben hier vorgetragen haben.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nein!)

Sie wissen es: Seit dem 1. November 2007 sind die Nachtflugbestimmungen für den Flughafen Düsseldorf nochmals verschärft worden.

Erstens. Planmäßige Starts von Strahlflugzeugen dürfen nur zwischen sechs und 22 Uhr erfolgen. Zweitens. Planmäßige Landungen sind zwischen sechs und 23 Uhr möglich.

Richtig ist: Für verspätete Landungen von Strahlflugzeugen gibt es nach der Bonusliste des Bundesverkehrsministeriums einen weiteren Korridor bis 23:30 Uhr. Außerdem gibt es einen erweiterten Landekorridor bis 24 Uhr für Strahlflugzeuge von Fluggesellschaften mit einem Wartungsschwerpunkt in Düsseldorf, dem sogenannten Homebase-Carrier-Status.

Sie fordern in Ihrem Antrag, wie gerade wieder in Ihrer Rede geschehen, eben diesen Homebase-Carrier-Status abzuschaffen. Sie vergessen dabei vollkommen, dass derartige Regelungen für einen internationalen Großflughafen wie Düsseldorf erforderlich sind, dass es internationaler Standard ist und dass dies auch ein Standortfaktor ist. Vergessen wird auch, dass die Forderung somit ein Angriff auf die Zukunft des Flughafens bedeutet und die Arbeitsplätze der betroffenen Mitarbeiter in Gefahr bringt.

Ich muss Sie immer wieder fragen: Wollen Sie das eigentlich, Herr Becker? – Das können Sie doch eigentlich gar nicht verantworten.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wollen Sie, dass die Leute krank werden?)

Meine Damen und Herren, nach meiner Kenntnis hat es keine ständigen Verletzungen der Nachtflugregelung gegeben. Eines ist für uns allerdings unabdingbar: Es muss dort, wo es Verstöße gibt, Transparenz geben; das haben wir alle im Verkehrsausschuss bekräftigt. Und wenn es Verstöße gibt, muss es konsequente Sanktionen geben, die dem Carrier wehtun und bis in die Größenordnung von 50.000 € reichen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Zeigen Sie mir eine davon!)

Meine Damen und Herren, Ihren Antrag, Herr Becker, haben wir im Verkehrsausschuss ganz ausführlich beraten. Wir haben über ihn abgestimmt. Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt worden. Deshalb kann ich das hier nur noch einmal bekräftigen: Wir werden den Antrag auch hier ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Brüning. – Für die SPD-Fraktion erhält der Abgeordnete Wißen das Wort.

Bodo Wißen (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anwohnerinnen und Anwohner des Flughafens Düsseldorf! Sehr geehrte Frau Brüning, von der Betroffenheitslyrik der Landes-CDU haben die Anwohnerinnen und Anwohner nichts.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

In der Tat ist die Frage berechtigt, wann es zu nachweisbaren Fällen von Sanktionierungen mit über 100 € kommt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich kenne keinen!)

Ich bin gespannt, wann das Platz greifen wird. Der Minister ist durch Sie aufgefordert worden, hier durchzugreifen. Er selber tut es offenbar nicht. Denn Minister Wittke war schon 2007 dran, und er hat mächtig viele Erwartungen geweckt, die er dann nicht erfüllen konnte.

Richtig ist, dass wir als SPD den Ausgleich zwischen den Anwohnern und dem Flughafen suchen, und wir loben ausdrücklich, dass seit November 2007 offenbar Verbesserungen eingetreten sind. Worauf sich diese auch immer begründen, Herr Becker, muss man sehen. Auf jeden Fall ist es wichtig, dass das, was der Minister versprochen hat, nämlich Transparenz, tatsächlich Platz greift und die entsprechenden Sanktionen erfolgen.

Es ist natürlich so: Wer hinreichend im Unklaren bleibt, der bleibt immer angreifbar. Das trifft auf die Koalition aus CDU und FDP genauso zu wie auf Minister Wittke.

Warum? – Sie haben relativ schnell nach Regierungsübernahme angekündigt, dass es eine Fortschreibung des Luftverkehrskonzepts geben sollte. Das ist nicht passiert. Deswegen bleiben Sie sehr unklar. Sie wollen es wahrscheinlich bis zur Kommunalwahl nicht herausgeben, weil Sie den Lärm vor Ort fürchten. Daher sind Sie natürlich angreifbar.

Es ist schon ein Skandal, wenn Kolleginnen und Kollegen der CDU im Lande draußen, in Räten Resolutionen gegen die Politik der CDU-geführten Landesregierung unterschreiben und hier dann lustig zustimmen. So etwas geht nicht. Das ist ein Skandal und klappt nur, weil Sie ein solches Luftverkehrskonzept nicht vorlegen. Wir brauchen es aber, damit der Flughafen, die Anwohner und

auch die Fluggesellschaften wissen, woran sie sind. Dazu fordere ich Sie noch einmal auf.

Wir als SPD sind mittlerweile die einzige Partei, die Industrie- und Wirtschaftspolitik in diesem Lande noch wahrnimmt.

(Heiterkeit von CDU und FDP)

– Es hören doch noch einige zu.

(Ralf Witzel [FDP]: Scherzkeks!)

– Es hat ja funktioniert, wie ich sehe.

(Zuruf von Minister Oliver Wittke)

– Wir sind deswegen die einzige Partei, Herr Minister Wittke, weil Sie vor Ort und hier mit gespaltenen Zunge sprechen – nicht Sie persönlich, aber Ihre Kollegen. Ihre Kollegen erzählen vor Ort etwas völlig anderes, als sie hier beschließen. So lange halte ich meine Kritik daran aufrecht. Sie müssen für eine Klärung sorgen.

(Beifall von der SPD)

Wir erleben das beim Kraftwerksbau, beim Eisernen Rhein und jetzt bei der Luftverkehrspolitik: Zu Hause werden im Wahlkampf Resolutionen unterschrieben, und hier wird zugestimmt. Das sind „tolle“ Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Beenden sie den Wirrwarr in Ihrer eigenen Partei. Sagen Sie, was Sie wollen. Wir brauchen die Planungssicherheit für Fluggesellschaften, für die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen und vor allem für die Anwohnerinnen und Anwohner, damit sie wissen, woran sie sind, wenn sie sich vor Fluglärm schützen wollen.

Ich darf noch einmal die Kritik an den Grünen erneuern. Sie fordern drei Flughäfen für Nordrhein-Westfalen, übrigens in einem interessanten Verbund: mit der Deutschen Bank und der Deutschen Lufthansa. Da bahnt sich schon eine komische Koalition an. Diese drei Flughäfen wollen die Grünen für Nordrhein-Westfalen durchsetzen. Dann müssen Sie den Leuten in Düsseldorf aber erklären – Düsseldorf würde ja einer der drei Flughäfen sein –, wie sie mit dem weiteren Flugaufkommen der anderen, dann offenbar zu schließenden Regionalflughäfen klarkommen sollen. Dann würde die Belastung in Düsseldorf enorm steigen. Das müssen die Grünen für sich klären, sonst sind auch Sie ziemlich inkompetent unterwegs.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Meine Damen und Herren, ich kann für meine Partei vermelden, dass wir die Interessen aller –

der Flughafenbetreiber, der Fluggesellschaften und auch der Anwohnerinnen und Anwohner – ernst nehmen. Wir werden bereits morgen weitere Diskussionen mit Anwohnerinnen und Anwohnern führen. Es ist dringend notwendig – solange werden Sie solche Anträge erleben –, dass Sie sich positionieren. Wenn Sie so unklar bleiben, dann bleiben Sie angreifbar.

Beziehen Sie jetzt Stellung und verweisen Sie nicht immer auf die Schuld anderer. Das war typisch in der letzten Ausschusssitzung. Sie haben wieder einmal den Bund in Haftung genommen, obwohl Sie selbst verantwortlich handeln könnten. Das ist das einzige, Herr Minister, was Sie können.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Bodo Wißen (SPD): Dabei ist es so, dass, wenn jemand mit dem Finger auf jemand anderen zeigt, drei Finger zurückzeigen. Das ist genau richtig.

(Christof Rasche [FDP]: Herr Wißen, stimmen Sie dem Antrag denn zu?)

– Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der Grünen zustimmen, die Grundrichtung ist richtig. Es gibt einzelne Punkte, die wir anders sehen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Bodo Wißen (SPD): Zum Home-Base-Carrier haben wir einiges gesagt. Die Grundrichtung ist richtig, und deswegen unterstützen wir den Antrag. Minister Wittke, tun Sie jetzt endlich etwas. Legen Sie sich fest.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. Danke schön für Ihre Rede. – Herr Rasche von der FDP-Fraktion hat das Wort.

(Beifall von der SPD)

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, ich konnte meine Frage gerade auch so loswerden, das hat geklappt.

Meine Damen und Herren, wie schon beim ersten Antrag, den wir heute zum Flughafen Düsseldorf beraten haben, werden auch hier wieder altbekannte Behauptungen aufgestellt, die sich bei näherer Betrachtung als unhaltbar herausstellen.

(Beifall von der FDP)

Die Grünen versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob permanent und vorsätzlich gegen geltendes Recht verstoßen würde und die zuständigen Aufsichtsbehörden tatenlos zusähen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Ja!)

Das ist schlichtweg falsch, Herr Becker. Tatsache ist vielmehr, dass nahezu sämtliche Flugbewegungen innerhalb der geltenden Nachtflugregelung stattfinden und damit auf der Grundlage der vom Oberverwaltungsgericht bestätigten Betriebsgenehmigung erfolgen.

Im Jahre 2007 gab es lediglich 20 Fälle, in denen gegen die Nachtflugregelung verstoßen wurde. In diesen Fällen sind entweder durch die Bezirksregierung Düsseldorf oder den Flughafenkoordinator Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet worden. Entgegen der Behauptung der Grünen gibt es bereits ein sehr effektives Instrumentarium, mit dem Verstöße gegen die Slot-Regularien sanktioniert werden können.

(Bodo Wißen [SPD]: Beispiele, Herr Kollege!)

So kann das Luftfahrtbundesamt Bußgelder bis zu 50.000 € verhängen und im Extremfall sogar Streckenrechte entziehen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Zeig doch mal so einen Fall!)

Mit der neuen Betriebsgenehmigung vom 9. November 2005 wurden gleichzeitig Kontrollverfahren eingeführt, die die Überwachung der Einhaltung von Slots wesentlich verbessert haben. In Zukunft wird die Landesregierung dem Verkehrsausschuss halbjährlich einen Bericht über die Verspätungssituation am Düsseldorfer Flughafen und von im Einzelfall ergriffenen Maßnahmen vorlegen.

Dies zeigt, dass CDU und FDP die Interessen der Anwohner des Flughafens sehr ernst nehmen und mindestens halbjährlich darüber im zuständigen Ausschuss beraten werden.

(Beifall von der FDP – Horst Becker [GRÜNE]: Das sehen ja sogar eure eigenen Ratsmitglieder anders!)

Von der rot-grünen Vorgängerregierung konnte man das nicht unbedingt behaupten. So mussten wir nach dem Regierungswechsel feststellen, dass Lärmschutzmaßnahmen, die bereits in der vorletzten Betriebsgenehmigung vereinbart wurden, immer noch nicht abgearbeitet waren. Erst die schwarz-gelbe Landesregierung hat dafür ge-

sorgt, dass dieser Missstand schnellstens abgestellt wurde.

(Horst Becker [GRÜNE]: Jetzt wird es komisch!)

Mit ihrem Antrag, lieber Herr Becker – Sie müssen halt mit der Wahrheit leben –, stellen die Grünen einmal mehr unter Beweis, dass ihnen die wirtschaftlichen Interessen des Flughafens, seine Bedeutung als Arbeitgeber in der Region für zigtausend Menschen völlig egal sind.

(Beifall von der FDP)

Das zeigt vor allem die Forderung, die Sonderregelung für Home-Base-Carrier abzuschaffen. Die Sonderregelung für Fluggesellschaften, die ihre Wartungsbasis in Düsseldorf haben, ist internationaler Standard – in Deutschland, in Europa, auf der Welt – und sichert allein an diesem Standort 1.000 Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, die grüne Position in der Luftverkehrspolitik überrascht uns nicht. Sie ist bekannt und wird konsequent fortgesetzt, Herr Becker, kein Thema. – Aber wo, lieber Herr Wißen, steht die SPD? Sie haben gerade auf Nachfrage erklärt, dass Sie dem Antrag der Grünen zustimmen. Ich halte diese Vorgehensweise der SPD-Fraktion für peinlich.

Es reicht der SPD-Fraktion aus, wenn eine Überschrift über einem Antrag steht, in der der Name Wittke enthalten ist und dieser kritisiert wird. Der restliche Inhalt des Antrages ist der SPD völlig egal.

Es gab einmal eine SPD in Nordrhein-Westfalen, die sich für Industrie, für Arbeitsplätze und für Wohlstand eingesetzt hat.

(Minister Oliver Wittke: Die hat auch über 40 % geholt!)

– Herr Minister Wittke hat Recht. Damals hatte sie 40 %, heute liegt sie bei 20 %. Das ist eben der Unterschied. Heute lässt sich die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen von einfachen Überschriften der Grünen verführen und stimmt einem Antrag zu, der für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, für die Arbeitsplätze und für den Wohlstand in diesem Land eine Katastrophe ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Koalition aus CDU und FDP wird bei ihrer Luftverkehrspolitik bleiben und weiterhin die Interessen aller Beteiligten abwägen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Jetzt hat Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der vergangenen Woche haben wir im Ausschuss für Bauen und Verkehr ausführlich den heute zur Beschlussfassung vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beraten. Alle Argumente sind ausgetauscht.

Von den Grünen wird erneut der Versuch unternommen, die Arbeit der Landesregierung in Misskredit zu bringen, indem mögliche Verspätungen im Luftverkehr von vornherein, Herr Becker, als Rechtsverstöße deklariert und Beschränkungen gefordert werden.

Worum geht es eigentlich? – Wir alle wissen, dass es keinen völligen Schutz vor Verspätungen geben kann. Genauso wie die Bahn in manchen Fällen mit Verspätungen den entsprechenden Zielbahnhof erreicht, muss auch dem Luftverkehr ein Korridor eingeräumt werden. Dies ist umso wichtiger, als der Luftverkehr in besonderem Maße abhängig ist vom Wetter und von den Flugsicherungskapazitäten.

Das wird ausdrücklich vom Bundesverwaltungsgericht in seiner aktuellen Rechtsprechung bestätigt und ist international anerkannt. Nur die Grünen scheinen diesen Sachverhalt nicht akzeptieren zu wollen. Aus diesem Grunde gibt es auch Nachtflugregelungen, die den ordnungsgemäßen Betrieb eines Flughafens ermöglichen. Verstöße gegen die Nachtflugregelung am Flughafen Düsseldorf hat es in der Tat gegeben, ja, das ist wahr, Herr Becker, aber eben nur äußerst selten.

Von einer Nichtbeachtung oder, wie es in dem Antrag heißt, permanenten Missachtung der Nachtflugregelung am Düsseldorfer Flughafen kann überhaupt nicht die Rede sein. Nahezu alle Flugbewegungen in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr erfolgen in Übereinstimmung mit dieser Nachtflugregelung. Lediglich in rund 20 Fällen wurde im Jahr 2007 ein Verstoß gegen die Nachtflugregelung oder die Slot-Koordinierungsvorschriften festgestellt. Hier werden Ordnungswidrigkeitsverfahren entweder durch die Bezirksregierung Düsseldorf durchgeführt oder durch den Flughafenkoordinator gegenüber dem Luftfahrtbundesamt initiiert.

Zurzeit sind zu den ca. 20 möglichen Einzelverstößen fünf Verfahren anhängig. Es war der Ver-

kehrsminister dieses Landes, der ausdrücklich in einem Schreiben diese Fälle noch einmal aufgelistet und gegenüber dem Flughafenkoordinator und dem Luftfahrtbundesamt deutlich gemacht hat, dass wir die notwendige Ahndung erwarten, weil wir wollen, dass dieser Flughafen in Düsseldorf nach Recht und Gesetz betrieben wird.

Mein Haus hält die Bezirksregierung Düsseldorf und im Übrigen auch den Flughafenkoordinator immer wieder zu einer noch intensiveren Handhabung der Überwachung zur Vermeidung von Verspätungen an. Da der beste Schutz gegen Verspätungen und gegen einen Missbrauch von Ausnahmeregelungen, die sein müssen und die es auch weiterhin geben wird, Transparenz ist, haben wir dafür gesorgt, dass es am Düsseldorfer Flughafen eine Transparenz wie an keinem anderen Flughafen der Republik gibt.

Lieber Herr Becker, nennen Sie mir einen einzigen Flughafen in der Bundesrepublik Deutschland, in dem ein solches Ausmaß von Transparenz erreicht wird wie am Düsseldorfer Flughafen!

(Beifall von der CDU)

Das ist das Ergebnis der Genehmigungspolitik dieser Landesregierung. Weil uns das immer noch nicht reicht und weil wir es im Übrigen auch leid sind, dass wir alle paar Monate von Ihnen einen Antrag präsentiert bekommen, der eigentlich nur einen einzigen Zweck verfolgt, nämlich bei den Menschen rund um den Düsseldorfer Flughafen den Eindruck zu erwecken, als könne man ohne Weiteres mal eben so mit einem Fingerschnippen dafür sorgen, dass eine Situation, die zugegebenermaßen belastend ist, mal eben ausgeräumt wird, werden wir künftig halbjährlich dem Landtagsausschuss für Bauen und Verkehr einen Verspätungsbericht vorlegen. Darin werden wir detailliert darüber Zeugnis ablegen, wie die Situation am Düsseldorfer Flughafen ist, und zeigen, dass wir als Landesregierung gegen Verstöße vorgehen, wenn es diese gibt. Gleichzeitig machen wir aber deutlich, dass dieser Flughafen mit einer Betriebsgenehmigung handlungsfähig bleiben muss, die ein Mindestmaß an Flexibilität an den Tag legt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, im Ergebnis haben die eingeführten Kontrollverfahren wesentlich dazu beigetragen, dass die Situation in Düsseldorf in der sensiblen Zeit nach 23 Uhr deutlich verbessert werden konnte. Tatsache ist, heute zum ersten Mal vom Kollegen Becker auch akzeptiert, nicht mehr geleugnet und zum ersten Mal nicht mehr mit Zahlen aus dem letzten Jahrzehnt belegt, sondern mit aktuellen Zahlen endlich ar-

gumentiert: Eine Gegenüberstellung des ersten Quartals der Jahre 2007 und 2008 zeigt, dass in dem Zeitraum von 23 Uhr bis 6 Uhr die Zahl der Landungen um 33 % – das entspricht immerhin 104 Flugbewegungen – abgenommen hat und die Zahl der Starts um rund 58 % reduziert werden konnte.

Das ist mit Blick auf die betroffenen Anwohner auf der einen Seite erfreulich; auf der anderen Seite gibt es nach wie vor genehmigte und legale und berechnete Verspätungen. Eine Null-Verspätungssituation zu fordern ist – das wissen Sie, Herr Becker – illusorisch. Dies kann bei keinem öffentlichen Verkehrsträger erreicht werden, weder bei Bus noch bei Bahn, noch bei Flugzeugen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister!

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Dennoch bleiben alle unmittelbar Beteiligten aufgefordert – das sind die Luftverkehrsgesellschaften, der Flughafenkoordinator, der Flughafen und die Luftaufsicht – im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten dafür zu sorgen, Verspätungen möglichst zu vermeiden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/6876**, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/6161 abzulehnen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. – Wer ist dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Die Beschlussempfehlung ist **angenommen** und der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Forstdienstausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6795

erste Lesung

Zur Einbringung hat der Umwelt- und Landwirtschaftsminister Uhlenberg für fünf Minuten das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur Umsetzung der Ziele der Bologna-Erklärung ist eine grundlegende Umstrukturierung des Studiensystems erforderlich. Auch an den forstwirtschaftlichen Hochschulen sind daher Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt worden.

Mit der vorliegenden Änderung des Forstdienstausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen sollen die Zwangsvoraussetzungen für die Vorbereitungsdienste für den gehobenen und für den höheren Forstdienst dieser Entwicklung angepasst werden. Im Zuge der Reformierung des Hochschulbereichs ist auch die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern vorgesehen.

Zurzeit ist eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen in Vorbereitung, die es ermöglichen soll, dass die Laufbahnprüfung für den höheren Forstdienst ab dem Frühjahr 2009 vor dem Prüfungsausschuss für den höheren Forstdienst des Landes Niedersachsen abgelegt werden kann. Dem Prüfungsausschuss werden auch Mitglieder aus dem Land Nordrhein-Westfalen angehören.

Um die neue Regelung bereits ab dem Jahr 2009 umsetzen zu können, ist es erforderlich, die bislang im Forstdienstausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Übergangsvorschriften für bereits eingestellte Referendare aufzuheben. Der Hintergrund der beabsichtigten Neuregelung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, besteht darin, dass sich die Zahl der Forstreferendarinnen und Forstreferendare in den letzten Jahren kontinuierlich verringert hat. Die Anzahl der Prüflinge steht daher in keinem adäquaten Verhältnis zur Zahl der Mitglieder der für die Annahme der Laufbahnprüfung zu bildenden Prüfungskommission sowie zu dem organisatorischen und finanziellen Aufwand. – Ich bitte um entsprechende Beratung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/6795** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Ist je-

mand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung des Gesetzentwurfs einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Zugang zu Prüfungen während einer Beurteilung aufgrund von Familienarbeit ermöglichen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6864

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über das weitere Verfahren. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/6864** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – und an den **Ausschuss für Frauenpolitik**. Die abschließende Beratung wird im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Antrages einstimmig beschlossen.

Ich rufe nun auf:

12 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 37

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/2583	–	ABV
14/5580	–	ASchW
14/5709 (EA)	–	ASchW
14/5723 (EA)	–	ASchW
14/5778	–	AUNLV
14/6000	–	ABV
14/6293	–	HFA
14/6321	–	AUNLV
14/6697	–	AUNLV
14/6753 (EA)	–	AUNLV
14/6777 (EA)	–	AUNLV

Drucksache 14/6877

Die Übersicht 37 enthält sieben Anträge, die vom Plenum nach § 79 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden, sowie vier Entschließungsanträge, die in den Ausschüssen zur Abstimmung

gestellt wurden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun über die Bestätigung des **Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen** entsprechend der Übersicht 37 Drucksache 14/6877 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen einstimmig **bestätigt**.

Wir kommen nun zu:

13 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/42

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Wortmeldung.

Damit stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, 5. Juni 2008, 10 Uhr. Ich bitte Sie, alle Sachen mitzunehmen. Wer etwas liegen lässt, findet es in der Straßenbahn wieder, oder es geht in die Tonne.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, in knapp anderthalb Stunden sehen wir uns zum Festakt „60 Jahre Staatsgründung Israel“ wieder. – Herzlichen Dank.

Die Sitzung ist beendet.

Schluss: 16:26 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart zu TOP 8 – „Vielfalt statt Einfalt – Bestandsgarantie für Kleine Fächer“ – zu Protokoll gegebene Rede:

Ich möchte zunächst zwei Punkte richtig stellen:

Erstens. Ein Bedrohungsszenario für die Kleinen Fächer, wie es die SPD in ihrem Antrag erneut beschwören möchte, gibt es nicht.

Zweitens. Das neue Hochschulrecht in Nordrhein-Westfalen führt nicht zu Mittelkürzungen für die Hochschulen.

Zu den sogenannten Kleinen Fächern hat bereits der Hochschulausschuss der Kultusministerkonferenz festgestellt, dass ihre Situation sehr unterschiedlich ist und es keine generelle Bedrohungssituation gibt.

In Nordrhein-Westfalen – darauf verweisen Sie selbst in Ihrem Antrag – hat sich die stellenmäßige Situation der Kleinen Fächer laut Bestandsaufnahme der HRK in den vergangenen 20 Jahren insgesamt sogar verbessert.

So viel zunächst zur Seriosität Ihres Antrags.

Was die politischen Rahmenbedingungen betrifft- ich habe es schon gesagt –: Das Hochschulfreiheitsgesetz hat weder direkt noch indirekt Einsparungen an den Hochschulen zur Folge. Auch wenn man es häufiger erzählt, wird dieses Märchen nicht wahrer. Im Gegenteil: Mit den Regelungen des Hochschulfreiheitsgesetzes sind die finanzwirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Hochschulen deutlich gesteigert worden. Hinzu kommt der Zukunftspakt, den wir erfreulicherweise auf Beschluss des Landtages mit den Hochschulen schließen

konnten. Damit ist die auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Hochschulen gesichert.

Sie gestatten mir den Hinweis: Wenn überhaupt in den vergangenen Jahren politische Entscheidungen negativen Einfluss auf die Kleinen Fächer hätten ausüben können, dann wohl noch am ehesten die der alten Landesregierung. Immerhin waren von den Stellenkürzungen und Konzentrationsmaßnahmen im Rahmen des sogenannten Qualitätspaktes und der 6. Rechtsverordnung (zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich) auch die Kleinen Fächer betroffen. Angesichts dessen mutet es schon eigenartig an, wenn Sie sich jetzt in eine Retterrolle hineinstilisieren wollen.

Was die jetzige Landesregierung betrifft: Wir haben uns klar zum besonderen Wert der sogenannten Kleinen Fächer bekannt. In diesem Kontext haben wir im März 2007 eine mit herausragenden Experten besetzte Kommission unter der Leitung des Althistorikers Prof. Dr. Hans-Joachim Gehrke mit der Evaluation beauftragt und dabei das Fächerspektrum mit „Sprachen und Kulturen ausgewählter Epochen und Regionen“ so gewählt, dass tatsächlich die sogenannten Exoten und Orchideen in den Blick kommen.

Ziel dieser wissenschaftsadäquaten Untersuchung ist es, Struktur, Potenzial und Perspektiven der Kleinen Fächer in Nordrhein-Westfalen zu untersuchen, ihren Fortbestand zu sichern und ihre Möglichkeiten in Forschung und Lehre zu verbessern.

Den Abschlussbericht der Kommission erwarten wir in diesem Sommer. Selbstverständlich werden wir Sie nach Auswertung des Berichtes über die Ergebnisse informieren.